



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Zum Verhältnis von Strategie und Demokratie – am
Beispiel der FTI- Strategie“

Verfasser

Andreas Lechner

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	5
Danksagung.....	6
1 Einleitung	7
1. 1 Problemstellung	7
1. 2 Methodische Vorgangsweise.....	9
1. 3 Aufbau der Arbeit.....	10
2 Grundlagen Politische Strategie.....	12
2. 1 Der Strategiebegriff in der Politik.....	12
2. 1. 1 Strategiedefinition	12
2. 1. 2 Strategie versus Planung	18
2. 1. 3 Drei Grundelemente von politischer Strategie.....	20
2. 2 Strategie im historischen Kontext	22
2. 3 Bezugspunkte politischer Strategie	27
2. 3. 1 Militärische Strategie	27
2. 3. 2 Strategisches Management.....	31
2. 4 Forschungsstand in der Politikwissenschaft.....	36
3 Strategie und Demokratie	39
3. 1 Demokratietheorien	39
3. 1. 1 Komplexe Demokratietheorie	41
3. 1. 2 Partizipative Demokratietheorie	43
3. 1. 3 Deliberative Demokratietheorie	45
3. 2 Demokratisierung von politischer Strategie	51
3. 2. 1 Anforderungen demokratischer Strategiebildung	51
3. 2. 2 Bedingungen und Formen partizipativer Strategiebildung.....	58
3. 2. 3 Chancen und Grenzen einer Demokratisierung von politischer Strategie.....	66

4 Empirische Untersuchung	70
4. 1 Methodische Vorgangsweise.....	70
4. 1. 1 Grundlagen qualitativer Forschung	71
4. 1. 2 Experteninterview.....	73
4. 1. 3 Forschungsfragen und Themenkomplexe	74
4. 1. 4 Auswahl der Interviewpartner und Gesprächsverlauf	75
4. 1. 5 Auswertungsverfahren	77
4. 2 FTI-Strategie der österreichischen Bundesregierung.....	79
4. 2. 1 Entstehungskontext.....	79
4. 2. 2 Auswertung	82
5 Schluss	93
5. 1 Zusammenfassung und Fazit	93
5. 2 Ausblick	97
6 Literaturverzeichnis	98
6. 1 Literaturquellen.....	98
6. 2 Internetquellen.....	109
Anhang	112
Abstract.....	137
Lebenslauf	138

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der Strategieprozess nach Tils (2005: 33)	20
Abbildung 2: Historische Strategieentwicklung nach Raschke/Tils (2007: 45)	23
Abbildung 3: Überblick Demokratietheorien, in Anlehnung an Gohl (2010)und Schmidt (2008).....	40

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich allen Menschen danken, die mich bei der Erstellung der Diplomarbeit mit ihren Gedanken und Wissen inspiriert und unterstützt haben.

Insbesondere bedanke ich mich bei meinem Betreuer Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer. Seine zuversichtliche Haltung gepaart mit facettenreichem Wissen hat mir bei meinen Überlegungen stets geholfen.

Den Hamburger Strategieexperten Prof. Joachim Raschke und Dr. Ralf Tils danke ich für die grundlegenden Texte zu politischer Strategie und für ein fruchtbares Gespräch, das zur Skizzierung der Leitlinien der vorliegenden Arbeit beigetragen hat.

Zudem danke ich auch den Interviewpartnern, die sich Zeit genommen haben um mit mir gemeinsam spannende Fragen zum Thema Strategie und Demokratie zu diskutieren.

Auch danke ich der anregenden Auseinandersetzung mit Manuela Lechner. Ihr fundiertes Wissen im Bereich wissenschaftliches Arbeiten hat mir sehr geholfen.

Nicht zuletzt möchte ich all jenen danken, die meine Ambitionen in finanzieller, inhaltlicher oder moralischer Hinsicht unterstützt haben.

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Der renommierte Philosoph Jürgen Habermas (2011) konstatiert in einem Gastkommentar der SZ (Süddeutsche Zeitung vom 7.4.2011) eine Politik, die „*von Demoskopie geleiteten Opportunismus*“ geprägt ist. Habermas (ebd.) führt weiter aus: „*Man kann nicht mehr erkennen, worum es geht; ob es überhaupt noch um mehr geht als um den nächsten Wahlerfolg.*“ Dieser Darstellung von Politik versucht das Konzept „politische Strategie“ entgegenzuwirken. Strategische Politik ist „*(...) bereit, für die situationsübergreifende Zielverfolgung den Erfolg des Augenblicks auszulassen.*“ (Raschke/Tils 2007: 138) Im Interesse nachhaltiger und rationaler Zielverfolgung versucht Strategie in der Politik Fuß zu fassen. Mit welchen Implikationen dies für moderne Demokratien verbunden ist, steht im Zentrum der nachfolgenden Ausführungen.

Strategie und Demokratie sind ein ambivalentes Begriffspaar. Die beiden Schlagwörter moderner Politik des 21. Jahrhunderts können auf eine lange Historie zurückblicken. Gemein ist den Begriffen auch ihr unterschiedliches Verständnis in Wissenschaft und Praxis (vgl. Raschke/Tils 2007, Guggenberger 2002). Die Unschärfe des Begriffsverständnisses von politischer Strategie und Demokratie kann Raum für ein Potpourri an Interpretationen und Auslegungen schaffen.

Einen Bedarf an Strategie in der Politik konstatieren Raschke/Tils (2007: 11) angesichts „*(...) zunehmender Kalkulationsnotwendigkeit bei abnehmender Kalkulationsmöglichkeit.*“ Die Notwendigkeit strategischer Kalkulationen rücken in einer Welt mit komplexen und sich rasch verändernden Bedingungen in den Mittelpunkt rationalen Handelns. Im Gegensatz zu routine- oder situativen Handeln orientiert sich strategisches Handeln an „*situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen*“ (ebd. 127), denen eine Gestaltungs (policy)- als auch eine Machtdimension (politics) inhärent sein kann (vgl. Tils 2005: 15).

Die Begründung politische Strategie und Demokratie in einem wissenschaftlichen Kontext zu bearbeiten, liegt einerseits an einem Forschungsdesirat politischer Strategie aufgrund einer „Leerstelle“ innerhalb der Politikwissenschaft (Raschke/Tils 2007) und andererseits insbesondere am bislang noch unergiebig erforschten Spannungsverhältnis zwischen Strategie und demokratischen Ansprüche, wie beispielsweise Partizipation oder Transparenz. Bürger demokratischer Systeme haben zumeist ein Interesse an erfolgreicher politischer Problemlösung. Zugleich erheben demokratische Anforderungen den Anspruch an Mitbestimmung und Teilhabe an politischen Entscheidungen (vgl. ebd.). Inwiefern und ob strategische Politik diesen Anforderungen und Herausforderungen begegnet ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Das wissenschaftlich bislang noch kaum systematisierte Feld „politischer Strategie“ kennt verschiedene Strategietypen (Politiy-, Politics- und Policy-Strategien) (vgl. Saretzki 2010: 138). Gegenstand der empirischen Untersuchung dieser Arbeit ist die Policy-Strategie der Bundesregierung im Bereich Forschung, Technologie und Innovation, kurz FTI-Strategie 2020. Policy-Strategien fokussieren vor allem auf die Lösung politikfeldrelevanter Probleme und stellen neben Partei-, Regierungs-, Wahlkampf- oder Verbandsstrategien einen möglichen Strategietyp dar. Die vorliegende Arbeit betrachtet Kollektivakteure als Träger strategischer Politik. Kollektivakteure können beispielsweise Regierungen, Parteien oder Verbände sein.

Die zentrale Idee der Arbeit ist die Analyse des Verhältnisses von politischer Strategie und Demokratie. Eingebettet in diesem Spannungsverhältnis befindet sich die Frage einer möglichen Demokratisierung politischer Strategie. Hierbei wird insbesondere der Fokus auf eine potentielle Demokratisierung der Strategiebildung gerichtet. Raschke/Tils (2007: 80) sehen neben der Strategiebildung noch zwei weitere basale Elemente politischer Strategie – Strategiefähigkeit und Strategische Steuerung. Die Eingrenzung der empirischen Strategieanalyse auf den Strategiebildungsprozess ermöglicht eine Betrachtung und Evaluation hinsichtlich partizipativer und transparenter Demokratieanforderung.

Folglich kristallisieren sich zwei forschungsleitende Fragestellungen heraus:

In welchem Verhältnis steht politische Strategie zu Demokratie?

Kann die FTI-Strategie¹ der Bundesregierung demokratischen Anforderungen entsprechen?

Ziel der Arbeit ist es, einen Beitrag zur Erforschung des Verhältnisses von Strategie und Demokratie zu leisten. Ein weiteres Ziel beinhaltet die Evaluation in Bezug auf demokratierelevanten Anforderungen eines konkreten Strategieentwurfs, respektive der FTI-Strategie der Bundesregierung. Angesichts des noch kaum elaborierten Forschungsfeldes der politischen Strategieberichtungsanalyse zielt die Arbeit darauf ab, Anschlussmöglichkeiten der Forschung aufzuzeigen und fruchtbare Auseinandersetzungen zu stimulieren.

1. 2 Methodische Vorgangsweise

Forschungen im weitgehend noch unerforschten Bereich (vgl. Raschke/Tils 2007) der politischen Strategieberichtungsanalyse legen eine empirisch-qualitative Forschungsmethode nahe. Der Vorzug einer qualitativen Vorgangsweise gegenüber quantitativen Forschungsmethoden wird durch die Erkundung eines bis dato noch wenig erforschten Realitätsausschnitts begründet (vgl. auch Flick 2003). Strategieforschung in der Politik, so Raschke/Tils (2010: 385) befindet sich in einer explorativen Phase, in der empirische Beschreibungen und eine Generierung von Hypothesen im Vordergrund stehen.

Die vorliegende Arbeit versucht theoretische und empirische Aspekte miteinander zu verknüpfen. Aufgrund kaum elaborierter theoretischer Grundlagen² zum Verhältnis von Strategie und Demokratie wird im zweiten und dritten Kapitel der Arbeit ein theoretisches Fundament geschaffen, das einer anschließenden empirischen Analyse dient.

¹ Das Akronym „FTI“ steht für Forschung, Technologie und Innovation

² Ansätze zum Verhältnis von Strategie und Demokratie stammen zum Beispiel von Saretzki (2010), Schmidt (2010) und Raschke/Tils (2007, 2010, 2011)

1 Einleitung

Die methodische Vorgangsweise der empirischen Untersuchung wird im vierten Kapitel näher beschrieben. Die FTI-Strategie als Untersuchungsgegenstand wird zum einen aufgrund des von ihr erhobenen strategischen Anspruchs gewählt. Zum anderen wegen Indikatoren, die auf einen breiten und umfassenden Strategiebildungsprozess hinweisen.

Kernbestandteile der empirischen Studie, die den Strategiebildungsprozess der FTI-Strategie des Bundes analysiert, sind neben der empirischen Rekonstruktion, qualitative Experteninterviews mit einem Projektverantwortlichen der Strategieentwicklung und Gespräche mit Mitgliedern des parlamentarischen Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie. Aufgrund ihres Expertenstatus im Politikfeld, beziehungsweise wegen ihrer demokratisch-legitimierten Funktion als Abgeordnete zum Nationalrat werden Dr. Johannes Gadner, Abg. Dr. Ruperta Lichtenegger und Abg. Ing. Kurt Gartlehner interviewt. Die teilstrukturierten Experteninterviews werden mit Hilfe eines Leitfadens durchgeführt.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil behandelt die theoretischen Grundlagen politischer Strategieanalyse und das Verhältnis zwischen Strategie und Demokratie. Im Zentrum des zweiten Teils steht die empirische Untersuchung am Beispiel der FTI-Strategie des Bundes.

Nach der Einleitung werden in *Kapitel zwei* die theoretischen Grundlagen politischer Strategie vorgestellt. Hier wird der Gegenstand „politische Strategie“ analysiert, definiert und abgegrenzt (2.1). Weiters wird im Grundlagenkapitel die historische Entwicklung des Untersuchungsgegenstandes skizziert (2.2). Das Kapitel schließt mit einem Blick in die Nachbardisziplinen respektive in die militärische und ökonomische Strategieforschung (2.3) und einer Übersicht des derzeitigen Forschungsstandes (2.4).

Im *dritten Kapitel* werden nach einer Vorstellung komplexer, partizipativer und deliberativer Demokratieansätze Vor- und Nachteilen abgewogen (3.1). Danach wird eine mögliche Demokratisierung von politischer Strategie diskutiert (3.2).

Hierbei werden in Kapitel (3.2.1) Anforderungen und Ansprüche einer demokratischen Strategiebildung erörtert und anhand konkreter Kriterien definiert. Ferner werden potentielle Formen und Bedingungen demokratischer Strategiebildung erläutert (3.2.2). Dieser Abschnitt endet mit einer Diskussion über etwaige Chancen und Grenzen einer Demokratisierung (3.2.3).

Kapitel Vier widmet sich der empirischen Untersuchung. Zunächst wird die methodische Vorgangsweise beschrieben (4.1). Nach einer Begründung für die Auswahl der qualitativen Forschungsmethode und einer Darstellung bedeutender Elemente qualitativer Experteninterviews (4.1.2) werden die Forschungsfragen erläutert (4.1.3). Im Anschluss daran werden die Interviewpartner (4.1.4) und das Auswertungsverfahren (4.1.5) in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2002) vorgestellt. Im Kapitel 4.2 wird die FTI-Strategie und ihr Entstehungskontext rekonstruiert (4.2.1). Danach erfolgt die Auswertung (4.2.2) der durchgeführten Interviews.

Im *fünften Kapitel* werden nach einer Zusammenfassung (5.1) die Forschungsergebnisse diskutiert (5.2). Am Ende der Arbeit steht ein Ausblick (5.3), der mögliche Perspektiven für zukünftige Forschung im Bereich Strategie und Demokratie öffnet.

2 Grundlagen Politische Strategie

Im vorliegenden Kapitel wird das Phänomen „politische Strategie“ betrachtet und analysiert. Nach einer ersten Annäherung an den Begriff „Strategie“, wird das Strategieverständnis von Raschke/Tils (2007) erläutert und Abgrenzungen zum Planungsbegriff vorgenommen. In den anschließenden Kapiteln wird versucht Kontexte und Bezugspunkte politischer Strategie(-forschung) zu identifizieren, um einen multiperspektiven Blick auf den Forschungsgegenstand herauszuarbeiten. Kapitel zwei wird mit einem Überblick des Forschungsstandes abgeschlossen.

2. 1 Der Strategiebegriff in der Politik

In einer Diskussion über begriffliche und konzeptionelle Ansätze politischer Strategie werden Prämissen politischer Strategieanalyse erläutert um in den anschließenden Teilen der Arbeit auf eine Grundlage strategischer Begrifflichkeiten und Definitionen zurückzugreifen. In Anlehnung an Raschke/Tils (2007) wird ein Strategiebegriff erörtert, der für die weitere Analyse geeignet ist, da er politische Spezifika berücksichtigt und Offenheit impliziert, die zur Erklärung strategischer Handlungen nötig ist. Kapitel 2.1 schließt mit einer Darstellung drei basaler Strategieelemente (Strategiefähigkeit, Strategiebildung, strategische Steuerung).

2. 1. 1 Strategiedefinition

Der oftmals strapazierte Begriff „Strategie“ folgt in der Politik keinem einheitlichen Verständnis (vgl. Raschke 2002). Häufig werden nur bestimmte Facetten, zum Beispiel die langfristige Anlage oder die Zieldimensionen des Strategiebegriffs betont. Somit hängt es in der politischen Praxis vordergründig vom Verwendungskontext ab, was unter dem Terminus „politischer Strategie“ verstanden wird³. Der ambivalente Begriff Strategie wird einerseits mit Macht,

³ Vgl. Kapitel 3

Eigeninteresse, Geheimhaltung und Täuschung assoziiert, so Schwickert (2011: 51), andererseits schmücken sich politische Akteure nicht selten mit dem Begriff, wenn es darum geht weitblickende Veränderungen zu antizipieren oder Durchsetzungsfähigkeiten positiv darzustellen (vgl. Schwickert 2011: 51).

Vertreter der politikwissenschaftlichen Forschung (vgl. Leif et al. 2008, Raschke/Tils 2007, Schwickert 2011) konnte sich bis dato noch auf keine einheitliche Definition des Begriffs „Politische Strategie“ einigen. Konsens über das Wesen von Strategie in der Politik gibt es lediglich hinsichtlich einzelner Elemente.

Eine erste etymologische Begriffsdefinition zeigt, dass der Terminus Strategie auf militärischen Wurzeln⁴ fußt. Das griechische Wort „strategia“ bedeutet „Feldherrnamt, Feldherrnkunst, Heerführung“. „Strategos“⁵, übersetzt aus dem griechischen, der „Feldherr“, setzt sich aus „stratos“=„Heer“ und „agein“= „führen“ zusammen (vgl. Pfeifer 2005: 1374).

Folgt man dem militärischen Strategiebegriff, stößt man auf die klassische Definition von General Carl von Clausewitz (1973). Taktik ist die *„Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht“*, Strategie die *„Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges“*. (Clausewitz 1973: 271) Der Militärtheoretiker Basil Liddell Hart (1956: 335) positioniert in seinem Werk „Strategy“, Strategie zwischen einer übergreifenden Gesamtstrategie und Taktik: *„As tactics is an application of strategy on a lower plane, so strategy is an application on a lower plane of ´grand strategy´.“* In einer begrifflichen Abgrenzung zwischen Strategie und Grand Stratégie zeigt Liddell Hart (1956) unterschiedliche Dimensionen von Strategie auf und fasst den militärischen Begriff Strategie weit: *„Whereas strategy is only concerned with the problem of winning military victory, grand strategy must take the longer view – for its problem is the winning of the peace.“* (Wagener 2010: 445, zit. nach Liddell Hart: 1956: 362) Entsprechend den Ausführungen von Münkler (2010), ist die enge Verknüpfung des Terminus Strategie an das Militärische bis heute bestehen geblieben. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich innerhalb der

⁴ vgl. Kapitel 2.3.2

⁵ Ein „strategos“ („Feldherr“) war in der attischen Demokratie eines von insgesamt zehn gewählten Mitgliedern der obersten Militärbehörde (vgl. Pfeifer 2005: 1374).

Betriebswirtschaftslehre eine Strategieforschung, die neben der Militärwissenschaft weitere Anschlusspotentiale für Strategieforschung in der Politikwissenschaft bietet (ebd.).⁶ Der Blick in politische Lexika (z.B. Schubert/Klein 2006, Schmidt 2010a) zeigt, dass der Terminus „Strategie“ in der Politikwissenschaft noch kaum etabliert ist. Schubert und Klein (2006: 294) etwa verstehen unter Strategie eine *„Entwicklung und Durchführung einer Gesamtkonzeption, die auf ein langfristig angestrebtes (Gesamt-) Ziel gerichtet ist“*. Die langfristige Anlage von Strategie betont auch Robertson (2004): *„Strategy, as opposed to tactics, involves longer-term, and rather reaching preparations and planning“*. (Robertson 2004: 461)

Politologe Manfred G. Schmidt (Schmidt 2010a: 788) definiert im Wörterbuch zur Politik Strategie allgemein als:

„(...) einen genauen Plan des eigenen Vorgehens zur Erreichung eines Zieles oder mehrerer Ziele, der die Ausgangslage, die aus Ausgangslage und Zielen ableitbaren Handlungsanweisungen und die Faktoren, die auf die eigene Aktion einwirken, ebenso berücksichtigt wie die Vorgänge, die diese Handlung auslöst.“

Gemeinsamkeiten der oben angeführten Definitionsannäherungen sind neben einer rationalen, zielorientierten Konzeptionen auch die Unterstreichung der langfristigen Anlage von Strategie sowie ein planendes Element, dass strategischem Handeln zugrunde liegt.

Schmidt (2010) erwähnt neben einer allgemeinen Definition von Strategie zusätzlich eine politologisch orientierte Strategiedefinition von Joachim Raschke (2002), die in der politikwissenschaftlichen Literatur den Begriff „politische Strategie“ entscheidend geprägt haben (Raschke 2002, Raschke/Tils 2007).

Raschke/Tils (2007) fordern einen offenen und zugleich spezifischen Strategiebegriff. Offen genug, um ihn in mehreren Formen strategischer Handlungen zu verwenden und ausreichend spezifiziert, um nicht in Universalbegriffen zweckrationalen Handelns zu versickern. In Anlehnung an

⁶ vgl. Kapitel 2.3.2 und 2.3.3

Max Webers Zweckrationalität⁷ wird politische Strategie mit Langfristigkeit im Sinne von situationsübergreifend, systematisierenden Ziel-Mittel-Umwelt-Überlegungen und einem Sensorium für Kreatives, Wesentliches und Mögliches komplementiert (vgl. Raschke/Tils 2007: 127, Tils 2005: 75f.).

Politische Strategien sind nach Raschke/Tils :„(...) *erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel- Mittel- Umwelt- Kalkulationen beruhen.*“ (Raschke/Tils 2007: 127f.)

Erfolgsorientiert meint hier nicht ausschließliche Machtorientierung. Erfolgsfokussierung im Sinne von effektiver Zielverfolgung impliziert neben Machtaspekten auch Wertaspekte und Optimierungspotentiale. Die Zusammenführung von Macht- und Wertorientierung ist ein immanentes unauflösbares Spannungsverhältnis politischer Strategie. Die strategische Orientierung an Erfolgen ist eine Voraussetzung zur Realitätsprüfung der Konstrukte hinsichtlich ihrer Zielerreichung (vgl. ebd.).

„*Konstrukte*“ umfassen Handlungsanleitungen, existieren aufgrund intentionaler oder emergenter Konzeption und fußen auf Ziel-Mittel- Umwelt- Kalkulationen (ebd.)

„*Ziele*“ im strategischen Kontext beschreiben gewünschte Zustände, die politische Akteure kalkulatorische Reflexionen ermöglichen und sich an Umweltbedingungen orientieren. Strategische Ziele erfordern eine Operationalisierbarkeit und können in Macht- und Gestaltungsziele gegliedert werden (vgl. ebd.).

„*Strategische Mittel*“ kennzeichnen Handlungsoptionen, „(...) *die auf Wegen und Ressourcen beruhen.*“ (Raschke/Tils 2007:148) Handlungsmöglichkeiten können komplexe Handlungen (bspw. Öffentliche Diskussionen, Koalitionen, Kampagnen oder Gesetze) und Handlungen wie zum Beispiel Statements oder Gespräche sein. Zielverfolgende Maßnahmen können über formelle oder informelle Wege realisierbar sein. Wege, auf denen Entscheidungen und Einfluss erzielt werden

⁷ „Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen möglichen Zwecke gegeneinander rational abwägt (...).“ (Weber 1980: 13)

(z.B. Parlament), können durch spezifische Logiken, Legitimitätsrepertoires und Ressourcenanforderungen charakterisiert sein (vgl. ebd.).

„Strategische Umwelt“ beschreibt nach Raschke/Tils (2007) *„(...) den jeweils relevanten, sich dynamisch verändernden Kontextausschnitt, der für das strategische Handeln der Akteure in besonderer Weise Voraussetzung und Wirkungsfeld ist.“* (Raschke/Tils 2007: 544) Diese akteurzentrierte Sichtweise impliziert nach Raschke/Tils (2007: 154) keine strategische Umwelt im Sinne von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen. Sie orientiert sich primär an mehr oder weniger berechenbaren und heterogenen Interaktionsakteuren, Handlungsfeldern und institutionellen Gegebenheiten. Eine Auswahl relevanter Umweltparameter ist trotz einer dynamischen Umwelt sowie unterschiedlicher Umweltinterpretation eine entscheidende Aufgabe politischer Strategiebildung (vgl. ebd.).

„Strategische Kalkulationen“ sind Vorteilsüberlegungen die Wirkungszusammenhänge zwischen Zielen, Mitteln und Umwelt darstellen. Das heißt, sie *„(...) sind systematisierende, berechnende Denkopoperationen, die stabilisierte Sinnverbindungen zwischen einzelnen, erfolgsrelevanten Elementen entstehen lassen.“* (Raschke/Tils 2007: 130)

„Situationsübergreifend“ beschreibt im Gegensatz zur Situation⁸ eine *„ (...) Ausweitung in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht. (...) Variationen im Zeitverlauf, (...) verschiedene Sachzusammenhänge (...) und vielfältige Beziehungen zwischen relevanten Akteuren (...) sind hierfür charakteristisch.“* (Raschke/Tils 2007: 131) Die Grenzen des Situationsübergreifenden werden mit der Festlegung sogenannter „Strategischen Einheiten“ bestimmt. Strategische Einheiten bilden den Rahmen, innerhalb dessen strategische Handlungen stattfinden (vgl. ebd.).

⁸ Raschke/Tils verstehen unter Situation ein „Moment des rasch Vorübergehenden, thematisch Begrenzten, nur eine spezifische Akteurskonstellation betreffenden Ausschnitt der Realität.“ (Raschke/Tils 2007: 131)

Eine genauere Differenzierung der Strategiedefinition von Raschke/Tils (2007) fordert Christopher Gohl (vgl. Schwickert 2011: 52f., zit. nach Gohl 2008). Gohl bemängelt die fehlende Intentionalität des Strategie, respektive den Zweck politischen Handelns. Die Ergänzung der „Ziel-Mittel-Umwelt Trias“ um den Begriff des Zwecks gibt Aufschluss über die Frage nach der Absicht politischer Handlungen. Die Differenzierung zwischen Zweck, der weitgehend unveränderbare Aspekte strategischer Politik beinhaltet, und Ziel, dass den veränderten Umweltkontexten Rechnung trägt, zeigt eine definitorische Ergänzung des politischen Strategiebegriffs von Raschke und Tils (2007).

Strategieakteure

Raschke/Tils (2007: 140) unterscheiden strategische Akteure in Individuen und Kollektive. Tils (2005: 105) beschreibt kollektive Akteure als *„(...) die Kategorie, die sowohl das formal wie auch informal koordinierte Handeln vieler Individuen innerhalb einer sozialen Einheit umfasst.“* Ein entscheidendes Kriterium für die Strategiefähigkeit kollektiver Akteure ist die Schaffung einer kollektiven Realität. Dies stellt eine Kernfunktion und Herausforderung für die Individuen eines Kollektivs dar (Raschke/Tils 2007: 140). Raschke/Tils (ebd. 141f.) weisen auf die unterschiedliche Aufgabenverteilung im Strategieprozess hin und differenzieren den Strategieakteur in: „Strategisches Zentrum“, „Operative Leitung“ und „Strategischer Apparat“, die im Folgendem näher beschrieben werden.

Als strategisches Zentrum bezeichnen Raschke/Tils (2007: 142) *„(...) ein Netzwerk von „Schlüsselfiguren“, denen für die strategische Linienführung des Kollektivakteurs zentrale Bedeutung zukommt.“* Die operative Leitung beinhaltet nach Raschke/Tils (2007) bedeutende Träger, die für die Durchsetzung und Umsetzung *„ (...) strategiegebundener operativer Handlungen“* (ebd.) verantwortlich sind. Der strategische Apparat weist eine hohe Institutionalisierung auf. Er besteht aus Teilen der operativen Leitung und Experten, die vor allem Vorarbeiten von Strategiedispositionen durchführen (ebd.).

Strategische, taktische, operative Handlungen

Die Abgrenzung der drei Handlungstypen „operativ“, „taktisch“ und „strategisch“ ist nicht eindeutig. Raschke (2002) sieht Unterschiede in der Ausdehnung von Raum und Zeit. Taktik bezieht sich, so Raschke auf eine bestimmte Situation – in der Raum und Zeit vergleichsweise limitiert sind. Die kurzfristige, situationsspezifische Handlung mit Fokus auf Erfolg des Moment des Augenblicks ist hierzu charakteristisch. Operatives Handeln bezieht sich zumeist auf die *„Um- Durchsetzung strategischer Ziele“* (Raschke/Tils 2007: 138). Bei entsprechender Bindung von taktischem und operativem Handeln an die Strategie können die Handlungstypen harmonisierend aufeinander abgestimmt sein. Das Verhältnis der Handlungsebenen (strategisch-taktisch, strategisch-operativ) kann in unterschiedlicher Ausprägung auftreten. Rückmeldungen und Interaktionen der Ebenen in Form von reflexiven Schleifen implizieren Lern- und Optimierungspotentiale hinsichtlich einer erfolgreichen Steuerung von Strategien (vgl. Raschke/Tils 2007: 138).

2. 1. 2 Strategie versus Planung

Lange Zeit herrschte die Ansicht, dass der Staat durch gezielte Planung Handlungen präzise steuern könne (vgl. Schwickert 2011: 67). Scharpf (1973) versteht unter dem Terminus „politische Planung“ eine *„Technik der vorwegnehmenden Koordination einzelner Handlungsbeiträge und ihrer Steuerung über längere Zeit“*. (Scharpf 1973: 38) Politische Planung koordiniert und plant, so Schwickert (2011: 67f.) politische Prozesse unter der Prämisse dadurch die Rationalität zu steigern. Der Rationalitätsanspruch politischer Planung war in den 1960er und 1970er Jahren sehr hoch. In den 1980er Jahren und spätestens seit der Entwicklung der Governance-Forschung wurde erkannt, dass Dynamiken, Interdependenzen und komplexe Netzwerke Plan- und Steuerbarkeit in ihrer Reichweite einschränken (vgl. ebd.).

Die Vorstellung mit Planung politische Abläufe zu „beherrschen“ wurde nach zahlreichen Debatten weitgehend verworfen (ebd.). Diskontinuierlicher Wandel und eine sich ständig verändernde Umwelt laufen einem formalen

Planungsparadigma zuwider. In Anlehnung an Simon (1987) postuliert Deiser (1998: 313) eine strategische Denkweise:

„An die Stelle von Planung muss daher permanentes strategisches Denken und Handeln treten, und neben analytischer Intelligenz und der Fähigkeit zum Bilden kreativer Synthesen gewinnen auch Intuition und qualitative Faktoren an Bedeutung.“

Das Konzept „Politische Strategie“ beachtet insbesondere, so Raschke/Tils (2007: 134f.) und Tils (2005: 30) die dynamische, sich wandelnden Umwelt und die damit gegebenenfalls verbundene Kurskorrektur sowie komplexe Wechselbeziehungen zwischen Akteuren und zeigt sich in Bezug auf überzogenen Rationalitätsansprüchen bescheidener.

2. 1. 3 Drei Grundelemente von politischer Strategie

Zu den drei grundlegenden Komponenten politischer Strategieberatung zählen entsprechend den Ausführungen von Raschke/Tils (2007): (1) Strategiefähigkeit, (2) Strategieberatung und (3) Strategische Steuerung. Die drei Elemente sind zentrale Bausteine des Strategy-Making-Modells zur Strategieberatung von Raschke/Tils (2007).

Die nachfolgende Grafik skizziert den Strategieberatungsprozess anhand der drei Grundelemente politischer Strategie.

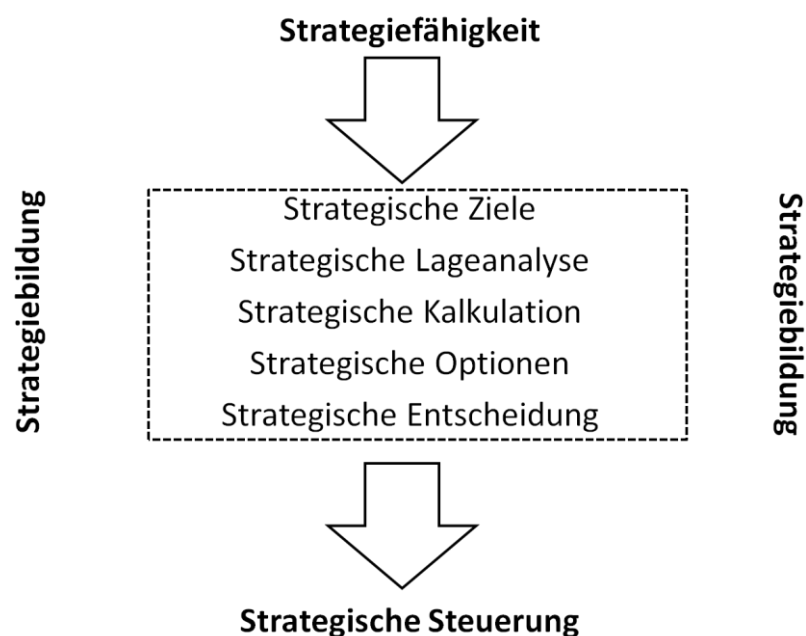


Abbildung 1: Der Strategieberatungsprozess nach Tils (2005: 33)

(1) Strategiefähigkeit ist eine Handlungsfähigkeit, die politische Akteure zu strategischer Politik befähigt. Strategische Kompetenzen individueller Akteure sind nach Raschke (2002: 209) und Schwickert (2011: 56):

- *Erfolgsorientierung* (Fähigkeit „*vom erfolgreichen Ende her zu denken*“),
- *Strategische Intuition* (Gespür für Essenzen komplexer Handlungskontexte)
- *Möglichkeitssinn* („*sich die Zukunft und die Wege zu ihr anders als in linearen Entwicklungen des Bestehenden vorzustellen*“)

Angesichts des komplexen politischen Systems ist individuelle Strategiefähigkeit zumeist erst im kollektiven Kontext relevant (vgl. Tils 2005: 32). Die Herstellung von Strategiefähigkeit für Kollektivakteure ist daher von entscheidender Bedeutung (vgl. ebd.). Strategiefähigkeit kollektiver Akteure umfasst insbesondere „*strategische Selbststeuerung*“ und „*interne bzw. externe Kommunikationskompetenz*“ (vgl. Schwickert 2011: 56f.). Strategische Handlungsfähigkeit und Erfolg kollektiver Akteure sind somit maßgeblich von einer ausgewogenen Orientierung an Problemlösung und Kommunikation mit internen und externen Anspruchsgruppen (Organisation, Öffentlichkeit, Konkurrenz) abhängig (vgl. Schwickert 2011: 57).

(2) Kernphasen von Strategiebildung sind Zielbestimmung, Lagebeurteilung, strategische Kalkulation und Optionenauswahl, so Raschke/Tils (2007: 344f.) und Tils (2005:32f.). Die Zieldefinition kann sowohl Policy- als auch Politics- Elemente beinhalten. Der Zielbestimmung kommt eine entscheidende Rolle zu, da sie weitere Schritte und Elemente des Strategieprozesses wesentlich beeinflusst. Anhand einer Lageanalyse wird das strategisch relevante Umfeld und die eigene Positionierung analysiert. Die Kalkulationsphase folgt keinen rigiden Regeln oder eindeutigen Vorgaben. Sie ist ein kreativer Prozess der Verknüpfung von strategischen Zielen mit Erfolgseinschätzungen auf Basis von Lage- und Potentialanalysen bzw. Intuitionen, die in einem letzten Schritt der Optionen- und Entscheidungsphase dient (vgl. ebd.).

(3) Drittes Element politischer Strategieanalyse ist strategische Steuerung. Aufbauend auf Strategiefähigkeit und Strategiebildung wird mit Hilfe strategischer Steuerung die Strategie realisiert. Flexible und offene Steuerungen, Nachjustierungen oder Adaptionen sind angesichts instabiler Umweltbedingungen und sich verändernder Interaktionskonstellationen unumgänglich. Strategieentwicklung wird hierbei nicht als abzuschließender Prozess verstanden, sondern strategische Steuerung greift gegebenenfalls auf Strategiebildungselemente zurück (vgl. Tils 2005: 34).

Der interdependente Prozesscharakter politischer Strategie zeigt sich im Element der politischen Steuerung neben den Wechselbeziehungen zwischen den drei Grundelementen auch in den einzelnen Steuerungsebenen (vgl. Raschke/Tils 2007: 388f.). Problempolitiksteuerung bezieht sich auf die Problemlösung in Politikbereichen, Konkurrenzpolitiksteuerung behandelt die Politics-Perspektive, Organisationssteuerung zielt auf die Selbststeuerung kollektiver Akteure ab und Kommunikationssteuerung umfasst die Ausrichtung öffentlicher Diskurse im Sinne von Einflussnahme in der öffentlichen Debatte. Strategische Steuerung bedarf zudem mehrerer Leadership-Leistungen, die das Spannungsfeld *Macht – Erwartungen – Leistungen* steuern und lernfähig sind, um etwaige Anpassungen durchzuführen (vgl. ebd.).

2. 2 Strategie im historischen Kontext

In diesem Kapitel wird das Phänomen Strategie aus historischer Perspektive beleuchtet. Anhand eines chronologischen Längsschnitts werden strategische Fragen, Denkweisen und Phänomene zu unterschiedlichen Zeitpunkten betrachtet. Von der Antike⁹ über das Mittelalter bis hin zur Neuzeit sind Strategieüberlegungen mehr oder weniger elaboriert und haben angesichts politisch- erfolgsorientierter Akteure eine lange Tradition (vgl. Raschke/Tils: 2007: 43f.).

⁹ In Europa reichen strategische Überlegungen bis in die Antike zurück. China hingegen hat mit dem Militärtheoretiker Sun Tsu eine lange Tradition. Sun Tsu begründete militärische Strategiefragen bereits im 6. Jahrhundert v. Chr. (vgl. Stahel 2004).

Strategieformen im historischen Verlauf weisen ein breites Spektrum von Elaboriertheit auf. Von Diskontinuitäten geprägt zeigen sich unterschiedlichste Reifegrade und Charakteristika von Strategien. Ein systematisch generiertes strategisches Wissen ist in der Historie nicht vorhanden (vgl. ebd.). Der Anspruch an systematisiertem Strategiewissen ist bei Raschke und Tils (2007) hoch, denn trotz zum Teil fragmentarischer Überlieferungen versuchten griechische, römische und chinesische Strategiedenker ein Planungsinstrument zu entwickeln, das Ziele und Mittel koordiniert (vgl. Wagener 2010: 444).

Abbildung 1 zeigt die historische Strategieentwicklung von der Antike bis zur Gegenwart anhand der bereits oben erwähnten Kategorien.

	Strategiebegriff	Verhältnis politischer zu militärischer Strategie	Militärisch-funktionaler Bedarf	Politisch-legitimer Bedarf
Griechische Antike	deskriptiv	verwoben	gering	gering
Moderne (1789-)	analytisch	ausdifferenziert	hoch	hoch
	Trägerpotentiale strategischer Elaborierung		Öffentliche Diskurse	Repräsentativer Strategieautor
Griechische Antike	militärische Schriftsteller Sophisten „Politikwissenschaftler“		Ansätze von Diskursöffentlichkeit	Thukydides
Moderne (1789-)	Politiker politische Intellektuelle Generalstab Wissenschaftler Journalisten		Demokratische Öffentlichkeit Diskursvielfalt	Clausewitz

Abbildung 2: Historische Strategieentwicklung nach Raschke/Tils (2007: 45)

Griechische und römische Antike

Strategische Überlegungen in Europa fanden, so Stahel (2004: 37) erstmals in Griechenland und Rom statt. Griechische und römische Denker (z.B. Aenas, Polybios, Caesar, Onasander, Aelianus, Flavius Vegetius Renatus) verfassten Lehrbücher über Strategie. Schriften der griechischen Denker inspirierten die Römer (vgl. ebd.).

Attische Demokratie war geprägt von rhetorischer Überzeugungskraft in der Volksversammlung. Strategische Entscheidungen erfolgten größtenteils infolge einer kontroversiell und öffentlich geführten Debatte, nach Abwägung der Argumente (Münkler 2010: 55f.). Der Begriff „Strategie“ (strategia) als solcher bezog sich in der griechischen Polis auf ein Amt und die Ausführung des Amtes¹⁰. Strategie wurde vorwiegend im Kontext von Militär und Krieg verstanden, jedoch nicht in Verbindung mit Politik. Die Elaborierung des Begriffs Strategie, im Sinne eines analytisch-systematischen Strategiebegriffs, war im Militärischen gering (vgl. Raschke/Tils 2007: 46f.).

Griechische Staatsmänner und Strategen wie Thukydides und Perikles agierten in vielerlei Hinsicht strategisch, indem sie situationsübergreifende, erfolgsorientierte und kalkulierende Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Handlungen stellten. Der legitime Bedarf strategischer Politik aus der politischen Praxis, im Sinne von Legitimität von Führung, Kollektivakteuren und Komplexität, war in der griechischen Polis jedoch kaum vorhanden (vgl. Raschke/Tils 2007 S.48f.). Demokratie in der Polis hatte keine institutionalisierte Führung und arbeitete ohne Kollektivakteure. Die Komplexität der griechischen Demokratie war gering, da Politik in der Agrargesellschaft vordergründig auf Außen- und Sicherheitspolitik abzielte (vgl. Bleicken 1995: 212f., vgl. Raschke/Tils 2007: 50).

Die römische Antike trug wenig zur Weiterentwicklung politischen Strategie-Wissens bei. In der Historie Roms spielten Strategiefragen eine bedeutende Rolle, jedoch gibt es kaum schriftliche Überlieferungen (vgl. Raschke/Tils 2007: 52f.). Die zunehmende Komplexität angesichts des römischen Großimperiums und die damit verbundenen Aufgaben (militärisch, politisch, ökonomisch und administrativ), führte vermehrt zu strategischen Überlegungen. Der objektive Strategiebedarf in Rom war verglichen mit der griechischen Polis höher. Strategisches Wissen wurde aber als Konkurrenz – und Arkanwissen verwendet, das den Bürgern und Feinden vorenthalten werden sollte – somit auch einer Systematisierung (vgl. ebd.).

¹⁰ Vgl. Kapitel 2.1.1

Frühe Neuzeit

Mit Niccolò Machiavelli gelang der Strategieentwicklung zwischen Antike/Mittelalter und Moderne ein wesentlicher Fortschritt. Ausgehend von einem neuen Welt- und Menschenbild der Renaissance sowie der Ökonomie, die Kalkulationen von Gewinn und Verlust, Chancen und Gefahren machte, gewann Strategie zusehends an Bedeutung (vgl. Raschke/Tils 2007: 59 zit. nach Münkler 1985: 23f.). Der strategische Vordenker Machiavelli verwendet den Begriff „Strategie“ nicht explizit, doch sein Werk „Il principe“ enthält basale Anleitungen strategischen Handelns, die im Schatten moralischer Werte steht (vgl. Machiavelli 1990).

Raschke/Tils (2007) sehen Machiavellis Beitrag zur Systematisierung strategischer Denkweise im zweckrationalen Einsatz der Mittel. Der italienische Stratege Machiavelli konstatierte, wenn zwei Akteure, die gleiche Ziele und Mittel verfolgen, jedoch unterschiedlichen Erfolg haben, es an den *„verschiedenen Umständen und Verhältnissen“* liegen müsse, die ihrem Vorgehen *„günstig oder ungünstig sind“*. (Machiavelli 1990: 119) Elemente von Machiavellis Denkweise, die mit politischer Strategie in Zusammenhang gebracht werden können sind Erfolgsorientierung politischen Handelns, die Berücksichtigung umweltspezifischer Faktoren (*occasione*) und politische Klugheit im Sinne von personaler Strategiekompetenz (*virtu*). Zusätzlich stellt der *„politische Realismus“* (vgl. Raschke/Tils 2007: 61 zit. nach Münkler 1985: 32), strategischen Denkweisen einen Rahmen für Beobachtung und Analyse zur Verfügung. Der Fokus in Machiavellis Ausführungen bezieht sich auf individuelle und nicht auf kollektive Strategieakteure. Das demokratische Defizit auf Akteursebene blendet das Volk aus und prägt die Rezeption Machiavellis, die sich in einem Überhang von Machtfragen charakterisieren lässt (vgl. Raschke/Tils 2007: 61f.).

Moderne

Die Französische Revolution 1789 zeigte den Strategiebedarf politischer Kollektivakteure in besonderer Form. Strategische Intentionen des absolutistischen Monarchen mussten sich mit strategischer Kritik auseinandersetzen (vgl. Raschke/Tils 2007: 67f.). Die Öffentlichkeit debattierte über polit-strategische Fragen und verdrängte die alte Arkanpolitik. Mit der Revolutionsbewegung ausgehend von Paris und ihren Protagonisten Robespierre und Danton wurde die Bedeutung politischer Strategien erhöht (vgl. ebd.) Robespierres strategische Denkweise wird in seiner Überlegung über die Eroberung der Macht, das letzte Ziel seines Handelns, sichtbar: *„Bevor man sich auf den Weg begibt, muss man das Ziel kennen, an dem man ankommen will, und die Wege, auf denen man gehen muss.“* (Raschke/Tils 2007: 68 zit. nach Gueniffey 1996: 514)

Politische Strategie gewann mit der Französischen Revolution eine neue Dimension in der Akteurskonstellation. Gegner strategischer Berechnungen waren seitdem nicht nur Feldherren und Heere, sondern Kollektivakteure innerhalb eines Staats. Der demokratische Fortschritt öffnete die Möglichkeit einer Vergesellschaftung von Strategiefragen (vgl. Raschke/Tils 2007: 70f.).

Im Laufe des 19. Jahrhunderts dienten militärische Strategiereflexionen einer Kumulation militärischen Wissens über Strategie und Taktik. General Carl von Clausewitz (1780-1831) trug maßgeblich zu einer konzeptionellen Strategieentwicklung bei und führte in seinem Werk „Vom Kriege“ (1973) seine strategischen Überlegungen aus. Clausewitz' Definition von Strategie unterscheidet Taktik von Strategie:

„Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.“ (Clausewitz 1973: 271)

Clausewitz trägt mit seinen Ausführungen zu einer konzeptionellen Schärfung des Phänomens „Strategie“ bei¹¹ (vgl. Tils 2005: 44). Eine systematische Elaborierung von Strategie für die Politik erfolgte jedoch nicht. Dennoch hat sich

¹¹ Vgl. Kapitel 2.3.2

mit Clausewitz der Grundgedanke eines längerfristigen, situationsübergreifenden und komplexen Strategiebegriffs durchgesetzt (vgl. ebd.).

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der Strategiebegriff eine erweiterte Verwendung erfahren. In Ökonomie und Politik verbreitete sich der Strategiebegriff sukzessive. Das sich in den 1960er Jahren etablierende Forschungsfeld „strategisches Management“ gründete eine eigene Disziplin innerhalb der Ökonomie. In der Politik konnte das Strategiethema zunächst in der Parteien- und Wahlkampfforschung Fuß fassen (vgl. Raschke/Tils 2007: 76f.).

2.3 Bezugspunkte politischer Strategie

In diesem Abschnitt der Arbeit möchte ich das Spektrum möglicher Anknüpfungspunkte politischer Strategie ausloten. In Analogie zur Chronologie wird militärische Strategie vor ökonomischer Strategie betrachtet. Im Zentrum stehen die Teilsysteme politischer Strategie, die Klärung ihrer Verhältnisse zueinander und mögliche Anschlussmöglichkeiten.

2.3.1 Militärische Strategie

Dieser Teil der Arbeit beleuchtet politische Strategie im Verhältnis zur militärischen Strategie. Ziel ist es, militärische Strategie im Kontext der Politik zu betrachten um darauf aufbauend Ähnlichkeiten, Anknüpfungspunkte als auch Differenzen zwischen militärischer und politischer Strategie auszumachen.

Begrifflich stammt Strategie aus dem Militärischen (Münkler 2010: 45). Das Strategieverständnis bezog sich zunächst prioritär auf Kriegsführung im Sinne von Waffengebrauch (vgl. ebd.). In den letzten Jahrzehnten erhielt das militärische Strategieverständnis zwei neue Elemente: zum einen die direkte oder indirekte Androhung von Waffeneinsatz, zum anderen der Einsatz diplomatischer Mittel (vgl. Wagener 2010: 445). Hier wurde der Strategiebegriff geschärft und infolge auf die Politik und Ökonomie transferiert. Militärisch-strategische Begriffe sind in der Politik tief verankert. Sie sind „(...) *mehr als bloße Metaphern, die der Politik Klarheit und Anschaulichkeit verleihen sollen; Politik wird hier vielmehr*

nach den Vorgaben militärischer Strategien gedacht und konzipiert“ (Münkler 2010: 46).

Eine begriffliche Klärung ist für eine Entwicklung der politischen Strategieforschung nicht unerheblich (vgl. Münkler 2010). Der Transfer zwischen den Teilsystemen von Militär und Politik erfolgt einerseits zwischen divergierenden Subsystemen, andererseits in partiell vorhandenen analogen Strukturen, die eine „(...) *moderne, abstrakte Rationalität an Neuverknüpfungen* (...)“ (Raschke/Tils 2007: 66) ermöglichen. Voraussetzung für das Überschwappen militärischer Begriffe und Denkstrukturen in den politischen Strategieprozess ist die Trennung zwischen militärischer und politischer Strategie. Zusätzlich hatten politische Intellektuelle eine bedeutende Rolle, indem sie politische Handlungen mit militärstrategischen Termini beschrieben und erklärten (vgl. Münkler 2010: 69). Festzuhalten ist, dass das Teilsystem Militär einen wesentlichen Beitrag für strategische Reflexionen und Anschlüsse geleistet hat. Ein großer Wegbereiter hierfür war Clausewitz, der über militärische Strategie reflektierte und Anknüpfungspunkte für die politische Strategieforschung bietet. Strategieerkenntnisse von Clausewitz, die von Raschke/Tils aus dem Militärischem exzerpiert dargestellt werden sind unter anderem (vgl. Raschke/Tils 2007: 74f. unter Bezugnahme auf Kutz (1990, 2001), Hahlweg (1980), Paret (1986, 1993), Aron (1980), Münkler (2003) und Clausewitz (1980)):

- *„Strategie ist eine Art des Denkens, nicht dessen Ergebnis. Man kann nicht Strategie lernen, sondern nur strategisch denken lernen. Falsch wäre, von Strategie eine Lehre im Sinne positiver Vorschriften zu erwarten.“ (ebd.)*
- *„Strategie ist historisch spezifisch, nicht aus allgemeinen, immer gültigen Gesetzen ableitbar. Sie ist in breite Kontexte mit ökonomischen, technologischen, sozialen, kulturellen, politischen Faktoren eingebettet.“ (ebd.)*
- *„Strategie ist weder „Kunst“ („hervorbringendes Können“) noch „Wissenschaft“ („bloßes Wissen“), sondern beinhaltet Teile von beidem, bezogen auf ein drittes: die strategische Interaktion. (...)“ (ebd.)*

- *„Das strategische Vermögen, das sich für den Akteur anders darstellt als für den Analytiker, ist insgesamt angewiesen auf Analyse-, Kritik- und Urteilsfähigkeit, verbunden mit Kreativität. (...)“ (ebd.)*
- *„Strategieanalyse arbeitet an einer (Re-)Konstruktion von Kalkülen. Sie wird von Clausewitz am Beispiel von Angriff und Verteidigung paradigmatisch ausgeführt. „Kluge Berechnung“ (Clausewitz 1980: 207) durchzieht den strategischen Prozess, wobei „gleich von vornherein ein Spiel von Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten, Glück und Unglück hineinkommt“ (208).“ (Raschke/Tils 2007: 74f.)*

Clausewitz (1980) hat der Politik dem Militärischen Vorrang gegeben indem er den politischen Zweck vor dem Mittel reihte: *„(...) denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.“ (Clausewitz 1980: 210)*

Münkler (2010) schlägt vor zwischen einer „existentiellen“ und einer „instrumentellen“ Auffassung von Krieg zu differenzieren. Eine von Clausewitz angenommene Zweck-Mittel-Beziehung zwischen politischer und militärischer Strategie ist nur im Kontext einer „*instrumentellen*“ Sichtweise von Krieg sinnvoll. Hingegen lassen sich militärische und politische Strategien, wenn es sich um antiimperiale oder antikoloniale Befreiungskämpfe handelt, nicht voneinander trennen (vgl. ebd.). Im Bereich des Kleinkrieges und des Terrorismus sind keine Trennlinien zwischen Politischem und Militärischem erkennbar. Die Hisbollah im Libanon ist für Münkler hierzu ein Beispiel – der politische Akteur *„(...) wechselt permanent seine Gestalt und ist einmal eine politische Partei, dann wieder ein militärischer Kampfverband und schließlich eine soziale Hilfsorganisation.“ (Münkler 2010: 49)* Ein Verschmelzen politischer und militärischer Strategie führt zu asymmetrischen Konflikten¹². In jenen Formen wo das Militärische vom Politischen nicht eindeutig trennbar erscheint, wie beispielsweise in asymmetrischen Konflikten, muss das Verhältnis von politischer und militärischer Strategie fortlaufend überprüft und neu bestimmt werden (vgl. ebd. 69). Erst

¹² Asymmetrische Kriege und Konflikte sind Folge ungleicher Akteure hinsichtlich Rationalität, Kreativität und Legitimität (vgl. Münkler 2006)

wenn das Politische vor dem Militärischem gestellt wird, ist Frieden und Krieg unterscheidbar (vgl. ebd. 50).

Eine Trennung zwischen militärischer und politischer Strategie war historisch betrachtet fragmentarisch schon in der griechischen Polis als auch in der römischen Kaiserzeit sichtbar. Eine idealtypische Subsumtion von militärischer unter politischer Strategie, die vor allem Clausewitz präferierte, war historisch jedoch selten der Fall. Zwar kam es im Zuge der Entstehung des neuzeitlichen Staates zu einer Ämterordnung mit zugewiesenen Kompetenzen, doch eine scharfe Abgrenzung von Militärischem und Politischem fand bislang nicht statt (vgl. ebd. 53f.).

Der Transfer militärstrategischer Begriffe in die Politik erfolgte über Herrscherpersönlichkeiten (vgl. ebd.). Herrscher dienten als Bindeglied und schufen kognitive und mentale Strukturen, auf die die politische Strategiebildung ansetzen konnte. Repräsentativ hierzu sind Machiavelli, der dem Herrscher in seinem Werk *Principe* (Machiavelli 1990) militärstrategische Reflexionen nahe legte, um gegen politische Feinde zu reüssieren, sowie der Niederländer Justus Lipsius der in *de constantia* (Lipsius 1998) Tugenden strategischen Handelns im militärischen und politischen Bereich erläuterte (vgl. Münkler 2010: 64f.).

Infolge der Weiterentwicklung des institutionellen Flächenstaates trennten sich Kriegsführung und Staatsverwaltung sukzessive (vgl. ebd.). In der Verwaltung kam es zu einer Routinisierung von Aufgaben. Die Administration löste sich weitgehend von strategischen Reflexionen und überließ den politischen Entscheidungszentren die Strategiebildung. Münkler (2010) konstatiert dazu:

„Die Routinen des administrativen Alltagsgeschehens und die Erfordernisse strategischer Kreativität und Flexibilität vertrugen sich nicht miteinander bzw. erforderten unterschiedliche kognitive Fähigkeiten und mentale Dispositionen.“ (Münkler 2010: 65)

Administration fokussierte sich neben den Routineaufgaben des Alltags zusätzlich auf Planungen langfristiger Entwicklungen. Hierbei gab es strategische Erwartungen und Überlegungen, jedoch eingegrenzt auf Bereiche, bei denen es keine strategischen Antagonisten gab. Strategische Gegenspieler gab es im

institutionellen Flächenstaat in erster Linie in der Außenpolitik. Erst im modernen Parteienstaat kamen neue Felder strategischer Spiele hinzu. Die Unterscheidung zwischen berechnender, vorhersehbarer Planung und strategischem Spiel, das sich durch Unberechenbarkeit, Kreativität und Kombinationsmöglichkeit charakterisieren lässt, ist ein evolutionäres Phänomen der Moderne (vgl. Münkler 2010: 65f.).

Beleuchtet man das Diskursivitätspotential militärischer Strategiebildung, erkennt man, dass kaum Räume existieren, die Diskursivität ermöglichen (vgl. ebd.). Das Prinzip des Befehls und Gehorsams schränkt einen strategieförderlichen Diskurs ein. Der Diskurs findet in abgegrenzten Strukturen und Stäben statt. In nicht klar von der Politik abgegrenzten militärischen Bereichen hat Diskursivität angesichts demokratiepolitischer Spezifika eine höhere Relevanz¹³ (vgl. ebd.: 69).

Resümierend kann man Clausewitz' Theorie eine hohe Bedeutung zuschreiben, jedoch sieht Münkler (2010) in Anlehnung an Peter Parets (1993) Ausführungen (Paret 1993: 350f.) zu Clausewitz eine notwendige Voraussetzung für Clausewitz' Theorie. Clausewitz setzt eine gesellschaftliche Entwicklung voraus, die maßgeblichen Einfluss auf politische Ziele und militärische Mittel hat.

Somit ist die sozio-politische Gegebenheit eine entscheidende Determinante, die das Verhältnis zwischen militärischer und politischer Strategie steuert. Folglich ist nach Münkler (2010: 48):

„(...) das Verhältnis zwischen beiden weder deskriptiv noch normativ fixierbar, sondern hängt von Umständen ab, über die weder die politischen noch die militärischen Strategen verfügen und die seitens der Theorie auch nicht nachträglich zu fixieren sind.“

2. 3. 2 Strategisches Management

Als zweiten Bezugspunkt für die junge politische Strategieforschung dient die betriebswirtschaftliche Disziplin „Strategisches Management“. Erste bedeutende Abhandlungen des Strategischen Managements stammen aus den 1960er

¹³ Vgl. Kapitel 3

Jahren. Hierzu zählen beispielsweise Igor Ansoffs Klassiker „*Corporate Strategy*“ (1965), worin wesentliche Grundlagen des strategischen Managements, wie etwa die SWOT¹⁴-Analyse behandelt werden, oder Alfred D. Chandlers Werk „*Strategy and Structure*“ (1962), das den Wachstumsprozess von vier Unternehmen untersucht und anschließend die These „Structure follows Strategy“ aufstellt (vgl. Müller-Stewens/Lechner 2005:11f.). In den 1980er Jahren wurde Michael Porters (1980, 1985) strategische Managementtheorie durch die Miteinbeziehung von Informationen über die Umwelt (Mitbewerber, Märkte, Branchen, Rahmenbedingungen) prominent. Trotz der zahlreichen Diskussionen und Publikationen in der bisherigen Entwicklungsgeschichte des Faches Strategisches Management ist die Disziplin durch Heterogenität und Meinungsvielfalt gekennzeichnet. Unterschiedliche Forschungsstränge, vor allem ökonomische und behavioristische Theorieansätze, führen zusätzlich zu einem kontroversiellen Diskurs innerhalb der Strategischen Managementforschung. Das interdisziplinäre Feld folgt bislang keinem einheitlichen Theoriegebäude, sondern kann als eklektische Theorie beschrieben werden (vgl. Bresser 2010: 16).

Folglich kann auch der Begriff „Strategie“ in der Betriebswirtschaftslehre und in der Managementpraxis mehrdeutig verstanden und verwendet werden. Allgemein fokussiert sich strategisches Management auf die langfristige, existenzsichernde Unternehmensentwicklung. Planung und Steuerung zur Generierung nachhaltiger Wettbewerbsvorteile spielen hierbei eine zentrale Rolle (vgl. Bresser 2010: 9). Eine erweiterte Definition bieten Johnson et al. (2008), indem sie veränderbare Umweltbedingungen und Anspruchsgruppen integrieren:

„Strategy is the direction and scope of an organization over the long term, which achieves advantages in a changing environment through its configuration of resources and competences with the aim of fulfilling stakeholder expectations“. (Johnson et al. 2008: 3)

Henry Mintzberg (1987) greift das Problem der unterschiedlichen Begriffsdefinitionen auf und gliedert den Strategiebegriff in fünf Sichtweisen. Mintzberg (1987) nennt diese fünf - „*P's of Strategy*“ (Plan, Ploy, Pattern, Position und Perspective). Strategie als „*Plan*“ meint eine richtungsgebende

¹⁴ Das Akronym „SWOT“ steht für Strengths, Weaknesses, Opportunities and Threats

Entscheidungsgrundlage. Spielzug („*Ploy*“) beschreibt die Verwendung von Strategie im Wettbewerb gegenüber Mitbewerbern im Sinne „raffinierter Manöver“. Eine Vorstellung von Strategie als Muster von intendierten und unintendierten Entscheidungen bzw. Handlungen kennzeichnet Mintzbergs „*Pattern*“. Unter Strategie als „Position“ ist die Positionierung eines Unternehmens in seinem Umfeld zu verstehen. Strategie definiert als „*Perspektive*“ bezieht sich auf die Wahrnehmung und Wirklichkeitskonstruktion eines Unternehmens (vgl. Mintzberg 1987 in California Management Review: 12f., zit. nach Müller-Stewens/Lechner 2005: 20).

Das multidisziplinäre Feld des strategischen Managements bietet ein breites Spektrum an Ansätzen und Konzeptionen, welche, unter Berücksichtigung politischer Spezifika, auch für politische Strategieanalyse von Bedeutung sind. Voraussetzung hierzu ist die Kenntnis von Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Markt und Politik, um ein differenziertes Bild für etwaige Anknüpfungspunkte zu erlangen.

Aufbauend auf Joseph Schumpeters (1946) Überlegungen bereitete der Ökonom und Politikwissenschaftler Anthony Downs (1968) mit seinem Werk „*Ökonomische Theorie der Demokratie*“ den Weg ökonomischer Konzepte in der Politikwissenschaft. Die Analogie zwischen ökonomischen und politischen Tauschprozessen kann unter der Prämisse, dass Parteien als Anbieter eines Produktes im Wählerstimmenmarkt einem demokratischen Wettbewerb ausgesetzt sind, nachvollziehbar dargestellt werden (Schneider 2004: 109f.).

Das Phänomen des Wettbewerbs spiegelt sich in der Politik im Besonderen in der Konkurrerung um Interessen, Konzepten, Meinungsführerschaften, Zustimmungen und Wählerstimmen wider (vgl. Tils 2005: 45). Die Wettbewerbsanalogie charakterisiert damit eine bedeutende Gemeinsamkeit zwischen Ökonomie und Politik (vgl. ebd.).

Tils (2005: 46) sieht in der politischen Wettbewerbssituation ein zunehmendes Bestreben „(...) einer rationalen, längerfristigen Selbststeuerung politischer Akteure (...)“, die das Erfordernis einer politischen Strategie unterstreicht.

Inwieweit das Konzept des ökonomischen Marktes auf die Politik transferierbar ist, hängt von den Spezifika politischer Märkte ab. Helmut Schneider (2004) arbeitete Unterschiede und Auswirkungen zwischen ökonomischen und politischen Märkten heraus. Besonderheiten politischer Märkte sind nach Schneider: „*Angebots-Oligopole, Markteintrittsbarrieren, Multi-Co-Opetition¹⁵ und pluralistische Willensbildung*“. *Oligopolbildungen* führen neben der Verringerung einer Wettbewerbsintensität auch zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Absprachen oder Kartellen. *Markteintrittsbarrieren* sind angesichts einer Mandats- oder Prozenzhürde in den meisten demokratischen Parlamenten relativ hoch (ebd.). Koalitionen, ein Phänomen des politischen Marktes, führen zu einem Spannungsverhältnis zwischen Wettbewerb und Kooperation. Hinsichtlich des Willensbildungsprozesses ist eine Demokratie, im Vergleich zu Unternehmen, auf einen *pluralistischen Willensbildungsprozess* ausgelegt (vgl. Schneider 2004: 109f.). Politik ist wegen demokratietheoretischen Gründen bei vielen Entscheidungen auf das Commitment großer und zum Teil heterogener Wählergruppen angewiesen, die politische Entscheidungen unter Beobachtung einer interessierten Medienöffentlichkeit meist nur in Form eines Kompromisses ermöglicht (vgl. Schwickert 2011: 49).

Eine weitere Besonderheit des Wählermarktes zeigen Nullmeier/Saretzki (2002) auf, indem sie auf das Faktum, dass jeder Wähler nur eine Stimme besitzt und somit jeder „Nachfrager“ über gleiche Ressourcen verfügt, hinweisen (Nullmeier/Saretzki 2002: 20). Die Gegenleistung einer Stimme ist abstrakt und kaum quantifizierbar, wie zum Beispiel Versprechungen oder Berücksichtigungen von Partikularinteressen (vgl. Schneider 2004: 108).

Implikationen politischer Marktspezifika (Schneider 2004: 111f.) in Bezug auf politische Strategie sind angesichts eines geringen Wettbewerbs die niedrige Innovationsneigung. Das heißt, mangelnder Wettbewerb kann zu Trägheit und Stillstand führen – folglich sind auch kaum innovative und kreative Strategien zu erwarten. Co-opetition und rasch wechselnde Regierungen (-koalitionen) implizieren Elemente eines Situationismus, der langfristig

¹⁵ Multi-Co-Opetition bezeichnet eine Wortkreation ursprünglich aus der betriebswirtschaftlichen Spieltheorie stammend und kann als Zusammenspiel von Wettbewerb und Kooperation auf politischen Märkten definiert werden (vgl. Schneider 2004: 112).

ausgelegtem Denken zuwiderläuft. Zusätzlich erschweren die Struktur und die mannigfaltige Interessenlage der Politik den Aufbau einer politischen Strategie (vgl. ebd.).

Zentrale Aufgabe einer möglichen Integration des strategischen Managements in die Politik(-wissenschaft) ist die Berücksichtigung von Eigentümlichkeiten des Politischen hinsichtlich der Ziele, Ressourcen, Strukturen und Rahmenbedingungen. Die politische Strategieforschung hat die Möglichkeit von ihrer Nachbardisziplin zu lernen, kommt jedoch um eigene Erfahrungen im spezifischen Feld der Politik nicht herum (vgl. Tils 2005: 46).

Henry Mintzberg, Bruce Ahlstrand und Joseph Lampel (2009) haben mit ihrer Zusammenfassung verschiedener strategischer Denkansätzen einen Überblick in der „Wildnis“ der strategischen Managementkonzepte geschaffen. In ihrer Publikation „*Strategy Safari*“ gliedern sie zehn verschiedene Denkschulen in *präskriptive Ansätze* (Design-, Planungs- und Positionierungsschule), die in erster Linie Strategie als analytisches und rationales Konzept begreifen und auf Soll-Bestimmungen abzielen und *deskriptive Ansätze* (Unternehmens-, Kognitive-, Lern-, Macht-, Kultur- und Umweltschule), welche Strategieentwicklung als visionären, mentalen, emergenten, verhandlungsfokussierten, kollektiven und reaktiven Prozess sehen. Die Konfigurationsschule dient der Integration und Synthese aller vorgestellten Schulen (vgl. Mintzberg et al. 2009: 4f.).

Mintzbergs, Ahlstrands und Lampels (2009) zehn Strategieschulen verfolgen einen offenen und multiperspektiven Ansatz, der neben geplanten, beabsichtigten auch ungeplante, emergente Strategien berücksichtigt (vgl. Mintzberg et al. 2009: 12). Das Spektrum an Erscheinungsformen reicht von formellen, intendierten, öffentlichen, bis hin zu informellen, emergenten und geheimen Strategien (vgl. Tils 2005: 47).

Die vorliegende Arbeit bezieht sich primär auf einen intentionalen Strategiebegriff, der für eine politische Strategieanalyse geeignet ist, weil eine rekonstruierende Analyse, wie sie im empirischen Teil der Arbeit beabsichtigt ist, hierzu nachvollziehbarer erscheint.

2. 4 Forschungsstand in der Politikwissenschaft

Historisch betrachtet, wie in den vorangehenden Kapitel diskutiert, hat Strategieforschung in der Militär- und Wirtschaftswissenschaften eine lange Tradition. Bemühungen Strategiefragen im Kontext politischer Eigengesetzlichkeiten zu systematisieren blieben weitgehend ohne Erfolg¹⁶. Raschke konstatierte zu Beginn des 21. Jahrhunderts:

„Eigenartig ist es schon, dass eine mittlerweile große, ausdifferenzierte Disziplin wie die Politikwissenschaft sich mit politischer Strategie nie systematisch befasst hat, (...) „Strategie“ ist ein unsortiertes Geheimwissen, das sich demokratisch-diskursiver Durchleuchtung und wissenschaftlicher Analyse nicht aussetzt“. (Raschke 2002: 207, 235)

Vermutungen, so Raschke (2002: 207f.) für den Mangel politologischer Strategieansätze sind einerseits die Praxisferne der Disziplin in Verbindung eines Arkanbereiches polit-strategischer Akteure, andererseits ein häufig negativ konnotiertes, demokratiefernes Strategieverständnis.

Politikwissenschaftliche Felder, die das Phänomen „politische Strategie“ in unterschiedlichem Elaborierungsgrad und aus unterschiedlicher Perspektive behandeln, sind unter anderem die Policy-Analyse (vgl. Jänicke/Jörgens 2000), Spieltheorie (vgl. Scharpf 2000), Leadershipforschung (vgl. Glaab 2007), Parteien- und Wahlkampfforschung (vgl. Nullmeier/Saretzki 2002) bzw. Forschungen im Bereich Sozialer Bewegungen (vgl. Raschke 2004).

Joachim Raschke und Ralf Tils konnten im Jahr 2007 aufbauend auf mehreren empirischer Studien von politischen Parteien, sozialen Bewegungen und mit Hilfe einer ersten Konzeptualisierung politischer Strategieanalyse von Tils (2005) ein fragmentiertes Feld im Fach Politikwissenschaft mit einer Grundlegung von *„Politische Strategie“* (vgl. Raschke/Tils 2007) neu begründen. Die systematische

¹⁶ Beispielsweise versuchte Peter Schröder (2000) mit seiner Monographie „Politische Strategien“ im politikwissenschaftlichen Forschungsfeld Fuß zu fassen. Eine aus Planungsansätzen und militär- bzw. wirtschaftswissenschaftliche mosaikförmige Konzeptualisierung von politischer Strategie stieß jedoch auf wenig Resonanz.

Zusammenführung verschiedener politologischer Approaches und Perspektiven führen zu Konturen eines neuen Forschungsfeldes, dass sich neben der Grundlegung 2007 in einem 2010 veröffentlichten Sammelband *„Strategie in der Politikwissenschaft“* (Raschke/Tils: 2010) manifestiert. Mit Beiträgen zu *„Rationalitätsgrenzen politischer Strategie“* (Wiesendahl 2010), *„Zum Verhältnis von politischer und militärischer Strategie“* (Münkler 2010), *„Strategieanalyse und Demokratie“* (Schmidt, Saretzki, Merkel 2010b) oder empirischen Strategiestudien (Paterson 2010, Zohlnhöfer 2010) zeigt Strategieforschung in der Politikwissenschaft neue Perspektiven auf und gewinnt zusehends an Bedeutung. Zudem kann politische Strategieforschung auf eine vergleichende Studie (Fischer et al. 2007), durchgeführt in den Ländern Dänemark, Deutschland, Großbritannien und den USA, zum Thema politische Strategie verweisen.

In der anwendungsorientierten Politikfeldanalyse werden Strategiebezüge oftmals implizit hergestellt, ohne explizit auf einen Strategiebegriff zu verweisen (Tils 2005: 51). Schwickert verortet politische Strategie in der Policy-Forschung und beobachtet gegenseitige Potentiale für eine Rezeption.

Gemeinsamkeiten zwischen politischer Strategieanalyse und Policy-Analyse sind Schwickert zufolge (2011: 63):

- *„Theorie- und Methodenmix*
- *handlungstheoretische Perspektive*
- *Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis*
- *Pragmatisches Wissenschafts- und Theorieverständnis*
- *Bereitstellung von Orientierungswissen als Forschungsziel*
- *Betonung genereller politischer Gestaltungsmöglichkeiten*
- *Multidisziplinäre, interaktions- und problemlösungsorientierte Ausrichtung“* (ebd. 63)

Folgt man den oben angeführten Anschlusspotentialen der Policy-Analyse, dann ist politische Strategieforschung ein Feld, dass sich an einem reziproken, fruchtbaren Lernen orientieren sollte (vgl. ebd.)

Andere Konzepte, wie zum Beispiel die seit den 1960er Jahren aufkommende Spieltheorie¹⁷, zeigen Grenzen einer möglichen Verwendung (Raschke/Tils 2010: 373). Spieltheoretische Ansätze strategischen Handelns basieren auf Annahmen der Rational-Choice Theorie, welche in der Kritik vielfach als „*realitätsferner Reduktionismus*“ bezeichnet werden. Tils (2005: 54f.) kritisiert die Vereinfachung der Akteurkonstellationen, die angesichts realer Komplexität in Form von multipler, sich verändernden strategischen Bezugsgrößen und Adressaten nicht ausreichend konzeptualisiert werden. Die Unterstellung rationaler Verhaltensweisen bei kollektiven Akteuren können die Wirklichkeit ebenso reduzieren, wie die Determinierung fixer Präferenzen. Folglich laufen spieltheoretische Ansätze einem offenen Strategieverständnis, dass sich an einem situationsübergreifenden Strategieakteur orientiert, der in einer dynamischen und komplexen Umwelt handelt, zuwider (vgl. ebd.).

Ein für Raschke/Tils (2007) zentraler Anknüpfungspunkt politischer Strategieanalyse ist der akteurzentrierte Institutionalismus (vgl. Mayntz/Scharpf 1995) und die Strategiekonzeption von Helmut Wiesenenthal (1987, 2006), die begrenzte Rationalität und Interpretationen berücksichtigt.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass sich politische Strategieforschung in einer „*Erkundungs – und Explorationphase*“ befindet (Raschke/Tils 2010:11), die durch Vorbehalte in Wissenschaft und Praxis gekennzeichnet ist. Es gilt, Einwände, beispielsweise hinsichtlich eines Demokratiebedenkens, wie in Kapitel drei diskutiert, zu thematisieren, um politische Strategie einem lebhaften Diskurs auszusetzen, der neue Erkenntnisse im Forschungsfeld „Politische Strategie“ liefert (vgl. Saretzki 2010: 121f.).

¹⁷ „Gegenstand der Spieltheorie sind Entscheidungssituationen, in denen das Ergebnis für einen Entscheider nicht nur von seinen eigenen Entscheidungen abhängt, sondern auch von dem Verhalten anderer Entscheider. Spieltheorie ist also eine Theorie sozialer Interaktion.“ (Rieck 2010:21)

3 Strategie und Demokratie

3.1 Demokratietheorien

Der vorliegende Abschnitt betrachtet, nach einer Begründung für die Auswahl, insbesondere drei normative Demokratietheorien, die für die anschließende politische Strategiebergründung verwendet werden. Neben der komplexen Demokratietheorie, werden die partizipative und die deliberative Demokratietheorie vorgestellt, um im Anschluss das Verhältnis zur politischen Strategiebergründung zu erörtern.

Manfred G. Schmidt (2008) gibt einen umfassenden Überblick über Demokratietheorien - von antiken Demokratiekonzeptionen bis hin zu aktuellen Entwicklungen in der Demokratieforschung. Demokratietheorien können nach normativen und empirischen Gesichtspunkten untergliedert werden. Um politische Strategie im Kontext demokratietheoretischer Ansätze zu beleuchten, bedarf es einer adäquaten Auswahl demokratietheoretischer Aspekte.

Raschke/Tils (2010: 381) nennen Partizipation, Transparenz und Effizienz als wesentliche Kriterien, die im Hinblick auf politische Strategie und Demokratieausführbarkeit maßgeblich sind. Angesichts der hohen Komplexität des Forschungsgegenstandes hat, unter anderem wegen zahlreichen Differenzierungen (Policy- und Politicsdimensionen, unterschiedliche Akteurskonstellationen, Orientierungen etc.), die komplexe Demokratietheorie Potential, politischen Strategiebergründungen Rechnung zu tragen (vgl. Raschke/Tils 2007: 37f.). Beteiligungszentrierte Demokratietheorien, respektive partizipatorische und deliberative Ansätze, sind nach Raschke/Tils (2007: ebd.) bedingt für eine Strategiebergründung geeignet, da sie reduktionistisch und stilisierend nur bestimmte Aspekte behandeln. Saretzki (2010: 121f.) hingegen sieht den deliberativen Demokratieansatz als zentralen Anknüpfungspunkt für politische Strategien in modernen Demokratien. Saretzki (2010) zufolge sind partizipative und deliberative Komponenten politischer Strategie der Kern demokratieverträglicher Strategiekonzepte.

Als Abgrenzung zur komplexen, partizipativen und deliberativen Demokratietheorie erfahren in der Arbeit entscheidungs-, verhandlungs- und elitenzentrierte Demokratiemodelle keine nähere Hinwendung.¹⁸ Die starke Fokussierung entscheidungs- und elitenzentrierter Ansätze auf die Entscheidung im engeren Sinne bzw. auf Eliten und deren Wahl, die die Beteiligung der Bürger in der demokratischen Meinungs- und Willensbildung wenig Aufmerksamkeit zusprechen, stehen neben dem Konzept, einer am „bargaining“ orientierten Verhandlungsdemokratie, nicht im Vordergrund der nachfolgenden Ausführungen (vgl. Saretzki 2010: 129f.).

Als Überblick werden in Anlehnung an Gohl (2010: 44f.) und Schmidt (2008: 493) wesentliche Charakteristika, Ziele und Beteiligungsformen der drei im Anschluss diskutierten Demokratietheorien dargestellt.

Abbildung 3: Überblick Demokratietheorien, in Anlehnung an Gohl (2010) und Schmidt (2008)

Theorie	Charakteristika/Ziele	Beteiligungsformen
Komplexe Demokratietheorie	• Input und Output • Komplexes Arrangement effektiven Regierens mit einem "dosierten Mehr an politischer Beteiligung" • normativ und empirisch	Alle Methoden der Entscheidungsfindung, solange sie nicht eine effektive Regierung verhindern
Partizipative Demokratietheorie	• Umfassende soziale und politische Teilhabe • Bürgerengagement und Selbstbestimmung • Empowerment • Kontrolle • Transparenz • primär normativ	breites Spektrum an sozialer und politischer Teilhabe
Deliberative Demokratietheorie	• Legitimierung durch Partizipation und Deliberation im Sinne von diskursiven und Meinungs-Willensbildung • primär normativ	Institutionelle Designs, die das Primat des "besseren Argument" ermöglichen, z.B. Citizen Juries, Deliberation Polls

¹⁸ Mit Strategierelevantem in „empirischen“ bzw. „realistischen“ Demokratietheorien beschäftigt sich zum Beispiel Schmidt (2010).

3. 1. 1 Komplexe Demokratietheorie

Die komplexe Demokratietheorie wurde vor allem in den 1970er Jahren durch Fritz Scharpfs (1970) Werk *„Demokratietheorie – Zwischen Utopie und Anpassung“* bekannt. Komplexe Demokratietheorie verknüpft zwei Forschungsstränge der Demokratieforschung – normative und empirische Demokratieansätze stärker miteinander. Ein weiteres Ziel des pluralismustheoretischen Ansatzes ist es, politische Partizipation zu berücksichtigen und zugleich den Fokus auf effektives Regieren richten (vgl. Schmidt 2008). Scharpfs Ansatz (1970) fordert zudem eine vermehrte Berücksichtigung von Interessen und Problemen, die im politischen Meinungsbildungsprozess unterrepräsentiert sind (vgl. Scharpf 1970: 66f.). Schmidt (2008: 287) sieht im Hinblick auf Fritz Scharpfs (1970) komplexe Demokratietheorie folgende zentrale Fragestellung: *„Wie kann regiert werden, dass die Stabilität und die Legitimität demokratischen Regierens gewahrt bleiben und zugleich durch effektives Problemlösen ein substanzieller Beitrag zur Wohlfahrtsmehrung geleistet wird?“*

Das Postulat nach mehr Partizipation in Scharpfs Ansatz von 1970 verlor im Laufe der Jahre aufgrund idealtypischer Überforderungen an Bedeutung. Dennoch plädieren Vertreter (z.B. Scharpf 1970) der komplexen Demokratietheorie für ein „dosiertes Mehr“ an politischer Partizipation (vgl. Schmidt 2008: 274). Das Spannungsfeld zwischen Beteiligung und Effektivität stellt auch drei Jahrzehnte danach in Scharpfs (1999) Schrift *„Regieren in Europa – effektiv und demokratisch?“* (Scharpf 1999) eine zentrale Herausforderung westlicher Demokratien dar. Die Ansprüche der komplexen Demokratietheorie, verschiedene Ansätze und Zielgrößen, wie beispielsweise Partizipation und Effizienz, miteinander fruchtbar in Bezug zu setzen, bedürfen einer Vermittlung „zwischen Vision und Wirklichkeitsbezug“ (Guggenberger 2002: 132f.)

Scharpfs (1970) komplexe Demokratietheorie entwickelte sich weiter und beschreibt mit dem „Effektivitäts-Legitimationsdilemma“ ein Problem, das aufgrund der oftmals unterschiedlichen Zielgrößen von Input und Output unlösbar scheint (Schmidt 2008: 280). Scharpf (1999: 20f.) plädiert, dass neben einer Input-Legitimation, im Sinne einer Miteinbeziehung und Beteiligung, auch

effektives Regieren und politisches Handeln durch seinen Output legitimiert werden kann.

In Bezug auf die Output-Legitimierung merkt Schwickert (2011: 65) an, dass „Legitimation qua Erfolg“, abgesehen von Annahmen, das politische Strategie auf Machtaspekte reduziert wird, ein entscheidendes Ziel strategischer Politik, die erfolgsorientiert und effektiv als normative Prämissen impliziert, ist.

Die Orientierung auf die Outputseite des demokratischen Prozesses bringt der komplexen Demokratietheorie Kritik, insbesondere aufgrund der Einhergehenden Vernachlässigung der Input- bzw. Partizipationsseite (vgl. ebd.). Scharpfs (1970) komplexe Demokratietheorie tendiert nach Walk (2007: 34 zit. nach Gohl 2010: 40) zusehends in den Bereich der Steuerungs- und Governanceansätze, die demokratische Parameter kaum verfolgen.

Bandelow (2005: 3) sieht als weiteren Kritikpunkt an Scharpfs komplexer Demokratietheorie die anfallenden Kosten demokratischer Entscheidungen um Legitimität zu schaffen.

Zusammenfassend kann in Anlehnung an Schmidt (2008: 285f.) festgehalten werden, dass wesentliche Charakteristika der komplexen Demokratietheorie die Sensibilisierung und Analyse von Input und Output demokratischer Prozesse, die Verknüpfung von empirischer und normativer Theorie, die Ausrichtung auf Theorie und Praxis sowie das Wissen über Potentiale und Grenzen politischer Steuerung sind.

Diese Merkmale komplexer Demokratietheorie illustrieren Parallelen und Anschlussmöglichkeiten für die politische Strategieanalyse. Wie bereits eingangs im Kapitel erwähnt, versucht politische Strategie empirische und normative Faktoren, konfligierende Ziele, Input- und Outputdimensionen sowie komplexe beziehungsweise differenzierte Akteurskonstellationen, Entscheidungssituationen etc. zu beleuchten (vgl. Raschke/Tils 2007: 38). Raschke/Tils (2007: ebd.) sehen zudem Strategie als Mittel für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit Komplexität, indem sie hilft, Handlungsfähigkeit aufzubauen. Zugleich merken sie an, dass Strategie, gleich wie Demokratie, selbst ein hohes Komplexitätspotential besitzt.

3. 1. 2 Partizipative Demokratietheorie

Im Gegensatz zu entscheidungs- und elitenzentrierten Demokratietheorien konzentrieren sich partizipatorische Demokratieansätze (vgl. Schmidt 2008) verstärkt auf den Aspekt der politischen Teilhabe und Beteiligung am Meinungs- und Willensbildungsprozess, respektive auf die Input-Legitimität. Im Zentrum der Betrachtung partizipativer Demokratiekonzeptionen steht die Selbstbestimmung der Bürger. Bedingungsfunktion von beteiligungszentrierten Demokratietheorien sind interessierte und mündige Bürger, die sich aktiv an politischen Fragen beteiligen¹⁹ (vgl. Martinsen 2006: 58).

Der Terminus Partizipation leitet sich aus dem spätlateinischen „participatio“ ab und bedeutet Beteiligung im Sinne von Teilhabe oder Teilnahme (vgl. Schultze 2002: 635). Es kann zwischen einem instrumentellen und normativen Verständnis von Partizipation unterschieden werden (vgl. ebd.).

Das instrumentelle Partizipationverständnis fußt auf der empirischen oder realistischen Demokratietheorie und streicht Partizipation als Methode zur bewußten Erreichung eines politischen Ziels hervor (vgl. Höcker 2006: 4). Für Schultze (2002: 635f.) sind instrumentelle politische Partizipationsformen all jene,

„die Bürger freiwillig, (...) unternehmen, um polit. Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Es geht um Teilnahme, Wertberücksichtigung und Interessendurchsetzung.“ Hingegen ist dem normativen Verständnis zufolge Partizipation „nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich. Es geht nicht nur um Einflußnahme und Interessendurchsetzung, sondern um Selbstverwirklichung im Prozeß des direkt-demokratischen Zusammenhandelns und um polit.- soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft.“ (ebd.)

Zu einem der bedeutendsten Vertreter partizipativer Demokratietheorien zählt neben Carole Pateman (1970), Benjamin Barber (1994) mit seiner Publikation *„Starke Demokratie“* (1994). Barbers (1994) Modell einer starken Demokratie basiert zunächst auf Kritik der liberalen Politik in den USA, die Barber als „magere Demokratie“ bezeichnet. Zwar spricht Barber liberalen Demokratien

¹⁹ Vgl. hierzu auch Kapitel 3.1.3

bestimmte Erfolge der Vergangenheit nicht ab, jedoch kritisiert er den Liberalismus, der *„zur Entstehung von Individuen, die durch ihre Privatsphäre und ihren Besitz definiert, aber unfähig zur Selbstbestimmung sind (...)“* geführt hat (Barber 1994: 70). Barbers Kritik gilt zudem der repräsentativen Demokratie, die die Autonomie der Bürger schwächt und die Bildung einer engagierten Gemeinschaft bzw. Öffentlichkeit erschwert (vgl. ebd. 140). Eine starke Demokratie hingegen *„beruht auf dem Gedanken einer sich selbst regierenden Gemeinschaft von Bürgern (...)“* (ebd. 99). Den Kern von Barbers Konzept einer starken Demokratie stellt die Bürgerbeteiligung dar:

„sie ist buchstäblich die Selbstregierung der Bürger (...)“ Partizipation *„nicht notwendigerweise auf jeder Ebene und jederzeit, aber ausreichend häufig und insbesondere dann, wenn über grundlegende Maßnahmen entschieden und bedeutende Macht entfaltet wird“* ist Barber zufolge ein wesentliches Element starker Demokratien (ebd. 146). Der Verweis Barbers, dass Partizipation nicht permanent und bei sämtlichen Fragen nötig sei, entzieht Barbers Modell einer möglichen Kritik hinsichtlich utopischer Ansprüche. Dennoch funktioniert eine starke Demokratie nur dann, so Barber (1994), wenn sie auf einer engagierten, selbstbestimmten Bürgerschaft basiert.

Kritik²⁰ an partizipativen Demokratietheorien wird nach Martinsen (2006: 62) vor allem an der normativen Ausrichtung und dem zugrunde liegenden optimistischen Menschenbild geübt. Zusätzlich weist Martinsen (ebd.) drauf hin, dass ein Entscheidungsverfahren ohne intelligentes Beteiligungskonzept lediglich zu einer Frustration der Beteiligten führe.

²⁰ Vgl. Kritik an deliberativen Demokratietheorien in Kapitel 3.1.3

3. 1. 3 Deliberative Demokratietheorie

In Abgrenzung zu Demokratietheorien, die politische Mitbestimmung auf den Akt des Wählens beschränken (vgl. z.B. Schumpeter 1946), sind beteiligungszentrierte Demokratietheorien an einer umfassenderen Partizipation der Bürger interessiert. Eine in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewinnende Demokratietheorie stellt den Begriff der Deliberation²¹ in den Mittelpunkt der Betrachtung (Lösch 2005: 151f.).

Joseph Bessette (1980) war der Wegbereiter der deliberativen Demokratietheorie, die auf Ursprünge der US-amerikanischen Rechtstheorie zurückgeht. Der deliberative Ansatz (Bessette 1980) stand in den USA einer eliten- und entscheidungszentrierten Demokratiekonzeption gegenüber. Deliberationisten verfolgen das Ziel, durch eine umfassende Abwägung verschiedener Argumente, Meinungen und Interessen bessere Ergebnisse im politischen Prozess zu erreichen (vgl. Lösch 2005: 151).

Saretzki (2010: 122) weist auf den Umstand hin, dass die deliberative Demokratietheorie nicht per se normativen Demokratiemodellen zugeordnet werden kann. Der zu beobachtende „*empirical turn*“, der sich in einer Zunahme an empirischen Forschungsprojekten zu Bedingungen und Folgen deliberativer Politik manifestiert, löst eine strikte Unterscheidung in empirische und normative Demokratietheorie auf (vgl. ebd.)

Der Terminus „Deliberation“ rückt seit den 1990er Jahren in den Fokus des Interesses²² (Lösch 2005: 151). Ausführungen und Überlegungen zu einer Theorie deliberativer Demokratie basieren auf den Arbeiten der Habermas'schen Diskurstheorie (1981, 1992), Konzeptionen des „öffentlichen Vernunftgebrauchs“ von John Rawls (1998) und auf Arbeiten von Cohen (1989), Dryzek (1990) und Fishkin (1997).

²¹ Die lateinisch originäre Bedeutung von „deliberare“ beschreibt Tätigkeiten wie beispielsweise „ein Orakel befragen“, „etwas zum Leben bringen“ oder „gebären“. In der Politikwissenschaft wird unter Deliberation die gemeinsame Abwägung und Beratung einer Entscheidung verstanden (vgl. Buchstein 2011: 171)

²² Dryzek (2000: 1) spricht von einem umfassenden „deliberative turn“ innerhalb der Demokratietheorien.

Deliberation, verstanden als „(...) *die argumentativ abwägende, verständigungsorientierte Beratschlagung*“ (Schmidt 2008: 237), ist mit einem Demokratieverständnis, das von fixen, klaren politischen Präferenzen, die ausschließlich via Wahlen expliziert werden können, nicht vereinbar (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 190f.). Demokratische Legitimität ist Deliberationisten zufolge nur durch die Inklusion der Bürger und durch das Primat des „besseren Arguments“ im Meinungs- und Willensbildungsprozess möglich (vgl. Gohl 2010: 34f.).

Um das Konzept des deliberativen Ansatzes näher zu erläutern, wird auf Cohens (1989) fünf zentrale Herausforderungen zurückgegriffen, die den deliberativen Demokratieansatz als bevorzugte Demokratiekonzeption unterstreicht. Die nachfolgenden Ausführung der fünf zentralen Herausforderungen von Cohen (1989) beziehen sich auf Schaal/Heidenreich (2006: 192f.) und Römmele/Schober (2010: 3f.):

(1) Paradoxon Volkssouveränität

Die erste Herausforderung besteht darin, der Ambivalenz der Volkssouveränität hinsichtlich des Spannungsverhältnisses von demokratischer Souveränität und verfassungsrechtlichen Vorentscheidungen, das heißt zwischen souverän sein und regiert zu werden, mit deliberativer Demokratie zu begegnen. Hierzu ist es notwendig, den Demos verschiedene Rollen zuzuschreiben: „*die des Regenten, die des ausführenden Organs und die des von den Entscheidungen Betroffenen.*“ (Römmele/Schober 2010: 3)

(2) Institutionen versus Tugend

Eine Sichtweise, in der Deliberation als Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene fungiert und folglich „individuelle Tugenden“ der Bürger in „allgemeine Institutionen“ des politischen Gemeinwesens eingebracht werden können, löst die Spannung von republikanischer Fokussierung auf Tugenden und liberaler Konzentration auf Institutionen auf (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 192f.)

(3) Legitimität

Die Partizipation der Bürger im politischen Diskurs erhöht die Legitimität eines politischen Systems. Idealtypisch sind Bürger einer deliberativen Demokratie „*Rechtsautoren und Rechtsadressaten*“ in einer Person (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 193). Die Inputlegitimation aufgrund aktiver Beteiligung der Bürger stellt eine zentrale Herausforderung deliberativer Demokratieansätze dar.

(4) Präferenzen

Der deliberative Prozess führt idealiter zu einer Optimierung der politischen Präferenzen. Wenn Bürger ihre Präferenzen argumentieren und intersubjektiv Nachvollziehbar darlegen können, führen deliberative Prozesse zu einer Reflexion und Erhöhen somit die Qualität der Präferenzen. Dies kann jedoch nur dann erfolgen, wenn ideale Rahmenbedingungen²³ einer Deliberation existieren (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 193f.)

(5) Implementierungskosten

Durch den deliberativen Prozess können Implementierungskosten von Beschlüssen, Gesetzen oder Politiken reduziert werden. Wenn die Teilhabe der Bürger an der Entstehung des Gesetzes ermöglicht wird, ist es wahrscheinlich, in der Umsetzung, angesichts höherer Identifizierung und größerer Überzeugung des Vorhabens, auf breitere Akzeptanz zu stoßen (vgl. Schaal/Heidenreich 194).

Bedingungen deliberativer Demokratietheorie

Deliberative Demokratietheorien bedürfen bestimmter Annahmen und Voraussetzungen (vgl. Schmidt 2008: 241). Dies kann Kritikern die Chance geben, deliberative Ansätze als normativ überladene Konzeptionen zu bezeichnen. Welche Voraussetzungen deliberative Demokratien erfordern können ist Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen. Deliberationisten sehen den Bürger als lernfähigen und an Selbstbestimmung interessierten „Citoyen“, der sich frei von Zwängen artikulieren kann. Nach Ansicht von Weithmann (2005, zit. nach Schmidt 2008: 241f.) setzt deliberative Demokratietheorie „*anspruchsvolle Prozeduren der Beratung und*

²³ Vgl. Cohens (1989) Kriterien einer idealen Deliberation

Beschlussfassung, insbesondere ungehinderter Zugang für alle, Verzicht auf Machtstreben, Souveränität über die Tagesordnung, Bereitschaft zur Präferenztransformation, Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit“ voraus. Die Bedingungen argumentativ abwägender Verfahren können umfassend und anspruchsvoll sein, sie implizieren jedoch auch den Anspruch einer höheren Legitimität als andere Willensbildungsverfahren, wie Wahlen oder Abstimmungen (vgl. Schmidt 2008: 242).

Habermas (2007: 433 zit. nach Schmidt 2008: 242f.) nennt als grundlegende Voraussetzungen einer idealen deliberativen Willens- und Entscheidungsbildung:

- *„die argumentative Form des Austauschs von Informationen und Begründungen,*
- *die öffentliche und alle Beteiligungsberechtigten einschließende Beratung, zumindest die gleiche Chance des Zugangs zur und der Teilnahme an der Beratung,*
- *das Fehlen externer und interner Zwänge bei der Beratung („ideale Sprechsituation“),*
- *der Grundsatz, dass die Erörterung sich auf alle Materien erstrecken können, die im Interesse aller zu regeln sind,*
- *die Chance, auch über die Interpretation von Bedürfnissen sowie über vorpolitische Einstellungen und Präferenzen zu beraten sowie*
- *das qualifizierte Zusammenwirken von Deliberation und Entscheidungsprozess, und zwar jeweils unter Beteiligung möglichst vieler .“ (Habermas 2007: 433 zit. nach Schmidt 2008: 242f.)*

Stärken und Schwächen beteiligungszentrierter Demokratieansätze

Zu den Vorzügen beteiligungszentrierter, respektive partizipatorischer und deliberativer Demokratietheorien zählt Schmidt (2008: 251) die genuine Erkundung des Ist-Zustandes und des Soll-Zustands politischer Beteiligung, zum Beispiel durch Verwendung neuer Kommunikationsmittel. Ferner erforschen deliberative Ansätze Bedingungen, in denen Konflikte in partizipative und vermittelnde Argumentationsverfahren transformiert werden (vgl. ebd.). Deliberative Prozesse können dazu beitragen, dass Probleme in einem frühen Stadium erkannt werden. Des weiteren können beteiligungszentrierte Theorien zu einem Mehr an Transparenz beitragen. Zudem untersuchen sie das *„Gemeinschaftsbildungs- und Verständigungspotenzial der Bürger mitsamt seiner Funktionsvoraussetzungen“* (Strecker/ Schaal 2006 zit. nach Schmidt 2008: 252).

Hinzu kommt die Fähigkeit, dass Deliberation demokratischen Legitimitätsanforderungen Rechnung tragen kann. Lösch (2005: 162) sieht unter Bezugnahme auf Seyla Benhabib (1995) deliberative Prozesse legitimitätsfördernd, da sie die Möglichkeit schaffen können, Ansichten und Interessen Einzelner in diskursiven Verfahren einem kritischem Austausch gegenüberzustellen und somit dem gemeinsamen Willen näher kommen, der wertvoller als die Aggregation individueller Präferenzen anzusehen ist. Auch Habermas (2007: 434) plädiert neben einer Partizipation für eine

„klärende Deliberation, weil der Wille jedes einzelnen Teilnehmers in den >>gemeinsamen<<, kollektiv bindenden Willen Eingang finden muss. (...) (und sei es nur auf der reflexiven Ebene eines Verfahrenskonsenses).“

Neben den genannten Stärken beteiligungs- und deliberationsorientierter Theorien existieren auch Schwächen der oben erläuterten Demokratievorstellung (Schmidt 2008). Schmidt (2008: 246f.) zeigt sechs Facetten der Kritik auf: *„unrealistisches Bürgerbild, Nicht-hören-Wollen und Nicht-hören-Können, unvorhergesehene Folgeprobleme, Destabilisierung durch Übermobilisierung, Eindimensionalität und Ignoranz.“*

Das Bild eines am Gemeinwohl orientierten und hinreichend informierten Bürgers, der Zeit und Gefallen an politischen Themen besitzt, wird als realitätsfern kritisiert (ebd.). Der zweite Kritikpunkt zielt auf die mangelnde Fähigkeit des Zuhörens ab. Intelligente institutionelle Deliberationsdesigns könnten dem entgegenwirken. Drittens ist laut Schmidt (2008: ebd.) die ungleiche Verteilung von Kommunikationskompetenzen und politischem Engagement ein Problem, vor allem hinsichtlich unterschiedlicher Ressourcenausstattung und sozialer Ungleichheiten innerhalb des Wahlvolks. Als vierten Kritikpunkt weist Schmidt (2008) auf mögliche Folgen einer expansiven Beteiligung hin. Ein hohes Maß an Beteiligung und Mobilisierung kann *„die politische Ordnung unter Stress stellen und womöglich durch zu hohe Ansprüche überlasten und entlegitimieren (...)“* (ebd. 248).

Der fünfte Einwand (vgl. Schmidt 2008: ebd.) beschäftigt sich mit der Eindimensionalität beteiligungszentrierter Demokratietheorie. Andere demokratische Aspekte wie beispielsweise Effizienz, Effektivität oder Komplexität werden unzureichend beleuchtet (vgl. ebd.).

Weitere Kritik, die sich insbesondere an die deliberative Demokratietheorie richtet, impliziert unter anderem strategische Geheimhaltung von Informationen, Überschätzung von Sprache, Kommunikation und Vernunft, den Mangel einer Institutionalisierung, die für Millionen von Bürgern geeignet erscheint (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 212f.) Pointiert zusammengefasste Kritik kann sich aufgrund Nicht-Repräsentativität, Intransparenz, latenter Machtverhältnisse, niedriger Deliberationsqualität, Effektivitätsmängel und einem „Trade-off“ zwischen qualitativer Beratschlagung und umfassender Beteiligung äußern (vgl. Schmidt 2008: 249f., Schaal/Heidenreich 2006: 212f.).

3. 2 Demokratisierung von politischer Strategie

Im vorliegenden Kapitel wird das Verhältnis von Strategie und Demokratie beleuchtet. Es wird versucht Ansprüche und Kriterien für demokratieverträgliche Strategiekonzeption ausfindig zu machen. Nach der Vorstellung verschiedener Formen und Konzepte zur demokratietauglichen Ausgestaltung politischer Strategie wird, im Hinblick auf mögliche Chancen und Grenzen, eine Demokratisierung diskutiert.

3. 2. 1 Anforderungen demokratischer Strategiebildung

Ausgehend vom Kapitel 3.1 zu Demokratietheorien wird in diesem Teil der Arbeit versucht, Ansprüche und Kriterien abzuleiten, die das Verhältnis von Demokratie und Strategie einer genaueren Analyse unterziehen.

Eingebettet in den Demokratiewandel verortet Saretzki (2010: 126f.) gesellschaftliche Veränderungen in sozialer, zeitlicher und sachlicher Hinsicht, die Demokratien vor neue Herausforderungen stellen. In der *sozialen* Dimension sieht Saretzki (2010) einen Wandel in der Sozialstruktur. Einerseits zeichnet sich ein Wandel in Richtung zunehmender Partizipationsansprüche ab, „*bis hin zu einer neuen „partizipatorischen Revolution“*“ (ebd. 127). Demgegenüber steht ein Demos, dass durch hohe soziale Heterogenität und damit verbundener Individualisierung charakterisiert ist. Die Konsensfindung kann unter diesen Bedingungen erschwert sein. In Bezug auf Veränderungen in der *zeitlichen* Perspektive konstatiert Saretzki (2010) das Dilemma der Erfordernis, angesichts einer sich rasch wandelnden Gesellschaft, rasch zu treffender Entscheidungen, die demokratischer Willensbildungsprozesse zuwider läuft und der Tatsache langfristiger Folgen, die diese Entscheidungen verursachen. Drittens wird auf die zusehends komplexer werdenden und mit Unsicherheit behafteten politischen Probleme hingewiesen, die Demokratien vor Herausforderungen stellen (vgl. ebd.).

Um Ansprüche und Herausforderungen demokratischer Politik, beziehungsweise demokratieverträglicher Strategien zu benennen, werden Kriterien herangezogen, die einen demokratischen Prozess analysieren können. Einen Ansatz hierzu liefert Robert A. Dahl (1989). Er arbeitet fünf Kriterien aus, anhand denen ein demokratischer Prozess bewertet werden kann.

- effective participation – *“throughout the process of making binding decision, citizens ought to have an adequate opportunity, and an equal opportunity, for expressing their preferences as to the final outcome.”* (Dahl 1989: 109)
- voting equality at the decisive stage – *„at the decisive stage of collective decisions, each citizen must be ensured an equal opportunity to express a choice that will be counted as equal in weight to the choice expressed by any other citizen.“* (ebd.)
- enlightened understanding – *“each citizen ought to have adequate and equal opportunities for discovering and validating (within the time permitted by the need for a decision) the choice on the matter to be decided that would best serve the citizen’s interests.”* (ebd.: 112)
- control of the agenda – *“the demos must have the exclusive opportunity to decide how matters are to be placed on the agenda of matters that are to be decided by means of the democratic process.”* (ebd.: 113)
- inclusion of adults – *“the demos must include all adult members of the association except transients and persons proved to be mentally defective.”*(ebd.: 129)

Saretzki (2010: 127f.) erachtet insbesondere Dahls (1989) Kriterium „enlightened understanding“ für deliberative Strategieprozesse als relevant. Betrachtet man zum Beispiel Strategiebildung als Deliberation von Handlungsmöglichkeiten bzw. –handlungsalternativen und deren Folgen, ist ein „enlightened understanding“ eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche deliberative Strategiebildung. Die hohen normativen Anforderungen im Sinne einer Existenz aufgeklärter Bürger, die sich über Handlungsoptionen informieren und ein hinreichendes Verständnis für die Problemlage besitzen, ist neben dem Zielkonflikt zwischen Beteiligung und Effizienz demokratischer Prozesse ein Hauptkritikpunkt.²⁴ (vgl. ebd.)

Einen weiteren Ansatz und damit verbundene Evaluationen liefern Raschke/Tils (2007: 39). Sie sehen *Partizipation*, *Transparenz* und *Effizienz* als zentrale Demokratiekrterien²⁵ in Bezug auf das Phänomen Strategie. Zusätzlich zu diesen Kriterien wird im Folgenden das Konzept der Responsivität und der strategischen Kritik vorgestellt.

Partizipation

In Kapitel 3.1.2 wurde der Begriff Partizipation analysiert. Die grundsätzliche Forderung nach einer Erhöhung der Beteiligung ist in demokratischen Staatsformen häufig beobachtbar. Dass Partizipation daher auch ein grundlegendes Ziel von Demokratie darstellt, darüber sind sich Demokratietheoretiker weitgehend einig (vgl. Schultze 2009: 137f.). Hingegen ist das Maß, die Form und der Umfang an Partizipation strittig. Raschke/Tils (2007: 39) betonen die Notwendigkeit von Partizipation im Bereich strategischer Politik. Für sie ist Beteiligung „*unter anderem für strategische Grundorientierung, Aufbau von Strategiefähigkeit, Durchsetzung strategischer Politik unerlässlich (...).*“

Gleichwohl betont wird, dass beispielsweise in der komplexen Demokratietheorie Beteiligung nicht als Maximierungsziel gesehen wird (vgl. ebd.). Raschke/Tils (ebd. 38) sehen Strategie und Partizipation grundsätzlich nicht als Widerspruch.

²⁴ Vgl. dazu Kapitel 3.1

²⁵ In Anlehnung an Steffani (1973)

Nur bei „*normativer Überhöhung, Isolierung, Maximierung partizipativer Elemente* (...)“ kann es zu einem problembehafteten Verhältnis kommen.

In Kapitel 3.2.2 werden unter anderem verschiedene Formen und Konzepte von demokratischer Beteiligung vorgestellt. Zudem beinhaltet Kapitel 3.2.3 eine Abwägung zu Chancen und Risiken einer partizipativen Strategie(-bildung).

Transparenz

Kern des Transparenzpostulats ist das Bedürfnis und Interesse von Bürgern, „(...) *über Strategien von Kollektivakteuren (...) Bescheid zu wissen, sie ebenso wie die Ziele, (...), zu kritisieren, Alternativen mit zu diskutieren.*“ (Raschke/Tils 2007: 39).

Transparenz im Sinne von Öffentlichkeit und Offenheit kann im Gegensatz zu Geheimhaltung stehen. Wähler und Parteimitglieder haben ein Interesse an Transparenz von Entscheidungen, Strategien und Diskursen. Erwartungen transparenter Strategieverfahren wachsen angesichts medialer Trends zur Prozessberichterstattung (ebd.). Zudem kann Transparenz zu einer möglichen Meinungsbildung interessierter Bürger hinsichtlich der Bewertung bestimmter Argumentationsstandpunkte beitragen (vgl. ebd. 40f.). Ferner sehen Raschke/Tils (2007: 40) die Funktion „*kritischer Öffentlichkeit, nicht nur Werte, Ziele und Instrumente der Problemlösung, sondern auch Verfahren, Prozesse, Strategien zu durchleuchten und zu kritisieren.*“

Im Hinblick auf die Herkunft des Terminus Strategie konstatiert Raschke (2002: 223), dass sich strategische Konzeptionen in zwei weitgehend hierarchischen und undemokratischen Bereichen etabliert haben - im Militärischem und im Wirtschaftlichem. Politische Strategie findet daher nach Raschke (ebd.) einerseits in einem *demokratischen Sektor*, in dem Öffentlichkeit, Diskursivität und Mehrheitsentscheidungen überwiegen, sowie Entscheidungen über die grundlegende Ausrichtung und über Entscheidungsträger gefällt werden, statt, andererseits in einem *strategischen Sektor*, der durch Hierarchie, Geheimhaltung und Kalkulationen gekennzeichnet ist.

Gohl (2010: 93) weist darauf hin, dass Transparenz einen wesentlichen Faktor für Vertrauen in eine Demokratie darstellt. *„Wo Transparenz nicht möglich – oder, im Namen von Vertraulichkeit, nicht als Ausnahme gut begründbar – ist, besteht Anlass zu Misstrauen.“* (Gohl 2010: 93) Dem Transparenzinteresse gegenüber steht die Tatsache, dass Strategien oftmals nur dann erfolgreich sein können, wenn politische Konkurrenten nicht über die Strategie Bescheid wissen (vgl. Raschke/Tils 2007: 40f.). Dieses Dilemma ist je nach Strategietyp unterschiedlich groß. Bei Politics-Strategien wie beispielsweise Wahlkampfstrategien ist Geheimhaltung mitunter von größerer Bedeutung, als bei Policy-Strategien.

Effizienz und Effektivität

Effizienz und Effektivität werden umgangssprachlich oftmals als Synonyme verwendet (vgl. Günter 2004: 92). Effizienz beschreibt ein Kosten-Nutzen Verhältnis (Wirtschaftlichkeit). Effektivität hingegen ist ein Maß für die Zielerreichung (Wirksamkeit) (vgl. ebd.). Bürger haben grundlegendes Interesse an effektiver und effizienter Problemlösung. Effizienz ist für Raschke/Tils (2007: 39) neben der Fokussierung auf die Problemlösung auch hinsichtlich des Zusammenwirkens der unterschiedlichen Dimensionen des Orientierungsschemas bedeutsam. Hierzu zählen insbesondere *„externe Aktivitäten von Problem-, Konkurrenz- und Öffentlichkeitspolitik.“* (ebd.) Effizienz kann in Widerspruch zum Transparenz- und Partizipationspostulat stehen, wenn Geheimhaltung und begrenzte Beteiligung zu mehr Effizienz und Effektivität beiträgt (Raschke/Tils 2010: 381). Diesem Dilemma begegnet Scharpf (1999), indem er darauf verweist, dass fehlende Input-Legitimation durch Output-Legitimation, im Sinne von effektivem Regieren und Problemlösen, kompensiert werden kann. Das zum Teil problematische Verhältnis zwischen Partizipation, Transparenz einerseits und Effizienz bzw. Effektivität auf der anderen Seite wird in der Arbeit auch an anderen Stellen betrachtet.²⁶

²⁶ Vgl. dazu Kapitel 3.1.1 und 3.2.3

Responsivität

Responsivität bedeutet „Aufnahmefähigkeit“ (Herzog 1998: 298). In Bezug auf Repräsentanten und Bürger bzw. Wähler beschreibt der Terminus die Fähigkeit Wünsche, Präferenzen, Interessen oder Erwartungen aufzunehmen und in Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen (vgl. ebd.). Raschke/Tils (2007: 42) sehen neben dem Konzept der Responsivität bezogen auf politische Eliten auch die Möglichkeit responsiv handelnder Bürger und Wähler. Bürger *„nehmen Informationen auf, verarbeiten sie und antworten (auf Elitenhandeln).“* (ebd.) Bürgern stehen verschiedene „Antwort“-formen, von Äußerungen in Meinungsfragen über Wahlen bis hin zu Demonstrationen, zur Verfügung. Dem responsiven Prozess liegen Eliten und Bürger zugrunde, die nach Raschke/Tils (ebd.) eine *„(...) demokratische Verpflichtung zur wechselseitigen Berücksichtigung“* besitzen.

Unter Bezugnahme auf Herzog (1989: 324) halten Raschke/Tils (2007: 42) fest, dass es Grenzen einer maximalen Berücksichtigung von Wählerwünschen gibt:

„Der „Sinn des parlamentarischen Repräsentativsystems“ ist es auch, ‘unpopuläre’ Entscheidungen zu ermöglichen, Minderheiten zu berücksichtigen (...), Interessengegensätze auszugleichen, zukünftige Probleme zu antizipieren und für alle diese ‘abweichenden’ Auffassungen, die Repräsentanten haben mögen, die Repräsentierten informierend zu gewinnen.“ (Herzog 1989: 324, zit. nach Raschke/Tils 2007: 42)

Das Konzept der Responsivität bietet strategischen Akteuren die Chance, strategische Überlegungen in einem demokratischen und responsiven Prozess rückzukoppeln. Durch die Miteinbeziehung der Bürger in den Strategieprozess kann eine reziproke „Antwortfähigkeit“ aufgebaut werden (vgl. Raschke/Tils 2007: 42).

Diskursivität und strategische Kritik

Diskurs kann, abgesehen von einer normativen Überladung, zu einer fruchtbaren Synergie zwischen Demokratie und Strategie beitragen. In Kapitel 3.1.3 wurden deliberative beziehungsweise diskursive Demokratietheorien mit den verbundenen Vor- und Nachteilen bereits vorgestellt.

Die Möglichkeit, über Strategien einen Diskurs zu schaffen besteht insofern, weil es eine Argumentation und Deliberation über Strategien oder einzelne Elementen von Strategien geben kann und das Interesse aktiver Bürger über Strategien, deren Ziele, Alternativen, Moralaspekte oder Erfolgswahrscheinlichkeit, informiert zu werden und sich kritisch dazu zu äußern, gegeben sein kann (vgl. Raschke/Tils 2007: 39). Raschke/Tils (ebd.) plädieren für einen Strategiediskurs, da zum Beispiel *„allein schon die öffentliche Begründung alternativer Strategien und deren Kritik (...)“* zu Diskursivitätszuwachsen führen würde. Zudem kann ein strategischer Diskurs den Horizont an Möglichkeiten erweitern und zu einem gegenseitigen Verständnis abweichender Wirklichkeitskonstruktionen beitragen, so Deiser (1998: 315).

Um einen strategischen Diskurs und eine demokratienotwendige Transparenz zu schaffen, benötigt politische Strategie Kritik. Strategische Kritik umfasst einen inhaltliche Dimension, beispielsweise Kritik an Zielen, Mitteln, Instrumenten, Kalkulationen etc. und eine prozedurale Dimension, im Sinne von Kritik an Verfahren, institutionellen Designs und Prozessen (vgl. Raschke/Tils 2007 16f.). Saretzki (2010: 140) merkt an, dass strategische Kritik eine Öffentlichkeit benötigt, die in einem deliberativen institutionellen Setting, strategische Alternativen aufzeigt und eine transparente kritische Diskussion führt, denn strategische Kritik ist *„der wichtigste Katalysator guter Diskurse“*. (Raschke/Tils 2011: 236)

3. 2. 2 Bedingungen und Formen partizipativer Strategiebildung

Zu Beginn dieses Kapitels werden Voraussetzungen und grundlegende Überlegungen zu einer demokratieverträglichen Form von Strategiebildung skizziert. Danach werden praktische Formen und Konzepte vorgestellt.

John Dryzek nennt in seinem Werk *„Diskursive Democracy“* (1990) normative Demokratieansprüche für Projekte, die partizipative und diskursive Methodenelemente beinhalten. Dryzeks zentraler Begriff *„discursive design“* beschreibt *„(...) a social institution around which the expectations of a number of actors converge.“* (Dryzek 1990: 43).

Nachfolgende Anforderungen stellt Dryzek (ebd.) an deliberative Projekte respektive *„discursive designs“*. Teilnehmer sollten nicht als Vertreter von Unternehmen oder Staat teilnehmen, sondern als Bürger. Jedem Bürger soll die Möglichkeit geboten werden, teilzunehmen, falls notwendig wird er eingeschult. Ziel des Projekts ist die Generierung von Handlungsalternativen bezüglich einer bestimmten Problemstellung. Innerhalb des *„discursive designs“* sollten keine formalen Hierarchien den Diskurs steuern.

Für Saretzki (2010: 145) erfordert Dryzeks (1990) *„discursive design“* ferner diskursive und deliberative Räume die abseits von Routine-, Konkurrenz- und Medienpolitik, von politische Akteuren intentional hergestellt werden. Saretzki (ebd.) weist darauf hin, dass sich Organisatoren partizipativer Projekte einer Reihe von organisatorischen und prozeduralen Fragen widmen sollten. Vorgespräche und Verhandlungen mit Repräsentanten von Behörden, Ministerien, Sponsoren, Medien und potentiellen Beteiligten sind notwendig, um das Interesse und die Beteiligung an einem Projekt zu erhöhen. Des weiteren bedürfen vor allem *„(...) Fragen der internen Verfahrensstruktur und der externen Einbindung in das etablierte politische Vermittlungs- und Entscheidungssystem (...)“* einer Regelung, so Saretzki (ebd.).

In Projekten, die partizipativen und deliberativen Ansprüchen genüge tragen, achtet man auf eine adäquate Methodenauswahl der Deliberation und ein hinreichendes Management der Schnittstellen des Projekts zum *„etablierten*

politisch-administrativen System, zur Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit.“ (ebd.: 146).

Anders als bei institutionalisierten Verfahren wie beispielsweise Parlamentsdebatten oder Gerichtsprozessen, bedürfen demokratische Verfahren der Strategiebildung einer prozeduralen Strukturierung und institutionellen Einbettung (vgl. ebd.). Auf welche etablierten partizipativen und deliberativen Designs bzw. Verfahren die Strategieforschung zurückgreifen kann und inwiefern diese geeignet sind, wird im Folgenden bzw. im empirischen Teil der vorliegenden betrachtet.

Formen demokratischer und partizipativer Meinungs- und Willensbildung

Möglichkeiten für institutionelle Ausgestaltung von demokratischen Beteiligungsprojekten schaffen angesichts der Anzahl und Unterschiede partizipativer und deliberativer Formen ein weites und kaum überschaubares Feld. Citizen Juries, Deliberative Polls, Online-Webforen, Konsensuskonferenzen, Real Time Strategic Change, Zukunftswerkstätten, Runde Tische, Bürgerkonferenzen, Bürgerforen, Diskursverfahren, Deliberation Days, Deliberative Foren, Stakeholderdialoge, Open Space Konferenzen, World Cafés etc. (vgl. Kersting 2008, Gastil/Levine 2005, Saretzki 2010) sind Beispiele für Formen demokratischer Meinungs- und Willensbildung, die es Bürgern ermöglicht sich aktiv in unterschiedlichster Art und Weise, je nach institutioneller Ausgestaltung, in den politischen Prozess einzubringen. Welches demokratische Beteiligungsinstrument im Hinblick auf die Strategiebildung geeignet erscheint ist nur bedingt eindeutig zu beantworten, nachfolgende Formen weisen Anschlussmöglichkeiten auf.

Die steigende Bedeutung internetbasierter Ansätze kann Webforen oder diskursive Verfahren via Unterstützung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie in den Mittelpunkt rücken. Begriffe wie beispielsweise „E-Democracy“ oder „Cybercitizen“ haben sich mittlerweile in der politologischen Terminologie und Forschung etabliert (vgl. Perlot 2008, Fleissner/Romano 2007). Folglich wird zunächst der Blick auf *Neue Medien/Webforen* gerichtet. Als zweite

mögliche Form partizipativer und deliberativer Strategiebildung wird das Konzept *Deliberative Polls* vorgestellt. Danach rückt der oftmals an konkreter Problemlösung (Kersting 2008: 31) orientierte Ansatz der *Planungszelle (Citizen Jury)* ins Zentrum der Betrachtung. Viertens wird ein Verfahren präsentiert, das die Integration von Entscheidungsbildung und Umsetzung betont (ebd.), das Konzept *Real Time Strategic Change (RTSC)*.

Neue Medien/ Webforen

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien öffnen ein breites Spektrum an Kommunikations- und Dialogformen zwischen politischen Akteuren und Bürgern (vgl. Leggewie/Bieber 2008: 92).

Diskussions- und Kommunikationsplattformen können Webforen sein, die unter dem Begriff „E-Democracy“ fallen, die Hoffnung auf vermehrten Austausch und erhöhte Bürgerbeteiligung geben. Leggewie und Bieber (2008: 92) weisen jedoch auf die „(...) *Diskrepanz zwischen Norm und Praxis* (...)“ hin, die neuen Medien im Kontext von Demokratie inhärent ist.

Hinsichtlich deliberativer Projekte, wie etwa eine partizipative und diskursiv angelegte Strategiebildung, sind Onlinemedien geeignet, um Diskussionen zwischen einer großen Anzahl an räumlich und zeitlich getrennten Teilnehmern zu veranstalten (vgl. ebd.: 93). Leggewie/Bieber (ebd.) sehen das Medium Internet als mögliches Substitut, jedenfalls aber als begleitendes Instrument einer „face to face“ Diskussion zwischen Bürgern. Virtuelle Medien erleichtern physisch nicht anwesenden Personen, die an einer Thematik interessiert oder betroffen sind, sich zu beteiligen. Weitere positive Aspekte eines Einsatzes von Webforen bzw. elektronischer Kommunikation nennt Kuhlen (1998: 60f. zit. nach Perlot 2008): Austausch von Wissen heterogener Personengruppen, Abbau von Hierarchien, Kommentare, Repliken, Korrekturen von Aussagen sind verhältnismäßig einfach möglich, bei gegebener technischer Infrastruktur. Ein Gros der politischen Kommunikationsplattformen gehen aus einem zivilgesellschaftlichen Engagement hervor. Die Expertise bürgerschaftlicher Akteure kann auch für Planungs- und Gesetzgebungsverfahren genützt werden, die einem deliberativen und partizipativen Verständnis folgen, so Leggewie und Bieber (2008: 94).

Empirische Forschungen zur Realität und Wirkung von Onlinediskursen (Hebecker 2003, Wilhelm 2000 zit. nach Leggewie/Bieber 2008) zeigen Befunde, die vor allem die Forderung nach professioneller Moderation nach sich zieht (vgl. ebd.: 95).

Zu Onlinediskursen halten Leggewie/Bieber (2008: 95) fest:

„Die Funktion „Sprechen/Schreiben“ (Expression) wird auch hier stärker bedient als die Funktionen „Zuhören“ (Reziprozität), „Antworten“ (Responsivität), „andere Standpunkte einnehmen“ (Empathie) und „(Sich-) Überzeugen(-lassen)“ (Persuasion) – genau jene Elemente also, welche bei interpersonaler Koordinierung und öffentlicher Kooperation besonders wichtig sind.“

Ferner ist zu beachten, dass ältere und bildungsfernere Bevölkerungsgruppen tendenziell über weniger Medienkompetenz verfügen sowie häufiger auf technische Zugangsbarrieren stoßen und daher auch eine höhere Partizipationsschwelle gegeben ist (vgl. Nanz et.al 2010: 42). Zudem mangelt es Onlinekommunikationen an direkter physischer Begegnung und den dazugehörigen emotionalen und sinnlichen Erfahrungen. Weiters bedarf es eines institutionellen Settings, das es ermöglicht *„digital vermittelte Beteiligungsinputs zu entscheidungsfähigen Alternativen (...)“* (Hoecker 2006: 305) umzuformen.

Leggewie und Bieber (2008: 101f.) konstatieren, dass Webforen hinsichtlich demokratierelevanter Evaluationskriterien (Partizipation, Transparenz, Responsivität, Effizienz und Effektivität) nur bedingt ein „Mehr“ an Demokratie schaffen. Die Vorstellung mit Internetforen eine große Anzahl an Bürgern anzusprechen ist angesichts der Anzahl an Aktivbürgern gering. Machtkontrolle via Webforen stellt kein realistisches Ziel dar. Es handelt sich zumeist um Diskussionen in einem entscheidungsvorbereitenden Stadium. Eine sachlich orientierte, wertschätzende Diskussionskultur ist in der Realität der Internetforen kaum gegeben (vgl. ebd.). Im Hinblick auf Effizienz- und Effektivitätskriterien bleibt festzuhalten, dass meist mangels Ressourcen und Interesse eine Mitberücksichtigung in die Entscheidungsphase fehlt, so Leggewie und Bieber (vgl. ebd.).

Dennoch kann das Potenzial von Online-Verfahren bei adäquater Ausgestaltung und kompetenter Moderation hoch sein (vgl. Hoecker 2006: 304f.). Auch Leggewie und Bieber (2008: 102) kommen zum *„Schluss, dass Erfahrungen in gut vorbereiteten, moderierten und an den politischen Entscheidungsprozeß eingebundenen Webforen durchaus die Hypothese bestätigt, dass sie im prä-legislativen Bereich für konkrete Planungsprozesse (...) sinnvoll sind.“*

Deliberative Poll

Eine der größten Herausforderung der deliberativen Demokratietheorie ist es deliberative Prozesse zu institutionalisieren.²⁷ Die Utopie, dass mehrere Millionen Bürger miteinander deliberieren sprengt jegliche Vorstellung deliberativer Ideale, schon allein aufgrund logistischer Anforderungen (vgl. Schaal/Heidenreich 2006: 212). Schaal/Heidenreich (ebd.) sehen im Hinblick auf eine Institutionalisierung deliberativer Politik zwei konfligierende Ziele: *„eine möglichst umfassende Inklusion aller potenziell Betroffenen einerseits und das höchste Maß an empirischer Praktikabilität andererseits.“* Diesem Zielkonflikt folgen zwei Sichtweisen: *„(...) das vorhandene institutionelle Setting repräsentativer Demokratien deliberativ zu lesen (...)“*, oder den normativen Ansprüchen deliberativer Politik zu folgen (ebd. 213).

Eine der bekanntesten deliberativen Verfahren ist der *„deliberative poll“*. Der US-Politologe James S. Fishkin entwarf in den 1990er Jahren das Konzept des *„deliberative poll“* (Fishkin 1991). Er geht der Frage nach, welche Meinung und Einstellung Bürger nach „einem Mehr“ an Information und Diskussion in Bezug auf ein politisches Thema haben.

Die konkrete Umsetzung des Verfahrens *„deliberative poll“* erfolgt in einer ersten Phase mit der Auswahl eines zufällig ausgewählten repräsentativen Samples der Bevölkerung. Danach werden die Teilnehmer mit Hilfe eines Fragebogens nach ihrer Einstellung und Meinung zu einem bestimmten Thema gefragt. Die Abfrage hat den Zweck, etwaige Einstellungsänderungen vor und nach dem *„deliberative poll“* festzustellen. Vor der Diskussion, die an einem Wochenende stattfindet und

²⁷ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3

von Politikern und Experten begleitet wird, werden den Teilnehmern sowie der breiten Öffentlichkeit Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt. Die Diskussion erfolgt in kleinen Gruppen unter der Leitung eines Moderators. Die Diskussionsveranstaltung wird via TV aufgezeichnet und ist für alle nicht aktiv teilnehmenden Bürger frei zugänglich. Am Ende des Diskussionswochenendes wird der Fragebogen zur Einstellung des diskutierten Themas ein zweites Mal ausgehändigt. Veränderungen der Einstellung und Meinung werden auf Deliberation und eine intensivere Auseinandersetzung mit der Thematik zurückgeführt (vgl. Fishkin 2011).

Schaal/Heidenreich (2006: 215f.) fassen die Vorteile anhand praktischer Erfahrungen²⁸, die mit deliberative polls gemacht wurden, zusammen. Die Präferenzen haben sich durch Deliberation verändert. Das politische Interesse der Beteiligten erhöhte sich. Repräsentative Samples der Bevölkerung führten zu einer heterogenen und kaum einseitigen Diskussion.

Planungszelle

Das Konzept der Planungszelle (Citizen Jury, Bürgerjury) ist seit den 1990er Jahren vor allem in Deutschland und im anglosächsischen Raum bekannt (Leyenaar 2008: 210). Der Deutsche Peter Dienel (1978) und der US-Amerikaner Ned Crosby (1976) zählen zu den Hauptvertretern dieses Beteiligungsverfahrens. Kernidee der Planungszelle (Citizen Jury) ist die aktive Mitwirkung der Bürger bei der Beantwortung konkreten politischer Fragestellungen (vgl. Leyenaar 2008: 209f.). Planungszellen eignen sich vor allem für die Entwicklung von Konzepten und der Herstellung einer ergänzenden Perspektive von Betroffenen und Laien (vgl. Partizipation 2011).

Im Folgenden wird der grundlegende Ablauf und zentrale Charakteristika von Planungszellen skizziert.

Es werden 12- 50 Bürger aus einem repräsentativen Sample der Bevölkerung zufällig ausgewählt um für einen mehrtätigen Zeitraum (meist 2-4 Tage) über eine politische Fragestellung zu diskutieren. Je nach Ausgestaltung des

²⁸ Schaal/Heidenreich (2006: 215) verweisen auf empirische Studien u.a. von Bessette (1994), Page (1995) und Steiner et. al (2004)

Projektdesigns können auch mehrere Planungszellen simultan eine Problemstellung bearbeiten. Die Teilnehmer werden von ihrer Arbeit für die Dauer der Teilnahme freigestellt und erhalten eine Vergütung. Ziel von Planungszellen ist die Erstellung eines Gutachtens, das Erfahrungen und Wissen von unvoreingenommenen Laien beinhaltet und das öffentliche Interesse widerspiegelt. Teilnehmer diskutieren mit einem Moderator in rotierenden Kleingruppen über die Problemstellung und haben die Möglichkeit bei Bedarf einen Experten zu befragen. Die Deliberation erfolgt im Rahmen von Kleingruppen, die auf verschiedene Informationsmöglichkeiten (Expertenvorträge, Plenumssitzungen etc.) zurückgreifen können. Ergebnisse der Diskussionen in den Planungszellen werden zu einem sogenannten Bürgergutachten zusammengefasst, das konkrete Entscheidungsalternativen umfasst, die in einer abschließenden Phase nochmals von den Teilnehmern bewertet werden (vgl. Martinsen 2006: 38f., Nanz et.al 2010: 32).

Zu den zentralen Vorteilen von Planungszellen zählen nach Leyenaar (2008: 210f.) die heterogene Zusammensetzung der Diskussionsgruppen. Weitere positive Effekte sind die erhöhte Legitimation aufgrund des Verfahrens, das eine gemeinsame Entscheidungsfindung von Experten und Bürgern vorsieht und somit auf einem breiteren Konsens beruht.

Kritik (ebd.) an Planungszellen impliziert vor allem die hohen Kosten eines breit angelegten Beteiligungsprojektes und in der Ungewissheit einer Aufnahme der ausgearbeiteten Problemlösung in den darauffolgende Entscheidungsphasen.

Real Time Strategic Change (RTSC)

Das Verfahren Real Time Strategic Change (RTSC) ist ein Großgruppenverfahren, dessen theoretischen Hintergründe die Systemtheorie, Psychologie, Gruppendynamik und Komplexitätstheorie darstellen. Das insbesondere in den USA bekannte Konzept RTSC ist ein mehrtägiges diskursives Verfahren, indem strategische Fragestellungen behandelt werden. Der dialogische Ansatz simultaner Wissensgenerierung findet vor allem bei komplexen Problemstellung, die eine Teilnahme vieler Personen bedarf, Anwendung (vgl. Weber 2008: 236f.).

Eine mögliche Eignung für partizipative politische Strategiebildungsprojekte zeigt sich hinsichtlich der Funktion des RTSC Prozesses: *„Das Verfahren setzt eine prozedurale Basis für Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung fest und integriert Entscheidungen höherer Hierarchieebenen regelhaft in den Prozessablauf.“* (Weber: 2008: 467)

Die Einsatzmöglichkeiten des Real Time Strategic Change Verfahrens waren in der Vergangenheit primär auf privatwirtschaftliche Bereiche begrenzt, gleichwohl auf eine Anwendung im öffentlichen Sektor verwiesen wird, es jedoch kaum empirische Daten von deliberativen RTSC Projekten in der Politik gibt (Bredemeyer/Maleh/Nelles 2002, zit. nach Weber 2008: 237).

RTSC Konferenzen dauern meist zwei bis drei Tage und können mehrere hunderte bis tausende²⁹ Teilnehmer umfassen. Im Gegensatz zu vielen anderen Partizipationsverfahren nehmen politische und ministerielle Führungskräfte mit ihrem hierarchischen Potential Einfluss auf das Verfahren. Die Auswahl der Teilnehmer sollte je nach Projektziel unterschiedlich erfolgen. Weber (2008: 240) hält hierzu fest:

²⁹ Im privatwirtschaftlichen Bereich wurden Veranstaltungen mit über 2000 Teilnehmern bereits durchgeführt (vgl. Weber 2008: 237).

„Gerade in Kontexten politischer Partizipation ist zu klären, ob man institutionelle, formale administrative Strukturen und Grenzen zum Ausgangspunkt nehmen möchte oder ob hier lebensweltliche und sozialräumliche Faktoren mit einbezogen repräsentiert werden.“

Der Ablauf einer RTSC Veranstaltung gliedert sich in vier Phasen. Die erste Phase impliziert die Situationsanalyse und die Artikulation der „Unzufriedenheit mit der Realität“. In der nächsten Phase werden vorab definierte Ziele der politischen Repräsentanten diskutiert, infrage gestellt, verändert, gewichtet und ergänzt. Ziel der zweiten Phase ist es, zu einer gemeinsamen Vision und Zielvorstellung zu gelangen. Die dritte Phase dient einem Austausch von Meinungen und Wünschen, der zu einem besseren Verständnis zwischen Beteiligten und politischen Repräsentanten beitragen soll. In der letzten Phase werden weitere konkrete Handlungsschritte und Maßnahmen diskutiert und festgelegt (vgl. ebd. 240f.).

Das RTSC Verfahren lässt die Bedeutung der Einflussnahme von Beteiligten weitgehend offen. Weber (ebd.: 246) zufolge können Entscheidungsverantwortliche und die institutionelle Ausgestaltung den Grad der Partizipation bestimmen - es „ (...) kann von kooperativen bis delegativen Partizipationsformen gesprochen werden.“ (Weber 2008: 246)

3. 2. 3 Chancen und Grenzen einer Demokratisierung von politischer Strategie

In diesem Abschnitt wird das komplexe Verhältnis von Strategie und Demokratie einer differenzierten Betrachtung unterzogen, indem mögliche Chancen und Grenzen einer Demokratisierung diskutiert werden. Ob Strategie mit Demokratie verträglich ist, ist grundsätzlich eine Frage der Form und des Typs der Strategie auf der einen Seite, andererseits eine Frage der normativen Ansprüche demokratischer Politik (vgl. Sarzetzki 2010: 132).

Zudem stellt sich die Frage, in welchen Bereichen eine Demokratisierung politischer Strategie überhaupt möglich ist beziehungsweise sinnvoll erscheint. Beispielsweise folgen Policy-Strategien einer anderen Logik und Zielsetzung als Polity- oder Politics-Strategien (vgl. ebd. 138f.). Policy-Strategien, die vor allem auf Problemlösung abzielen, sind meist in einem institutionellen Rahmen eingebettet, der mehrer Akteure miteinbezieht. Neben den Institutionen der Exekutive und Legislative sind etwa Interessenorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure mitbeteiligt. Politics-Strategien können hingegen einen anderen Akteurskreis adressieren, beispielsweise stellt die Ausweitung der Mitgliederpartizipation bei Strategieüberlegungen einer Parteistrategie eine Demokratisierung dar (vgl. ebd.).

Blickt man auf die Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung, bietet die Unterscheidung in „harte“ und „weiche“ Bedingungen bzw. Institutionen eine grundlegende Orientierung. Saretzki (ebd. 137) versteht unter „harten“ Faktoren, gesetzlich abgesicherte Regeln und Pflichten demokratischer Prinzipien. „Weiche“ Aspekte betreffen die *„mehr oder weniger ausgeprägte demokratische Kultur“*. Erwartungen hinsichtlich demokratischer Anforderungen und inwiefern diesen Rechnung getragen werden, bilden einen wesentlichen Rahmen, der über eine inhaltliche und prozedurale Mitgestaltung an strategischen Prozessen entscheidet. Legitimität stellt hierbei ein zentrales Kriterium demokratietauglicher Strategien dar.

Eine Chance zur Demokratisierung von politischen Strategien gibt es insbesondere dann, wenn der Terminus Strategie nicht nur auf die Kategorien Macht und Geheimhaltung sowie auf Individualakteure reduziert wird (vgl. ebd. 138).

Gänzlich unvereinbar mit demokratischen Werten und Normen wird politische Strategie, wenn ihre Ziele gegen demokratische Grundrechte und Prinzipien verstoßen, oder wenn Strategien absichtsvoll für Manipulation, Täuschung und Ähnliches eingesetzt werden (vgl. Saretzki 2010: 132, Raschke/Tils 2010: 381).

Betrachtet man die Demokratisierung politischer Strategie aus einer prozeduralen Perspektive, kristallisiert sich eine zentrale Frage heraus (vgl. ebd.: 147): Wie

können demokratische Instrumente bzw. Aspekte, im Sinne eines deliberativen und partizipativen Konzepts, in den drei grundlegenden Strategieelementen Strategiefähigkeit, Strategiebildung und Strategische Steuerung ausgestaltet und institutionalisiert werden?

Es geht nicht um eine Maximierung von Partizipation, Deliberation und Transparenz, sondern *„um die Suche nach einem angemessenen prozeduralen Design, in dem Partizipation auf eine reflexive Art und Weise mit diskursiver Aufklärung und Kritik vermittelt wird.“* (Saretzki 2010: 147)

Limitationen einer Demokratisierung von Strategie umfassen einerseits die Tatsache, dass bestimmte politische Strategien nur dann voll wirksam werden, wenn sie geheim gehalten werden, respektive dem Transparenzpostulat widersprechen, beispielsweise angesichts bestehender Konkurrenzverhältnisse. Andererseits stellen normative Bedingungen³⁰ bzw. Voraussetzungen partizipativer und deliberativer Politik ein Problem praktischer Politik dar.

Ein weiteres Problem demokratischer Strategiebildung manifestiert sich in einem „Trade-off“ zwischen Partizipation (Input-Legitimation) und effektivem Regieren (Output-Legitimation) (vgl. Schwickert 2011: 65) Insbesondere dann, wenn politische Strategie den Anspruch eines Problemlösungsinstruments verfolgt und eine Outputlegitimation in den Vordergrund rückt (vgl. ebd.).

Zu den Chancen einer Demokratisierung von politischer Strategie zählen neben einer Erhöhung von Legitimation und demokratischen Qualität die Nutzung externer Wissensressourcen, die unter den Konzepten „wisdom of crowds“ oder „crowdsourcing“³¹ eine zunehmende Bedeutung erfahren (vgl. Gadner/Leo 2010: 2f.).

Voraussetzung für die Realisierung von Demokratisierungschancen ist jedoch eine Öffnung politischer Strategie, die einer interessierten und kritischen Öffentlichkeit die Möglichkeit schafft, strategische Kritik zu üben und an einem transparenten Diskurs teilzunehmen (vgl. Saretzki 2010: 140).

³⁰ Vgl. hierzu Kapitel 3.1.2 und 3.1.3

³¹ James Surowiecki (2004) begründet mit seinem Konzept „wisdom of crowds“, warum Entscheidungen unter Miteinbeziehung des Potentials der „Weisheit der Vielen“ zu „besseren“ Entscheidungen führen als Individualentscheidungen.

Die Erweiterung der Wissensgrundlage sehen Schwickert (2011: 66) und Gadner/Leo (2010) als zentrale Chance einer partizipativen, deliberativen und effektiven Strategiebildung, die den Dialog und die Kooperation mit der Öffentlichkeit forciert und zu einem breiteren Commitment und einer erfolgreichen strategischen Politik führt. Römmele und Schober (2010: 6) argumentieren ähnlich, indem sie auf die Chance eines besseren Politikoutputs, höheres Vertrauen der Bürger sowie auf reziproke Lerneffekte verweisen, wenn argumentative Entscheidungsprozesse unter Miteinbeziehung der Öffentlichkeit stattfinden.

Ableitend davon drängt sich die Frage auf, in welcher Form und in welchen Phasen des strategischen Prozesses eine diskursive Partizipation möglich und sinnvoll ist.

Raschke/Tils (2007: 43) kommen zu einem Fazit, das die ambivalente Beziehung zwischen Strategie und Demokratie zum Ausdruck bringt. Sie konstatieren ein „Demokratiepotential“ und ein „Störpotential“ politischer Strategie. Das Potential von Strategie in einer Demokratie sehen Raschke/Tils (ebd.) insbesondere im Aufbau handlungsfähiger Akteure, die in einer komplexen Umwelt agieren, in einer rationaleren Zielverfolgung, die in einem demokratischen Prozess zu besseren Resultaten führen kann³², sowie der möglichen Partizipation aktiver Bürger. Gefahren politischer Strategie im Demokratiekontext sind für Raschke/Tils (ebd.): *„Abschottung gegenüber Öffentlichkeiten, Ausschließung von Partizipationswilligen, Instrumentalisierung von Akteuren“* (...) und *„Partikularisierung von Interessen.“*

³² Vgl. Outputlegitimation bei Scharpf (1999)

4 Empirische Untersuchung

4.1 Methodische Vorgangsweise

In diesem Teil der Arbeit werde ich nach einer Charakterisierung des qualitativen Forschungsansatzes auf meine Forschungsziele und Forschungsfragen eingehen. Ziel dieses Kapitels ist, die methodische Vorgangsweise zu erläutern und grundlegende Überlegungen des Forschungsprozesses für die Auswertung zu skizzieren.

Anhand qualitativer Interviews wird untersucht, inwiefern die Forschungs-, Technologie - und Innovationsstrategie (FTI) 2020 der österreichischen Bundesregierung demokratischen Anforderungen entspricht. Im Besonderen wird der Fokus der Untersuchung auf die Prozessperspektive der FTI-Strategieentwicklung gerichtet.

Die Auswahl für einen qualitativen Forschungsansatz ist angesichts des Untersuchungsgegenstandes, der keinem einheitlichem Verständnis folgt und bislang noch keine systematische Erforschung erfuhr, gegenüber einem quantitativen Ansatz vorzuziehen. Flick et al. (2003: 17 und 25) hierzu:

„Standardisierte Methoden benötigen für die Konzipierung ihrer Erhebungsinstrumente (z.B. ein Fragebogen) eine feste Vorstellung über den untersuchten Gegenstand, wogegen qualitative Forschung für das Neue im Untersuchten, das Unbekannte im scheinbar Bekannten offen sein kann.“ „(...) Qualitative Forschung ist immer dort zu empfehlen, wo es um die Erschließung eines bislang wenig erforschten Wirklichkeitsbereichs (...) geht.“

Qualitative Methoden können den Anspruch erheben, Daten aus sozialen Prozessen zu generieren, die *„die gesellschaftliche Verankerung der Praxis menschlichen Handelns, sozialer Ereignisse und deren Entwicklungsdynamik (...)“* (Froschauer/Lueger 2003: 17) berücksichtigen und somit eine geeignete Methode für den Untersuchungsgegenstand „Politische Strategie“ darstellen.

4. 1. 1 Grundlagen qualitativer Forschung

Das Ziel qualitativer Forschung ist nach Lamnek (2010: 31) „(...) *die Prozesse zu rekonstruieren, durch die die soziale Wirklichkeit in ihrer sinnhaften Strukturierung hergestellt wird.*“ Die gemeinsamen Grundannahmen qualitativer Forschungsansätze basieren auf einer Reihe von wissenschaftstheoretischen Positionen und verschiedenen Theoriegebäuden (ebd. 32).

Daraus ableitend können Anforderungen beziehungsweise Grundprinzipien qualitativer Sozialforschung charakterisiert werden. Im Folgenden werden zentrale Prinzipien in Anlehnung an Siegfried Lamnek (2010: 19-24) und Froschauer/Lueger (2003: 214-219) skizziert.

Offenheit

Das Prinzip der Offenheit unterstreicht den explorativen Charakter qualitativer Sozialforschung. Offenheit im Gegensatz zu hypothesenprüfenden, standardisierten Erhebungen bedeutet die Wahrnehmung offen für Neues oder auch Unerwartetes zu lassen und orientiert sich folglich an einem Hypothesen generierenden Prozess (vgl. Lamnek 2010: 20). Froschauer/Lueger (2003: 216) sehen Offenheit im Sinne eines Freiraums gegenüber dem Forschungsgegenstand, in der Forschungsorganisation, der Gesprächsführung und bei der Interpretation als grundlegendes Prinzip qualitativer Forschung.

Forschung als Kommunikation

Die Anforderung ein offenes Gespräch zu führen, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Kommunikation zwischen Forscher und Befragten. Vor dem Hintergrund perspektivenabhängiger Wirklichkeit behandelt der Forscher „*das informierende Gesellschaftsmitglied als prinzipiell orientierungs-, deutungs- und theoriemächtiges Subjekt.*“ (Schütze: 1978: 118, zit. nach Lamnek 2010: 21) Zudem hält Lamnek (ebd.) fest, dass die Gesprächssituation so ausgestaltet sein sollte, dass eine möglichst alltagsähnliche Situation, in der die Regeln der Alltagskommunikation gelten, geschaffen wird.

Prozesscharakter von Forschung und Gegenstand

Prozessualität ist einerseits in der wissenschaftlichen Untersuchung selbst gegeben, andererseits unterliegt der Forschungsgegenstand laufenden Veränderungen (Froschauer/Lueger 2003: 216f.). Gegenstand und Forschung sind keinen statischen Wirkungszusammenhängen ausgesetzt. Folglich soll nach Lamnek (2010: 22) das *„Prinzip der Prozessualität (...) die wissenschaftliche Erfassung des Entstehungszusammenhangs sozialer Phänomene gewährleisten.“*

Reflexivität von Gegenstand und Analyse

Reflexivität stellt ein wesentliches Element qualitativer Sozialforschung dar. Froschauer/Lueger (2003: 218) zufolge *„bedürfen sowohl Forschungsaktivitäten (...) als auch die gewonnenen Erkenntnisse einer permanenten kritischen Überprüfung.“*

Explikation

Explikation umfasst die Anforderungen qualitativer Sozialforschung hinsichtlich eines möglichst offen gelegten und nachvollziehbaren Forschungsverlaufs. Das Prinzip postuliert, dass Sozialforscher ihre Einzelschritte der Untersuchung für eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit transparent machen (vgl. Lamnek 2010: 23). Explikation führt zu kritisierbaren und seriösen Forschungsergebnissen (vgl. Froschauer/Lueger 2003: 218).

Flexibilität

Das Prinzip Flexibilität so Lamnek (2010: 23), *„bedeutet, dass der Blickwinkel zunächst weit ist und erst im Verlauf der Untersuchung fortschreitend zugespitzt wird.“* Flexibilität im Forschungsverfahren ermöglicht eine etwaige Anpassung aufgrund neuer Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand während des Forschungsprozesses. Eine flexible Vorgangsweise des Forschers kann zu neuen Betrachtungsperspektiven und neuen Richtungen innerhalb der Untersuchung führen, die die Möglichkeit neue Erkenntnisse zu gewinnen, offen hält (vgl. ebd).

4. 1. 2 Experteninterview

Zur empirischen Untersuchung werden Experteninterviews anhand eines teilstrukturierten Leitfadens durchgeführt. Experten können nach Gläser/Laudel (2004: 9) neben beispielsweise Wissenschaftler auch erfahrene Politiker sein, die „(...) Angehörige einer Funktionselite (...)“ sind und über „(...) besonderes Wissen verfügen.“ Folglich halten Gläser/Laudel (ebd. 10) fest, dass Experteninterviews eine Methode darstellen, die versuchen, das Wissen der Experten zu erschließen. Die privilegierte Stellung von Experten, die sie aufgrund ihrer Informationszugänge besitzen, machen sie zu einem Medium, durch das der Sozialforscher Wissen über den zu untersuchenden Gegenstand generiert. Die Entscheidung über die Interviewpartner der vorliegenden Untersuchung fiel deshalb auf drei Träger mit besonderem Wissen hinsichtlich der Bildung der FTI-Strategie 2020.

Gläser/Laudel (2004: 10f.) fassen die Ziele und Funktionen von Experteninterviews zusammen:

„Es handelt sich um Untersuchungen, in denen sozial Situationen oder Prozesse rekonstruiert werden sollen, um eine sozialwissenschaftliche Erklärung zu finden. Die Experteninterviews haben in diesen Untersuchungen die Aufgabe, dem Forscher das besondere Wissen der in die Situationen und Prozesse involvierten Menschen zugänglich zu machen.“

Ein teilstrukturierter Leitfragebogen erlaubt einen flexiblen Verlauf des Interviews. Der Leitfaden ist ein Grundgerüst für das Gespräch, auf dem die wichtigsten Fragen und Themenkomplexe zusammengefasst sind (vgl. Lamnek 2010: 321). Die Abfolge der Fragen muss nicht zwingend einer vorgegebenen Reihenfolge entsprechen. Vielmehr soll ein Leitfadeninterview einem natürlichen Alltagsgespräch ähneln, das dem Befragten auch die Möglichkeit bietet, selbst ein bestimmtes Thema anzusprechen oder ein situatives Nachfragen des Forschers ermöglicht (vgl. ebd.).

Der weitgehend offene Charakter eines teilstrukturierten Leitfadeninterviews verschafft dem Interview somit Raum Spontanes und Neues zu entdecken

(Gläser/Laudel 2004: 39-40). In Anbetracht des noch kaum wissenschaftlich elaborierten Forschungsgegenstandes (vgl. Raschke/Tils 2007) wird ein qualitativer Forschungsansatz, basierend auf teilstrukturierten Leitfadeninterviews mit Experten, gewählt.

4. 1. 3 Forschungsfragen und Themenkomplexe

Die empirische Untersuchung zielt darauf ab, Erkenntnisse über das Verhältnis von Strategie und Demokratie zu erlangen. Im Besonderen Interesse steht die Vereinbarkeit von demokratischen Ansprüchen mit der Entwicklung der FTI-Strategie. Ferner wird die Frage, welche Möglichkeiten und Grenzen einer demokratischen Strategiebildung existieren, beleuchtet.

Zentrale Forschungsfragen sind:

- In welchem Verhältnis steht Strategie zu Demokratie?
- Steht politische Strategie in einem Widerspruch zu demokratischen Anforderungen?
- Welche Chancen und Risiken einer Demokratisierung von politischer Strategie gibt es?
- Kann die FTI-Strategie der österreichischen Bundesregierung demokratischen Anforderungen genüge tragen?

Leitfaden/Themenkomplexe

Der Leitfaden (vgl. Anhang) zur Durchführung der Experteninterviews ist in zwei Abschnitte unterteilt. Inhaltlich orientiert sich der teilstrukturierte Leitfaden an den zentralen Forschungsfragen mit besonderem Fokus auf das empirische Fallbeispiel, der FTI-Strategie.

Im Themenkomplex „Begriffsverständnis und Prozess“ wird der Frage nachgegangen, welches Verständnis die Interviewpartner zu den Begriffen Strategie und Demokratie haben. Weiters steht eine Skizzierung des

Strategiebildungsprozesses im Mittelpunkt. Die auf den Prozess fokussierenden Fragen dienen vor allem für ein besseres Verständnis der FTI-Strategieentwicklung.

Mit den Fragen des zweiten Themenkomplexes „Ansprüche, Bedingungen und Formen“ werden die Interviewpartner gefragt, welche demokratischen Anforderungen sie an die FTI- Strategie gestellt haben. Weiters wird in diesem Komplex der Frage nachgegangen, in welchen Bereichen politischer Strategie eine Demokratisierung möglich erscheint. Ferner gehe ich der Frage nach, welche Formen demokratischer Projekte vorstellbar sind, beziehungsweise wie ein demokratieorientiertes Strategiprojekt aussehen kann. Bezogen auf die FTI-Strategie interessiert mich, welche Erfahrungen aus dem Forschungsdialog gewonnen wurden und welche Vor- und Nachteile die Befragten hinsichtlich einer Demokratisierung sehen.

4. 1. 4 Auswahl der Interviewpartner und Gesprächsverlauf

Die Entscheidung, Experten im Bereich der FTI- Strategie zu interviewen, verkleinert das Spektrum potentieller Interviewpartner. Mit der Auswahl, einerseits einen prozessbeteiligten Strategieberater des Rates für Forschung- und Technologieentwicklung zu interviewen und andererseits zwei Abgeordnete zum Nationalrat zu befragen, war es möglich den Strategieprozess inhaltlich, als auch aus einer Demokratieperspektive zu betrachten. Die Auswahl der Nationalratsabgeordneten fiel auf eine Vertreterin einer Oppositionspartei, um die FTI- Strategie der Bundesregierung aus einer oppositionellen Fraktionsperspektive zu betrachten und auf einen Repräsentanten einer Regierungspartei, dessen Partei das Papier mitbeschlossen hat.

Interviewpartner

Mag. Dr. Johannes Gadner, MSc

Johannes Gadner promovierte nach Studien in Wien, Berlin und London am Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung an der Universität Wien und ist seit 2007 in der Geschäftsstelle des Rates für Forschung- und Technologieentwicklung tätig. Er ist Projektkoordinator im Bereich der Entwicklung langfristiger Strategieprozesse. Nach der Erstellung der Strategie 2020 des Rates begleitete er die FTI- Strategiebildung der Bundesregierung (vgl. Gadner/Leo 2010).

Dr. Ruperta Lichtenecker

Abg. zum Nationalrat Ruperta Lichtenecker ist Wissenschaftlerin und Volkswirtin. Von 2003-2006 war sie Mitglied des Bundesrates für die Grünen. Seit 2006 ist die Universitätslektorin Abgeordnete zum Nationalrat. Ruperta Lichtenecker ist seit 2008 Forschungs- und Technologiesprecherin des Grünen Parlamentsklub und seit Februar 2010 Obfrau des parlamentarischen Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie (vgl. Lichtenecker 2011).

Ing. Kurt Gartlehner

Abg. zum Nationalrat Kurt Gartlehner ist seit 1997 Mitglied des Bundespartei Vorstandes der SPÖ und seit 1990 Abgeordneter zum Nationalrat. Kurt Gartlehner ist SPÖ-Sprecher für die Bereiche Industrie und Technologie. Zudem ist Abg. Gartlehner unter anderem Mitglied des Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie sowie Mitglied des Wissenschafts- und Budgetausschusses (vgl. Gartlehner 2011).

Zeit, Ort und Gesprächsverlauf

Interviewanfragen wurden via e-mail gestellt, worin kurz erläutert wurde, worum es im Interview gehen wird. Von allen drei Interviewpartnern kamen rasche Rückmeldungen, in denen sie sich für ein Gespräch bereit erklärten.

Auf Vorschlag von Johannes Gadner wurde das Interview am 9. Mai 2011 um 11:00 Uhr im Büro des Rates für Forschungs- und Technologieentwicklung durchgeführt. Frau Abgeordnete Lichtenecker lud am 17. Mai 2011 zum Gespräch ins Parlament, wo im Vorzimmer des Bundesrats das Interview um 13:00 Uhr statt fand. Das Interview mit Abgeordneten Gartlehner wurde am 19.05.2011 um 14:30 Uhr in seinem Büro im Palais Epstein durchgeführt. Das Gespräch mit Herrn Gadner dauert knapp 70 Minuten. Abgeordnete Lichtenecker wurde ca. 40 Minuten interviewt. Ebenso dauerte das Gespräch mit Abgeordneten Gartlehner ca. 40 Minuten. Alle Interviewpartner stimmten einer Gesprächsaufnahme zu.

Der Gesprächsverlauf war durch den Leitfaden zum Teil vorgegeben. Aufgrund der weitgehend offenen Gesprächsführung wurden Themenkomplexe in unterschiedlicher Tiefe und Breite diskutiert. Folgefragen richteten sich weitgehend nach dem Verlauf des Interviews.

4. 1. 5 Auswertungsverfahren

Ziel der Auswertung ist eine systematische Rekonstruktion des gesammelten Materials. Es wird versucht grundlegende Muster und Strukturen herauszuarbeiten, so Lamnek (2010: 178).

Die qualitative Inhaltsanalyse stellt eine Technik für eine regelgeleitete Analyse der erhobenen Daten dar. Für Philipp Mayring (2002: 114) besteht die Grundidee der qualitativen Inhaltsanalyse darin, dass Texte systematisch und theoriegeleitet analysiert und anhand von Kategoriensystemen ausgewertet werden. Als Grundsätze für die qualitative Inhaltsanalyse nennt Mayring (2003: 471) die Berücksichtigung des Kommunikationskontextes von Material und Daten, eine systematische Vorgangsweise und die Offenheit gegenüber quantitativen Analyseschritten.

Zur Auswertung der geführten Interviews wird Mayrings (2002) Konzept qualitativer Inhaltsanalyse herangezogen. Aus den gebildeten Themenkomplexen des Interviewleitfadens leite ich ein an meinen theoretischen Ausführungen orientiertes Kategoriensystem ab. Die Kategorien implizieren zentrale

Analyseaspekte, die anhand der transkribierten Gespräche untersucht werden (vgl. ebd. 114). Untersuchungsrelevante Aussagen der Interviewpartner werden den einzelnen Kategorien zugeteilt und analysiert.

Mayring (2002) schlägt drei Grundformen qualitativer Inhaltsanalyse vor: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung.

Ziel der zusammenfassenden Analyse ist, durch Abstraktion und Reduktion auf Wesentliches, das Datenmaterial zu einem überschaubaren Ganzen zusammenzufügen. Zur Kategorienbildung werden Begriffe und Aussagen exzerpiert, die das Material möglichst widerspiegeln (vgl. Mayring 2002: 116).

Mit Hilfe der Explikation wird bei der Analyse bestimmter Begriffe zusätzliches Material verwendet, um den Begriff oder die Textstelle näher zu erläutern (vgl. ebd. 115). Nach Mayring (2002: 118) ist *„die Explikation als inhaltsanalytische Technik (...) damit im eigentlichen Sinn eine Kontextanalyse.“* In der Auswertung wurde auf kein zusätzliches Material zurückgegriffen, um bestimmte Textstellen näher zu erklären.

Als dritte Form führt Mayring (2002) die strukturierende Analyse an. Sie versucht, eine bestimmte Struktur aus dem Datenmaterial herauszuklauben. Strukturierende Inhaltsanalysen können sich nach Mayring (2003: 473) in *„formale, inhaltliche, typisierende und skalierende Vorgehensweisen (...)“* gliedern. Die Zuordnung der Daten zu den Kategorien stellt hierbei die zentrale Herausforderung dar (vgl. Mayring 2002: 118). In der Auswertung wurde eine strukturierende Analyse vorgenommen, indem relevante Aussagen der Interviewpartner den Kategorien zugewiesen wurden.

4. 2 FTI-Strategie der österreichischen Bundesregierung

Der Analysegegenstand der vorliegenden Untersuchung ist das Strategiekonzept der österreichischen Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation, kurz FTI-Strategie, mit dem Titel „Der Weg zum Innovation Leader – Potentiale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen“, das am 8. März 2011 im Ministerrat beschlossen wurde. Nach einer kurzen Übersicht des Entstehungskontextes und inhaltlichen Eckpunkten folgt eine Auswertung der erhobenen Daten.

4. 2. 1 Entstehungskontext

Um Grundzüge der Entstehung bzw. der Strategieentwicklung nachvollziehen zu können, wird im Folgenden ein kurzer Abriss des Verlaufs und der wesentlichen Inhalte unter Berücksichtigung der forschungsleitenden Fragestellung gegeben.

Die FTI- Strategie der Bundesregierung basiert auf drei Eckpfeilern, die nach einem mehrjährigen Diskussions- und Analyseverfahren die Grundlage für das im März 2011 veröffentlichte Strategiepapier bilden. Die drei Hauptdokumente sind der österreichische Forschungsdialog, die Systemevaluierung des Forschungsförderungssystems und die Strategie 2020 des Rates für Forschung und Technologieentwicklung. Ergebnisse und Empfehlungen der drei Eckpfeiler mündeten im FTI-Strategiekonzept der Bundesregierung (vgl. FTI-Strategie 2011: 8).

Am 1. September 2009 beschloss der Ministerrat die Erarbeitung einer FTI-Strategie des Bundes. Unter der Beteiligung von insgesamt sechs Ressorts – Bundeskanzleramt (BKA), Bundesministerium für Finanzen (BMF), Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWFi), Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWiFJ), Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und bedeutender Stakeholder – beabsichtigte der Ministerrat ein verbindliches FTI- Strategiepapier

bis zum Sommer 2010 auszuarbeiten (vgl. Entschließungsantrag 2010). Am 17. November 2010 stellte der parlamentarische Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie einen Entschließungsantrag, der eine Vorlegung des Strategiepapiers der Bundesregierung implizierte (vgl. ebd.). Schließlich wurde am 8. März 2011 das ausgearbeitete FTI- Strategiepapier im Ministerrat beschlossen. Am 30. März 2011 wurde eine öffentliche Parlamentsdebatte der Strategie durch Kurt Grünewald beantragt (vgl. Entschließungsantrag 2011). Dieser Antrag wurde von der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt (ebd.). Hingegen brachten die Regierungsparteien (SPÖ und ÖVP) einen selbständigen Entschließungsantrag ein, der eine rasche Umsetzung der FTI- Strategie durch die Bundesregierung beinhaltet (vgl. ebd.) und am 28. April 2011 im Plenum des Nationalrates abgehandelt wurde. Ursprünglich war im Prozessplan der Strategiebildung eine parlamentarische Enquete vorgesehen, um den Strategieentwurf einer abschließenden Diskussion zu stellen (Interview Gadner, 9.5.2011).

Zu Beginn des Kapitels wurde auf die drei Eckpfeiler (Forschungsdialog, Systemevaluierung, Forschungsstrategie des Rates), die das inhaltliche Fundament der FTI- Strategie bilden, hingewiesen. Um die inhaltliche Entstehung der FTI- Strategie zu rekonstruieren, wird im Folgenden der Entstehungszusammenhang der drei Eckpfeiler skizziert.

Forschungsdialog

In Alpbach 2007 initiierte der damalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn einen bundesweiten Forschungsdialog. Unter Miteinbeziehung wesentlicher Meinungsbildner, Experten und sämtlicher Bundesländer veranstalteten das BMWF, BMVIT und das BMWA in verschiedenen Formaten Diskussionen zum Thema Wissenschaft und Forschung. Der einjährige Konsultationsprozess umfasste Dialogforen, Kaminesgespräche, Onlinedialoge, Onlineumfragen, Stakeholder-Round Tables und ein EU-Peer Review. Ergebnisse des österreichischen Forschungsdialogs wurden in einem 269 Seiten starken Dokument festgehalten (vgl. Forschungsdialog 2008). Der Forschungsdialog inkludierte 2.200 Teilnehmer aus Wissenschaft, Interessensvertretungen,

Forschungsorganisationen und Wirtschaft sowie 12.800 User auf www.forschungsdialog.at, die in etwa 600.000 Zugriffe tätigten (ebd. 7).

Systemevaluierung des Forschungsförderungssystems

Zu Beginn des Jahres 2008 beauftragte das BMVIT vier Wirtschafts- und Meinungsforschungsinstitute für eine Systemevaluierung der Forschungsförderung bzw. –finanzierung. Ziel war es, die Effizienz und Effektivität der Forschungsförderung zu messen und allfällige Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen. Es wurden insgesamt 5000 Unternehmungen und 1400 Forschungseinrichtungen über die Bedeutung von technologie- und forschungspolitischen Maßnahmen befragt. In einem abschließenden Report wurden 50 Empfehlungen für eine strategische Ausrichtung des FTI-Politikfelds zusammengefasst.

Strategie 2020 des Rates

Im November 2007 wurde der Rat für Forschung und Technologieentwicklung³³ beauftragt, eine Forschungsstrategie 2020 basierend auf den Ergebnissen der Systemevaluierung, des österreichischen Forschungsdialogs und der bestehenden Strategiepapiere zu entwickeln (vgl. Forschungsrat 2008). Nach der Erarbeitung eines Strategieentwurfs machte der Rat im Mai 2009 das Strategiepapier auf einer Onlineplattform für die breite Öffentlichkeit zugänglich. Für einen Zeitraum von vier Wochen bestand die Möglichkeit verschiedene Kapitel des Strategiekonzepts zu diskutieren, kommentieren und über Vorschläge abzustimmen. Die interessierte Öffentlichkeit - respektive 400 registrierte User - griff insgesamt 50.000 mal auf die Diskussionsplattform zu und verweilte im Durchschnitt 16 Minuten. Im August 2009 wurde die Strategie 2020 präsentiert (Gadner/Leo 2010).

Basierend auf den drei beschriebenen Eckpfeilern wurde im März 2011 die FTI-Strategie der Bundesregierung präsentiert, die Österreich bis 2020 vom Innovation Follower zum Innovation Leader innerhalb der Europäischen Union als

³³ Der Rat wurde im Jahr 2000 vom Gesetzgeber für die Beratung im Bereich der FTI- Politik eingesetzt. (vgl. Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2011)

Vision hat. Zielsetzungen der Strategie sind die Nutzung der Potentiale von Forschung, Technologie und Innovation, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu sichern, sowie der Ausbau neuer Zukunftsfelder durch die nachhaltige und effiziente Einsetzung von Fördermittel (FTI-Strategie 2011). Das Strategiepapier beinhaltet zu jedem Themenbereich eine kurze Statusbeschreibung und eine Skizzierung zentraler Herausforderungen, woraus Ziele (zum Teil mit konkreten Zielwerten) und Maßnahmen abgeleitet werden (ebd.).

4. 2. 2 Auswertung

Basierend auf den theoretischen und methodischen Rahmen der Arbeit wird in diesem Kapitel die Fragestellung empirisch beantwortet. Anhand der drei durchgeführten Experteninterviews werden Aussagen systematisch bestimmten Kategorien zugeordnet. Interviewaussagen werden in folgenden Kategorien verdichtet:

- Strategieverständnis
- Strategiebedarf und strategische Praxis
- Demokratische Ansprüche an die FTI- Strategie
- Parlamentarische Enquete und die Rolle der Parlamentarier
- Chancen und Grenzen einer Demokratisierung von Strategiprojekten

Im Folgenden werden die Interviewpartner mit den Kürzeln JG (Johannes Gadner), RL (Ruperta Lichtenecker) und KG (Kurt Gartlehner) bezeichnet.

Strategieverständnis

Der Begriff Strategie folgt in der einschlägigen Literatur keinem einheitlichen Verständnis (vgl. Kapitel 2.1). Gemein ist den meisten Definitionen von Strategie jedoch, dass sie Elemente wie beispielsweise Langfristigkeit, Zielorientierung und Maßnahmen beinhalten (vgl. ebd.). Selten wird neben der Langfristperspektive und der Zielfokussierung auf die Kontextsituation geblickt. Raschke/Tils (2007:

127) akzentuieren die Umweltdimension, indem sie politische Strategie als „ (...) *erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen*“ definieren. Schwickert (2011: 51) verweist auf den jeweiligen Verwendungskontext des ambivalenten Terminus „Strategie“. So führt Schwickert (ebd.) aus, dass Strategie einerseits mit Macht, Geheimhaltung und List verbunden wird, andererseits mit Durchsetzungsfähigkeit und dem Erkennen langfristiger Entwicklungen.

Angesichts des breiten Begriffsverständnisses betonen die jeweiligen Definitionen (vgl. zum Beispiel Schubert/Klein 2006, Robertson 2004 oder Schmidt 2010a) bestimmte Akzente des Begriffs. Die Interviewpartner haben zum Teil ein weites Begriffsverständnis:

„Die Definition von Strategie, die wir ohne das sie irgendwo festgelegt oder definiert zu haben verwenden ist glaube ich eine sehr weit gefaßte – Strategie ist (...) die Möglichkeit einen bestimmten Weg zu bestreiten um ein vorgegebenes Ziel zu erreichen. Die Frage die sich stellt ist, wie kommt man zu diesen Zielen, welche Wegkreuzung soll man gehen, welche Maßnahme soll man eben setzen – und das ist, würde ich meinen, ein sehr, sehr weit gefasster und ebenfalls pragmatischer Strategiebegriff“ (JG: 16-21).

Abg. Lichtenecker versteht unter Strategie folgendes:

„Strategie ist für mich Ziele definieren und entsprechende Überlegungen anstellen um diese auch mit allen Komplexitäten zu erreichen. Das heißt, strategisch, planmäßiges Vorgehen zur Zielerreichung“ (RL: 4-5).

Der Begriff Strategie, wie die oben zitierten Auffassungen verdeutlichen, weist eine hohe Zielzentrierung auf. Eine nähere Differenzierung von politischer Strategie, in Bezug auf verschiedene Strategietypen, nimmt Abg. Gartlehner vor:

„Man muss sicher trennen zwischen der Strategie einer politischen Partei, wie sie ihre Kommunikationsarbeit anlegt und einer inhaltlichen Strategie, die gewisse Themen oder Ministerien abdeckt“ (KG: 5-6).

Abg. Lichtenecker merkt an, dass das Phänomen Strategie mehr als Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit ist:

„(...) das glaube ich schon auch, dass es hier Verwechslungen gibt mit dem Begriff der Öffentlichkeitsarbeit. Strategie ist mehr als das nach außen kommunizierte, es ist ein Puzzlestein von einem großen Ganzen“ (RL: 33-34).

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Dimension Ziel einen hohen Stellenwert im Begriffsverständnis einnimmt. Elemente wie beispielsweise die langfristige Anlage, Umweltkontext oder das strategische Kalkül finden explizit weniger Beachtung. Dennoch sind sich die Interviewten weitgehend einig (vgl. JG: 16-21, RL: 33-34, dass der Begriff Strategie viele Facetten impliziert.

Strategiebedarf und strategische Praxis

Komplexität, Unsicherheit und eine sich rasch verändernde Umwelt sind zentrale Faktoren, die Strategie vor die Herausforderung *„wachsender Kalkulationsnotwendigkeit bei abnehmender Kalkulationsmöglichkeit“* (Raschke/Tils 2007: 11) stellen. Politische Strategie soll den politischen Akteuren Orientierung geben um eine rationale Zielverfolgung zu ermöglichen (vgl. ebd.). Strategie als Phänomen gibt es bereits seit der Antike (vgl. ebd. 43f.). In welchem Ausmaß strategische Überlegungen erforderlich, ausgereift und rekonstruierbar waren bzw. sind, ist wie in Kapitel 2.2 erläutert, unterschiedlich.

Auf die Frage, ob Strategien und strategische Denken schon immer in der Politik vorhanden waren, meint Herr Gadner folgendes:

„Also, ich glaube, dass jede Politik immer eine bestimmte Strategie verfolgt um ein Ziel zu erreichen. Ja, also ich glaube nicht, dass das früher anders war als heute. Es gab vielleicht unterschiedliche Ziele, unterschiedliche Herangehensweisen, aber ich denke mir, letzten endes würde ich das als Strategie definieren was dazu auserkoren wurde (...) ein bestimmtes Ziel zu erreichen“ (JG: 74-78).

Abg. Lichtenecker unterstreicht, dass strategisches Denken kein politisches Novum ist:

„Ich glaube, dass es Strategie im politischen Prozess schon immer gegeben hat und wesentlich diffiziler in früheren Zeiten als in heutigen Zeiten. (...) Also Strategie glaube ich, dass es in verschiedensten Staatsformen bzw. auch von unterschiedlichen Staatsmännern gegeben hat (...) das zeigt ja auch die Literatur, der Philosophen, der Politiker des alten Griechenland – bis zur Jetztzeit herauf“ (RL: 21-27).

Die Frage der Notwendigkeit und des Bedarfs an Strategie in der Politik begegnet Herr Gadner indem er sagt:

„Ich denke mir, dass sich einfach die Lebenswelt, in der wir uns heute bewegen grundsätzlich verändert hat, insofern als das sie komplexer geworden ist, unübersichtlicher, es gibt mehr unterschiedliche Bereiche und Themen in denen man sich als Politiker nicht so tief einlassen kann, weshalb man auf das Wissen sogenannter Experten setzt, und die sind eben dazu da, um der Politik zu empfehlen was man machen sollte (...). (...) ich glaube eben, dass wirklich die Veränderung unserer heutigen Lebenswelt ausschlaggebend ist, dass wir mehr strategische Beratungsorgane haben. Das ist wahrscheinlich, was Habermas schon vor 20, 30 Jahren mit der neuen Unübersichtlichkeit versucht hat zu fassen. Das die Entscheidungsträger auch immer vor stärkeren Herausforderungen stellt“ (JG: 87-109).

Die Interviewpartner folgen einer Argumentation, die den Bedarf an strategischen Überlegungen unterstreicht. Komplexität und Unübersichtlichkeit machen Strategie notwendig. Dass das Phänomen Strategie auf eine lange Geschichte zurückblickt, darüber sind sich die Interviewten größtenteils einig (vgl. JG: 74-78, RL: 21-27).

Demokratische Ansprüche an die FTI- Strategie

Anforderungen hinsichtlich einer demokratieverträglichen Strategiebildung wurden in Kapitel 3.2.1 dargestellt. Zentrale Demokratie Kriterien nach Raschke/Tils (2007: 39) sind Partizipation, Transparenz und Effizienz. Zusätzlich demokratierelevante Faktoren sind Responsivität und strategische Kritik. Welche Ansprüche in Bezug auf die FTI- Strategie der Bundesregierung gestellt wurden, beziehungsweise welche demokratischen Anforderungen die Interviewpartner sehen, wird im Folgenden diskutiert.

Den Prozess der Strategiebildung mit demokratischen Komponenten durchzuführen war Intention der Strategieverantwortlichen: *„(...) der Fahrplan, zur Erarbeitung der Bundesregierung, der hat von Anfang an vorgesehen das man einerseits auch einen Stakeholderprozess durchführt, das heißt, Stakeholder sollten in die Arbeit des Strategiedokuments miteinbezogen werden, das waren jetzt natürlich primär Forschungsinstitutionen, also Organisationen die sozusagen im FTI System eine tragende Rolle spielen.(...) Man hat auch kurzfristig überlegt ob man nicht noch eine weitere Öffnung durchführen sollte, sowie eben zur Erstellung der Strategie 2020 der Rat das gemacht hat. Aber davon ist man dann abgekommen, weil man einerseits gemeint hat, es wäre eh schon durch die Miteinbeziehung der Stakeholder sehr viel Öffnung passiert. Auf der anderen Seite war ja vorgesehen, und das ist eben von Anfang an ganz explizit im Prozessplan beinhaltet gewesen (...) eine parlamentarische Enquete sollte stattfinden, wo dann noch einmal der fertige Entwurf von den Volksvertretern diskutiert und kommentiert werden hätte sollen“ (JG: 203-214).*

Abg. Lichtenecker sieht es als eine *„(...) vergebene Chance und eine unverständliche Vorgangsweise, dass man de facto eine Strategie hinter verschlossenen Türen erstellt, fertig stellt und dann in der Regierung beschließt“ (RL:70-72).*

Erwartungen der Oppositionspolitikerin, einen partizipativen Strategieprozess zu führen unterstreicht folgende Aussage:

„Unser Ansatz und mein Ansatz ist, dass ich es für wichtig halte, dass man es möglichst breit diskutieren kann, mit den Stakeholdern, im Parlament“ (RL: 74-75).

Auf die Frage, wie ein Beteiligungsprozess bei der Entwicklung der FTI- Strategie idealtypisch aussehen würde, meinte Abg. Lichtenecker:

„Bei der Forschungsstrategie ist meine Idee, dass man Stakeholder mit einbezieht, das heißt, von den Universitäten über natürlich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das forschende Personal, selbstverständlich die Studierenden, Studierende sind diejenigen, die Absolventen, die im nächsten Jahrzehnt in diesem System mitarbeiten werden. Genauso auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, das heißt, die Förderagenturen, (...) die Vertreter aus den Wirtschaftsunternehmen, (...) aus den Themenbereichen wo wir sagen, das sind die Zukunftsbereiche (...)“ (RL: 122-128).

Im Hinblick auf das Kriterium Effizienz im Kontext einer Demokratisierung von Strategie, merkt Abg. Lichtenegger an, dass bei Beteiligungsprojekten „mit Augenmaß“ (RL: 235) vorgegangen werden sollte und darauf zu achten ist „auf welchen Ebenen es gesamthaft Sinn“ (RL: 237) macht. Gleichwohl ist Sie der Meinung, dass eine Demokratisierung mit Aufwänden verbunden ist: „Demokratie kostet etwas“ – und „Demokratie darf kosten“ (RL: 235-236).

Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat sich bei der Erstellung der Strategie 2020, respektive eines der drei Hauptdokumente für die FTI-Strategie der Bundesregierung, für einen innovativen Strategiebildungsansatz entschieden, der partizipative und deliberative Elemente enthielt. Mit der Einbindung der FTI Community und der interessierten Öffentlichkeit wurde der Diskussionsprozess geöffnet (vgl. Gadner/Leo 2010):

„(...) es kam die Idee auf, na gut, wenn wir unsere ursprüngliche Prozessstruktur (Arbeitsgruppen mit Ministerien – Anm. d. Verfassers) nicht durchhalten können, weil es zu viele Widerstände gibt, dann probieren wir doch mal etwas ganz Neues aus und dann haben wir uns mit neueren Ansätzen beschäftigt. (...) wir haben dann ein Projekt skizziert wie man webbasiert eine Diskussion starten kann (...) und auch die neuen Möglichkeiten des Web 2.0 zu Hilfe nehmen kann (...) um eine Diskussion und einen Kommentierungsprozess zu strukturieren“ (JG: 284-293).

Parlamentarische Enquete und die Rolle der Parlamentarier

Die Legitimation politischer Meinungs- und Willensbildung basiert in repräsentativen Demokratien insbesondere auf Entscheidungen gewählter Volksvertreter. Da Parlamentarier im Strategiebildungsprozess der FTI- Strategie des Bundes eine partizipative und deliberative Rolle einnehmen können und dies zu einer Demokratisierung im weiteren Sinne beitragen kann, wird in diesem Abschnitt die Rolle der parlamentarischen Ausschüsse, sowie die Möglichkeit eine parlamentarische Enquete durchzuführen, diskutiert. Am Beginn der Überlegungen zur Erstellung einer FTI- Strategie der Bundesregierung stand die Durchführung einer parlamentarischen Enquete:

Es „(...) war ja vorgesehen und das ist eben von Anfang an, ganz explizit im Prozessplan beinhaltet gewesen, dass man mit dem fertigen Dokument dann noch einmal ins Parlament geht - eine parlamentarische Enquete sollte stattfinden, wo dann

noch einmal der fertige Entwurf von den Volksvertretern diskutiert und kommentiert werden hätte sollen“ (JG: 211-214).

Abg. Lichtenecker merkt hierzu an, dass eine parlamentarische Enquete *„immer auch eine Absichtserklärung gewesen“ (RL: 85-86)* sei. Im März 2011 wurde ein Antrag (1492/A (E)) für eine öffentliche Debatte der Forschungsstrategie im Parlament von Abgeordneten der Grünen eingebracht. Dieser Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt:

„Ich halte es für eine vergebene Chance, weil ich glaube, dass eine Forschungsstrategie, die auch der Entwicklung eine klare Ausrichtung geben soll, für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus, eine breite Diskussion braucht. Es ist auch nicht nachvollziehbar, vor was man sich da fürchtet dies beispielsweise in einer Enquete abzuführen und eine Strategie im Parlament via Entschließungsantrag zu beschließen. Das ist auch ein weitgehend gutes Zeichen, wenn das Parlament etwas breit diskutiert und auch breit getragen wird“ (RL: 76-81).

Abg. Lichtenecker weist darauf hin, dass beispielsweise im Deutschen Bundestag die Forschungsstrategie diskutiert wurde:

„Selbstverständlich haben die Deutschen die Strategie im Parlament diskutiert. Es ist ja auch ein Frage, wie weit ist der Parlamentarismus entwickelt ist“ (RL: 203-204).

Trotz der Nicht-Zustimmung des Antrags (1492/A (E)), der einer öffentlichen Debatte über die Forschungsstrategie im Parlament vorschlägt, hält Abg. Gartlehner, von der Regierungspartei SPÖ, eine parlamentarische Enquete grundsätzlich als geeignetes Instrument, um Legitimation zu erreichen:

„Die öffentliche Legitimation erzielt man am Besten (...), wenn man eine Enquete im Parlament abhält und dann von den unterschiedlichsten Playern bis hin zu den Fachjournalisten das Papier beurteilt bekommt“ (KG: 41-43).

Im Fall der FTI-Strategie der Bundesregierung begründet Abg. Gartlehner die Ablehnung einer Enquete wie folgt:

„Wir haben bisher keine Enquete aus dem Grund gemacht, weil was die Finanzierung betrifft, wir noch nicht die Klarheit haben, im Augenblick. (...) Jetzt ist es natürlich so, dass der parlamentarische Prozess so abläuft, dass man einmal eine Strategie macht und dann gibt es die einzelnen gesetzlichen Maßnahmen. Wenn diese Maßnahmen

definiert sind, dann ist auch ein budgetärer Rahmen dafür zu definieren und erst dann kann es zum Beispiel in unsere mittelfristige Budgetplanung einfließen. (...) Sobald klar wird, dass es in die Umsetzung geht, (...) wird man auch eine Enquete machen, das heißt also, es macht keinen Sinn darüber zu plaudern, bevor einzelne Punkte aus dieser Strategie klar sind oder diskutiert wurden, irgendwelche Gelder zu definieren“ (KG: 116-135).

Abg. Gartlehner sieht vor allem die von der Opposition kritisierte Finanzierungstransparenz *„weil noch nicht die genauen Millionen und Milliarden drinnen gestanden sind“* (KG: 115-116), als Ablehnungsgrund. Einen Finanzierungsplan der FTI- Strategie fordert Abg. Lichtenecker:

„Eine Strategie, ein Maßnahmenplan, eine erfolgsorientierte Planung bedeutet natürlich auch eine entsprechende Finanzierung dazu – und das ist etwas, dass ich für sehr schwierig halte, eine Strategie zu titulieren und zu sagen, liebe Leute da gibt es nichts. Weil Bereiche – zukunftsorientierte Felder, wie zum Beispiel Forschung, (...) benötigen auch Planungssicherheit“ (RL: 98-102).

Die Beteiligung des parlamentarischen Ausschusses für Forschung, Innovation und Technologie (FIT- Ausschuss) am FTI- Strategiebildungsprozess war gering. Abg. Gartlehner beschreibt die Rolle des Ausschusses:

„An der Erstellung der FTI-Strategie haben nur die Regierungsmitglieder und deren Ministerien gearbeitet. Also, da war das Parlament eigentlich wenig eingebunden, bis gar nicht eingebunden. Es sind zwar die Bereichssprecher involviert gewesen, aber eher im Kommunikationsprozess zwischen den unterschiedlichen Ministerien, wenn es irgendwo geeckt hat“ (KG: 87-90).

Im Ausschuss selbst wurde über eine mögliche Öffnung des Strategieprozesses debattiert. Abg. Lichtenecker merkt an, dass der Ausschuss auch die Möglichkeit gehabt hätte, eine *„breite Enquete“* (RL: 188) zu machen:

„Im Ausschuss haben wir natürlich Debatten gehabt, wieweit die Strategie weiterdiskutiert wird oder grundsätzlich diskutiert wird und natürlich auch das Thema Finanzierung“ (RL: 191-192).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Diskussion über die Durchführung einer parlamentarischen Enquete nicht konsistent verlaufen ist. Offen steht zudem, ob es nun doch noch zu einer parlamentarischen Debatte kommt. Die

geringe Einbindung der Volksvertreter in den Strategieprozess zeigt unter anderem, dass eine Demokratisierung der FTI-Strategie des Bundes als kaum ausgereift anzusehen ist.

Chancen und Grenzen einer Demokratisierung von Strategieprojekten

In Abschnitt 3.2.3 wurden bereits Chancen und Grenzen einer Demokratisierung diskutiert. Mögliche Vorteile eines partizipativen und transparenten Strategieprozesses sind beispielsweise erhöhte Legitimation, Nutzung externer Wissensressourcen, reziproke Lerneffekte oder eine erhöhte Demokratiequalität (vgl. Abschnitt 3.2.3 und 3.1.3). Gefahren und Grenzen einer Öffnung in der Strategieentwicklung sind nach Raschke/Tils (2007:43) zum Beispiel Partikularisierung von Interessen oder unrealistische Annahmen hinsichtlich eines partizipationsaffinen Bürger (vgl. Schmidt 2008: 246f.).

Als Chancen aufgrund der Durchführung einer partizipativen und deliberativen Onlinediskussion für die „Strategie 2020“ (einer der drei Eckpfeiler der FTI-Strategie des Bundes) des Rates für Forschung und Technologieentwicklung sieht Herr Gadner insbesondere folgende Punkte:

„Ich würde meinen, ganz wesentlich war dass wir durch diesen Zugang und durch die Öffnung des Prozesses eine wahnsinnige Dynamik erzeugt haben. (...) Mit diesem Momentum hat der Rat, glaube ich, plötzlich die Diskussion maßgeblich beeinflussen können aber auch, sozusagen den Steuerhebel an sich reißen können und es gab (...) mehr Bereitschaft der Ressorts sich doch noch mal auszutauschen“ (JG: 315-319).

Weitere Vorteile einer Demokratisierung der Strategiebildung sind vor allem der Nutzen externen Wissens und die größere Legitimation. Chancen innovatives Potential zu generieren erkennt Abg. Lichtenecker:

„Eine ganz wichtige Chance ist, dass Bereiche sehr breit miteinbezogen werden. Wo man dann auch auf etwas Neues, Anderes, kommt und stößt“ (RL: 215-216).

Zudem ist Abg. Lichtenecker der Meinung, dass ein breiter Konsens die Finanzierungsfrage erhellen würde (vgl. RL: 113-115).

Als wesentlichsten Nutzen, der durch den Öffnungsprozess generiert wurde, nennt Herr Gadner die Einspeisung zusätzlicher Wissensquellen:

„Das ist ein entscheidender Vorteil, wenn man sich nach außen öffnet - (...) wir haben am Beispiel dieses Strategieprozesses gesehen, dass wir zwar recht viel gewusst haben aber eben auch nicht alles – (...) Tatsache ist die, dass dieser Prozess, die Öffnung, das Endprodukt verbessert hat und zusätzliche wichtige Hinweise gekommen sind, die (...) letzten endes eigentlich dadurch ein qualitativ hochwertigeres Resultat erarbeiten konnten als das ohne diesen Prozess gelaufen wäre“ (JG: 398-404).

Richtet man den Fokus auf mögliche Grenzen partizipativer Strategiebildung, stellt sich die Frage welche Reichweite ein Beteiligungsprozess erreicht. Das heißt, wie viele Menschen können und wollen an einer Strategiediskussion teilnehmen.

Herr Gadner berichtet vorwiegend über Teilnehmer aus der FTI Community, die sich bei der Onlinediskussion beteiligten:

„Die Community hat die Gelegenheit gesehen sich zu beteiligen, das heißt es waren Leute aus Unis, aus Forschungseinrichtungen, (...) aus Ministerien, die hier partizipiert haben, es war ein offener partizipativer Prozess aber es war jetzt sicher nicht so, dass wir da irgendwie die gesamte österreichische wahlberechtigte Bevölkerung ansprechen und einbeziehen konnten“ (JG: 255-259).

Eine „Grenze“ die die Reichweite eines Beteiligungsverfahrens bestimmt ist nach Herrn Gadner zufolge auch dadurch gegeben, dass es *„(...) ja furchtbar mühsam (...)“* ist *„sich da zu registrieren, sich etwas zu überlegen, einzulesen und ein Kommentar abzugeben, also da muss man sich schon ein bisschen damit beschäftigen“ (JG: 272-273).*

Ein anderes Problem partizipativer Strategieprojekte, ist für Abg. Gartlehner die Homogenität der Teilnehmer. Abg. Gartlehner konnte anlässlich des Forschungsdialogs (einer der drei Eckpfeiler der FTI Strategie des Bundes) in Eisenstadt folgendes wahrnehmen:

„Ich habe dort leider feststellen müssen, dass nur die Community, die ohnehin im F&E Netzwerk drinnen ist, vertreten ist. (...) Daher ist es zwar nett für Kommunikationszwecke solche Veranstaltungen abzuhalten, aber das ist manchmal ein braten im eigenen Saft, so war es in Eisenstadt“ (KG: 163-171).

Abg. Lichtenecker weist darauf hin, dass das es zu Beginn und am Ende des Strategiebildungsprozesses eine breite Beteiligung wichtig ist um folgendes zu gewährleisten:

„Gut am Anfang, um sozusagen zu wissen was ist der Ausgangspunkt, dann erstellen und dann am Ende noch einmal zu sagen, gut, ist es jetzt auch das, was am Anfang intendiert wurde oder ist in diesem „sukkus“ soviel verloren gegangen. Ist der Wiedererkennungswert noch da“ (RL: 206-208).

Weitere mögliche Risiken einer Demokratisierung ortet Abg. Lichtenecker bei ungleicher Ressourcenverteilung einzelner Lobbyinggruppen und einer ungewünschten medialen Präsenz der Regierung, bei Öffnung des Strategieprozesses :

„Was sich schwierig gestalten kann, das ist bei sehr offenen Prozessen, aber das ist natürlich auch immer eine Frage der Gestaltung – gibt es beispielsweise einen Sektor der sehr viele Ressourcen hat und für einen kleinen, winzigen Bereich massiv lobbyiert. (...) Ich glaube auch, dass es sehr wichtig ist, dass man versucht an ein solches Prozedere sehr ernsthaft heranzugehen, denn jetzt ist es teilweise so, wenn man etwas zum Thema macht, das die Regierung befürchtet wieder damit länger in den Schlagzeilen zu sein“ (RL: 217- 223).

Als etwaigen Nachteil nennt Herr Gadner die Transparenz und Öffnung des Strategieprojekts, *„wenn man ein sehr sensibles Produkt hat“ (JG: 416).* Anfallende Kosten für partizipative Strategieprojekte können nach Herrn Gadner einen Nachteil darstellen, wenn *„es ein ungleich größerer Aufwand ist so einen Prozess durchzuführen als ein paar Arbeitsgruppen und closed shops zu organisieren“ (JG: 419-420).*

Im Ergebnis kann man festhalten, dass die Interviewpartner das Verhältnis zwischen Nutzen und Kosten einer Demokratisierung positiv einschätzen. Gleichwohl Abg. Lichtenecker anmerkt: *„Demokratie kostet etwas“ (RL: 235).*

5 Schluss

5.1 Zusammenfassung und Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, in welchem Verhältnis politische Strategie zu Demokratie steht. Nach einer Erörterung des Ansatzes „politische Strategie“ wurde das Verhältnis von Strategie und Demokratie näher beleuchtet. Der theoretische Teil der Arbeit diente als Grundlage für die empirische Analyse. In der empirischen Untersuchung wurde der Frage nachgegangen, inwieweit die FTI- Strategie der Bundesregierung demokratischen Anforderungen genüge trägt.

Im Grundlagenkapitel wurde der Begriff „politische Strategie“ analysiert und von unterschiedlichen Perspektiven dargestellt. Ausführungen zum theoretischen Konzept „politische Strategie“ basierten vor allem auf Raschke/Tils (2007) Grundlegung politischer Strategie. Unterschiede und Anknüpfungspunkte im Hinblick auf benachbarte Disziplinen, wie beispielsweise der Militärwissenschaft und dem strategischen Management, erläutert.

Theoretische Demokratiekonzepte, insbesondere der komplexe Demokratieansatz von Scharpf (1970, 1999) und beteiligungsorientierte Demokratiekonzepte (z.B. Barber 1994) bildeten die theoretische Grundlage für die Analyse einer möglichen Demokratieverträglichkeit von Strategie. Weiters wurden Anforderungen und Bedingungen für die Demokratisierung von politischer Strategie dargestellt. Anhand von Beispielen partizipativer und deliberativer Projektformen wurden Möglichkeiten zur institutionellen Ausgestaltung vorgestellt. In Folge wurden Chancen und Grenzen einer Demokratisierung diskutiert.

Im empirischen Teil der Arbeit wurde mit Hilfe von qualitativen Interviews die Demokratietauglichkeit der FTI- Strategie der Bundesregierung untersucht. Insgesamt wurden drei Experteninterviews durchgeführt und anschließend ausgewertet.

Hinsichtlich des Begriffs „politischer Strategie“ wurde festgestellt, dass sowohl in der Theorie (vgl. 2.1) als auch in den Auffassungen der Interviewpartner unterschiedliche Facetten des Begriffs akzentuiert werden. Raschke/Tils (2007: 127) Definition von politischer Strategie als „ (...) *erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulation beruhen*“ beinhaltet Elemente, die von mehreren Interviewpartnern geteilt werden. So sind beispielsweise für Abg. Lichtenecker (RL: 4-5) „Ziele“, „Überlegungen“ und „Komplexitäten“ zentrale Elemente ihres Strategieverständnisses. Das Begriffsverständnis der Interviewpartner ist vor allem durch einen „Zielzentrismus“ (Raschke/Tils 2007: 144) geprägt. Die Befragten folgen überwiegend einer pragmatischen Strategieverständnis.

Inwieweit die FTI- Strategie der Bundesregierung demokratischen Ansprüchen genüge getragen hat, hängt davon ab, welche demokratischen Anforderungen gestellt wurden. Explizite Ansprüche einer Demokratisierung des Strategieprozesses wurden nicht gestellt. Vielmehr gab es einzelne demokratische Elemente im Strategiebildungsprozess, die Intentionen einer Demokratisierung implizieren.

In Bezug auf das Demokratie Kriterium Partizipation, wurde in der empirischen Untersuchung deutlich, dass Beteiligung einer interessierten Öffentlichkeit, in bestimmten Bereichen und Phasen der Strategiebildung möglich war. Beispielsweise konnten Bürger bei der Erstellung der Strategie 2020 des Rates und dem Forschungsdialog, beide Projekte waren maßgebliche Eckpfeiler für die FTI- Strategie der Bundesregierung, am Diskussionsprozess aktiv teilnehmen. Die Schaffung einer Möglichkeit zur Teilnahme am FTI-Strategieprozess, gibt jedoch noch nicht Aufschluss darüber, ob die FTI- Strategie „demokratisch“ erstellt wurde. In der empirischen Analyse wurde ersichtlich, dass eine Demokratisierung politischer Strategie insbesondere aktive und kritische Bürger benötigt. Im Fall der FTI- Strategie der Bundesregierung kann man festhalten, dass in erster Linie die interessierte FTI- Community an der Strategiebildung partizipierte. Abg. Gartlehner merkt hierzu an: „(...) das ist manchmal ein braten im eigenen Saft (...)“ (KG: 171). Die Homogenität der Teilnehmer kann unter Umständen einer deliberativen und innovativen Strategiebildung zu wider laufen.

Ein eingegrenzter Teilnehmerkreis des Strategieentwicklungsprozesses rückt unter anderem die Frage der Legitimation in den Vordergrund. Im empirischen Beispiel fand eine Debatte über die Einbindung des Parlaments, respektive der Volksvertreter statt. Zur Diskussion stand die Durchführung einer parlamentarischen Enquete, in der das FTI- Strategiepapier diskutiert und kritisiert werden hätte können. Zudem könnte die Strategie dadurch auf eine höhere Legitimation verweisen. Diese Form der Demokratisierung wurde bislang von den Regierungsparteien abgelehnt (vgl. 4.2.2).

Zusammenfassend zeigt die empirische Untersuchung, dass normativ überladene Demokratieansprüche im Hinblick auf die FTI- Strategie der Bundesregierung keine Resonanz finden. In bestimmten Bereichen, wie zum Beispiel der vom Rat für Forschung- und Entwicklung initiierten Onlinediskussion, gab es Absichten hinsichtlich einer demokratischen Strategiebildung. Eine Miteinbeziehung des Parlaments würde den Demokratisierungsgrad der FTI- Strategie zusätzlich erhöhen. Chancen einer Demokratisierung des Strategieprozesses sehen die Interviewpartner vor allem aufgrund eines qualitativ besseren Diskussionsergebnisses, einer breiteren Legitimation und einer höheren Verbindlichkeit in der Umsetzung. Als potentielle Gefahren nennen die Befragten: Versickerung der Beteiligungsinputs, hoher finanzieller Aufwand und unerwünschte mediale Präsenz (vgl. 4.2.2).

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung deuten darauf hin, dass bestimmte Teile von Strategie demokratisierbar sind. Im Bereich von Policy- Strategien ist eine Demokratisierung in Form eines partizipativen und deliberativen Strategieprojekts möglich. Raschkes (2002: 223) Differenzierung in einen demokratischen und strategischen Sektor kann helfen, um Bereiche und Phasen für partizipative und deliberative Projektformen auszuloten.

Ferner besitzt Strategie Potenzial, aufgrund eines breit getragenen Konsens, zu besseren und insbesondere demokratieverträglichen Politikergebnissen zu führen (vgl. Raschke/Tils 2007: 43).

Im Ergebnis zeigt sich, dass Strategie und Demokratie nicht per se einen Gegensatz darstellen. Saretzki (2010: 132) weist darauf hin, dass eine

5 Schluss

differenzierte Betrachtung des Verhältnisses notwendig ist: *„Nicht Strategie an sich, sondern bestimmte Typen und Formen von Strategien können in einen Widerspruch zu Demokratie oder zu den Anforderungen einer normativ gehaltvollen deliberativen Demokratietheorie geraten.“*

5.2 Ausblick

Mit der vorliegenden Arbeit wurden Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung politischer Strategie aufgezeigt. Anhand des empirischen Beispiels einer Policy-Strategie konnten Erkenntnisse über das Verhältnis von Strategie und Demokratie gewonnen werden. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung spiegeln angesichts spezifischer Charakteristika des Politikfeldes und des Strategietyps nur einen Ausschnitt politikwissenschaftlicher Anwendungsfelder wider.

Weitere Forschungsvorhaben können beispielsweise das Verhältnis zwischen Strategie und Demokratie in Parteien, Verwaltung, Opposition, Verbänden und anderen Politikfeldern thematisieren. Betrachtet man die drei Dimensionen von Strategie – Strategiefähigkeit, Strategiebildung und strategische Steuerung (Raschke/Tils 2007: 80), können neben einer Fokussierung auf Strategiebildung, weitere Forschungen zum Verhältnis von Strategie und Demokratie die Dimensionen Strategiefähigkeit und strategische Steuerung beleuchten. Zudem kann die Einordnung politischer Strategie in das breite Spektrum vorhandener Demokratietheorien näher erforscht werden.

Ferner werfen die Ergebnisse der Arbeit die Frage auf, wie Demokratie im Kontext politischer Strategien gemessen werden kann. Bislang gibt es kein Konzept, das einen Evaluationsrahmen bereit stellt. Aus praktischer Sicht würde ein „Strategiekodex“ (Raschke/Tils 2011: 249) zu mehr Transparenz und Kontrolle beitragen. Ein „Strategiekodex“, der zum Beispiel Demokratiekriterien wie Beteiligung, Transparenz, Diskurs formuliert und eine Leitlinie demokratieverträglicher Strategie darstellt, könnte eine Selbstbindung an Demokratie zu Folge haben (vgl. ebd.).

6 Literaturverzeichnis

6.1 Literaturquellen

Ansoff, Harry I. 1965: Corporate Strategy. An analytic approach to business policy for growth and expansion. New York: McGraw-Hill.

Aron, Raymond 1980: Den Krieg denken. Frankfurt/M.: Propyläen.

Barber, Benjamin R. 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Benhabib, Seyla 1995: Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 43, Heft 1, 3-29.

Bessette, Joseph M. 1980: Deliberative Democracy. The Majority Principle in Republican Government. In: Goldwin, Robert/Schambra, William (Hg.), How democratic is the Constitution? Washington: American Enterprise Institute, 102-116.

Bessette, Joseph M. 1994: The mild voice of reason. Deliberative Democracy and American National Government. Chicago: The University of Chicago Press.

Bleicken, Jochen 1995: Die athenische Demokratie. 4. Auflage, Paderborn: Schöningh.

Bredemeyer, Sabine/Maleh, Carole/Nelles, Hans-Georg 2002: Wir bilden Zukunft – Eine RTSC-Konferenz rüttelt wach und weckt Vernetzungspotential. In: Weber, Susanne (Hg.): Vernetzungsprozesse gestalten. Erfahrungen aus der Beraterpraxis mit Großgruppen und Organisationen. Wiesbaden: Gabler.

Bresser, Rudi K.F. 2010: Strategische Managementtheorie. 2. Auflage, Stuttgart: Kohlhammer.

Buchstein, Hubertus 2011: Deliberation. In: Hartmann, Martin/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorie und politische Philosophie. Ein Handbuch. München: Beck, 171.

- Chandler, Alfred D. 1962: Strategy and Structure. MIT Press, Cambridge, MA.
- Clausewitz, Carl 1973: Vom Kriege, 18. Auflage, Bonn: Dümmlers.
- Clausewitz, Carl 1980: Vom Krieg, 19. Auflage, Bonn: Dümmlers.
- Cohen, Joshua 1989: Deliberation and Democratic Legitimacy. In: Hamlin, Alan/Pettit, Philip (Hg.), The Good Polity. Normative Analysis of the State. Oxford: Blackwell, 17-34.
- Dahl, John S. 1990: Discursive Democracy. Politics, Policy, and Political Science. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deiser, Roland 1998: Strategischer Wandel ist ein politischer Prozess. Zur Rolle von Politologen in komplexen Veränderungsprojekten. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg.27, H. 3, 311-323.
- Downs, Anthony 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr.
- Dryzek, John S. 1990: Discursive Democracy. Politics, Policy and Science. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dryzek, John S. 2000: Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations. Oxford: Oxford University Press.
- Dienel, Peter C. 1978: Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt; eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fischer, Thomas/Schmitz, Gregor Peter/Sebrich, Michael (Hg.), Die Strategie der Politik. Ergebnisse einer vergleichenden Studie. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Fishkin, James S. 1991: Democracy and Deliberation. New direction for democratic reform. New Haven: Yale University Press.
- Fishkin, James S. 1997: The Voice of the People. Public Opinion and Democracy. New Haven: Yale University Press.
- Fleissner, Peter/Romano Vicente 2007: Digitale Medien – neue Möglichkeiten für Demokratie und Partizipation? Berlin: Trafo Verlag.

Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines 2003: Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines 2003. Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck: Rowohlt Verlag, 13-29.

Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred 2003: Das qualitative Interview. Stuttgart: UTB Verlag.

Gastil, John/Levine, Peter 2005: The Deliberative Democracy Handbook. Strategies for Effective Civic Engagement in the Twenty-First Century. San Francisco: Jossey-Bass.

Glaab, Manuela 2007: „Strategie und Politik: das Fallbeispiel Deutschland“. In: Fischer, Thomas/Schmitz, Gregor Peter/Sebrich, Michael (Hg.), Die Strategie der Politik. Ergebnisse einer vergleichenden Studie. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 67-115.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit 2004: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gueniffey, Patrice 1996: Robespierre. In: Furet, Francois/Ozouf, Mona (Hg.), Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution, Band 1, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 503-527.

Günter, Horst 2004: Effizienz. In: Günter, Horst (Hg.), Betriebswirtschaft. Lexikon für Studium und Praxis. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 92.

Gohl, Christopher 2008: „Beyond Strategy: Prozedurale Politik“. In: Zeitschrift für Politikberatung, Heft 2, 191-212.

Guggenberger, Bernd 2002: Demokratietheorien. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. München: H.C. Beck, 125-133.

Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen 2007: Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik. In: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin (Hg.), Anarchie der kommunikativen Freiheit. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 406-459.

Hahlweg, Werner 1980: Das Clausewitzbild einst und jetzt. In: Clausewitz, Carl, Vom Kriege, 19. Auflage, Bonn: Dümmler, 1-172.

Hebecker, Eike 2002: Digitale Delegierte? Funktionen und Inszenierungsstrategien virtueller Parteitage. In: Alemann Ulrich/Marschall, Stefan (Hg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Herzog, Dietrich 1989: Konfliktpotentiale und Konsensstrategie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Herzog, Dietrich 1998: Responsivität. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Höcker, Beate 2006: Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich.

Jänicke, Martin/Jörgens, Helge 2000: Umweltplanung im internationalen Vergleich. Strategien der Nachhaltigkeit. Berlin: Springer.

Johnson, Gerry/Scholes, Kevan/Whittington, Richard 2008: Exploring Corporate Strategy. Eighth edition, Harlow: FT Prentice Hall.

Leggewie, Claus/Bieber, Christoph 2008: Webforum. In: Politische Beteiligung. Eine Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Kerstin, Norbert (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 92-103.

Leif, Thomas/ Rohwerder, Jan/Kuleßa, Peter 2008: Editorial. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg.21, Heft 1, 3-7.

Kersting, Norbert 2008: Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Politische Beteiligung. Eine Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Kerstin, Norbert (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-39.

Kuhlen, Rainer 1998: Die Mondlandung des Internet. Die Bundestagswahlen 1998 in den elektronischen Kommunikationsforen. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

Kutz, Martin 1990: Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär. Baden-Baden: Nomos.

Kutz, Martin 2001: Historische Voraussetzungen und theoretische Grundlagen strategischen Denkens. Bremen: Temmen.

Lamnek, Siegfried 2010: Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.

Leyenaar, Monique 2008: Citizen Jury. In: Politische Beteiligung. Eine Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Kerstin, Norbert (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 209-221.

Liddell Hart, Basil Henry 1956: Strategy. Fourth Printing. New York.

Lipsius, Justus 1998: De Constantia. Neumann, Florian (Hg.). Mainz: Dieterich.

Lösch, Bettina 2005: Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Machiavelli, Niccolo 1990: Politische Schriften, herausgegeben von Herfried Münkler, Frankfurt/M.: Fischer.

Martinsen, Renate 2006: Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. 1995: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung, Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (Hg.), Frankfurt/M.: Campus, 39-72.

Mayring, Philipp 2002: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp 2003: Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe/von Kardorff, Ernst/Steinke, Ines 2003. Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck: Rowohlt Verlag, 468-474.

Merkel, Wolfgang 2010: Strategien der Demokratieförderung: Konzept und Kritik. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 151-179.

Mintzberg, Henry 1987: The Strategy Concept I. Five Ps For Strategy. In: California Management Review, Fall (1987), 11-24.

Mintzberg, Henry/Ahlstrand, Bruce/Lampel, Joseph 2009: Strategy Safari. The complete guide through the wilds of strategic management. Harlow: FT Prentice Hall.

Müller-Stewens, Günter/Lechner, Christoph 2005: Strategisches Management. Wie strategische Initiativen zum Wandel führen. 3. Auflage, Stuttgart: Schäfer-Pöschel.

Münkler, Herfried 1985: Staatsraison und politische Klugheitslehre, in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, Band 3, München: Piper, 23-72.

Münkler, Herfried 2003: Clausewitz' Theorie des Krieges. Baden-Baden: Nomos.

Münkler, Herfried 2006: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Münkler, Herfried 2010: Zum Verhältnis von politischer und militärischer Strategie. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 45-73.

Nullmeier, Frank/Saretzki, Thomas 2002: Einleitung. In: Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Nullmeier, Frank/Saretzki, Thomas (Hg.), Frankfurt/M.: Campus, 7-21.

Page, Benjamin 1995: Who deliberates? Mass media and modern democracy. Chicago: The University of Chicago Press.

Pateman, Carole 1970: Participation and Democratic Theory. Cambridge: Cambridge University Press.

Paret, Peter 1986: Clausewitz. In: Paret Peter (ed.), Makers of Modern Strategy. From Machiavelli to the Nuclear Age, Princeton: Princeton University Press, 186-213.

Paret, Peter 1993: Clausewitz und der Staat. Der Mensch, seine Theorien und seine Zeit. Bonn: Dümmler.

Paterson, William E. 2010: Strategy and Politics in the Blair Era. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 301-321.

Perlot, Flooh 2008: Deliberative Demokratie und Internetforen – Nur eine virtuelle Diskussion? Nomos: Baden-Baden.

Pfeifer, Wolfgang 2005: Etymologische Wörterbuch des Deutschen. 8. Auflage. München

Porter, Michael E. 1980: Competitive Strategy. Techniques for analyzing industries and competitors. New York: The Free Press.

Porter, Michael E. 1985: Competitive Advantage. Creating and sustaining superior performance. New York: The Free Press.

Raschke, Joachim 2002: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Nullmeier, Frank/Saretzki, Thomas (Hg.), Frankfurt/M.: Campus, 207-241

Raschke, Joachim 2004: Soziale Bewegungen und Reformpolitik. In: Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Stykow, Petra/Wiesenthal, Helmut (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 241-265.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2010: Ausgangspunkte der Analyse politischer Strategie. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-18.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2010: Positionen einer politischen Strategieberatung. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 351-388.

Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Politik braucht Strategie – Taktik hat sie genug. Ein Kursbuch. Frankfurt/M.: Campus.

Rieck, Christian 2010: Spieltheorie. Eine Einführung. 10. überarbeitete Auflage. Eschborn: Christian Rieck Verlag.

Robertson, David 2004: The Routledge Dictionary of Politics. Third Edition. London, New York.

Saretzki, Thomas 2010: Strategie als Herausforderung für die deliberative Demokratietheorie. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 121-150.

Schaal, Gary S./Heidenreich, Felix 2006: Einführung in die Politischen Theorien der Moderne. Opladen: Budrich.

Scharpf, Fritz W. 1970: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitätsverlag

Scharpf, Fritz W. 1973: Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Scharpf, Fritz W. 1999: Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/M. und New York: Campus Verlag.

Scharpf, Fritz W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske & Budrich.

Schütze, Fritz 1978: Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien. Kurs 3755 der Fernuniversität Hagen. Hagen.

Simon, Herbert A. 1987: Making Management Decisions. The role of Intuition and Emotion. In: Academy of Management Executive, 1, 57-64.

Schmidt, Manfred G. 2008: Demokratietheorie. Eine Einführung. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften.

Schmidt, Manfred G. 2010a: Wörterbuch zur Politik. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Stuttgart.

Schmidt, Manfred G. 2010b: Strategie aus der Perspektive moderner empirischer Demokratietheorie. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 101-120.

Schneider, Helmut 2004: Marken in der Politik. Erscheinungsformen, Relevanz, identitätsorientierte Führung und demokratietheoretische Reflexion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schröder, Peter 2000: Politische Strategien. Baden-Baden: Nomos.

Schubert, Klaus/ Klein, Martina 2006: Das Politiklexikon. 4., aktualisierte Auflage. Ulm.

Schultze, Rainer-Olaf 2002: Partizipation. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. München: H.C. Beck, 635-637.

Schultze, Rainer-Olaf 2009: Demokratie. In: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. München: H.C. Beck, 137.

Schumpeter, Joseph A. 1946: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: Francke.

Schwickert, Dominic 2011: Strategieberatung im Zentrum der Macht. Strategische Planer in deutschen Regierungszentralen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stahel, Albert A. 2004: Klassiker der Strategie – eine Bewertung , 4. Auflage, Zürich: Hochschulverlag.

Steffani, Winfried 1973: Parlamentarische Demokratie. Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation. In: Steffani, Winfried (Hg.), Parlamentarismus ohne Transparenz. Opladen: Westdeutscher Verlag, 17-47.

Steiner, Jürg et al. 2004: Deliberative politics in action. Analysing parliamentary discourse. Cambridge: Cambridge University Press.

Strecker, David/Schaal, Gary S. 2006: Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas. In: Brodocz, André/Schaal Gery S. (Hg.), Politische Theorien der Gegenwart Band 2. Opladen: Leske&Budrich, 99-147.

Surowieki, James 2004: The wisdom of crowds. Why the many are smarter than the few and how collective wisdoms shapes business, economies, societies and nations. London: Little, Brown.

Tils, Ralf 2005: Politische Strategieanalyse. Konzeptionelle Grundlagen und Anwendung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wagener, Martin 2010: Über das Wesen der Strategie, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/2010, 3-13.

Walk, Heike 2007: Partizipation in der sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse der Querschnittsarbeitsgruppe Partizipation. In: Jonuschat, Helga (Hg.): Partizipation und Nachhaltigkeit. München: Oekom, 13-27.

Weber, Max 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen: Mohr.

Weber, Susanne Maria 2008: Real Time Strategic Change (RTSC). Kritik als Motor des Wandels. In: Politische Beteiligung. Eine Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Kerstin, Norbert (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 236-252.

Weithman, Paul 2005: Deliberative Character. In: The Journal of Political Philosophy 13, 263-283.

Wiesendahl, Elmar 2010: Rationalitätsgrenzen politischer Strategie. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 21-44.

Wiesenthal, Helmut 2010: Emergente Strategien im Entstehungsprozess des Sozialstaats. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-97.

Wiesenthal, Helmut 1987: Strategie und Illusion. Rationalitätsgrenzen kollektiver Akteure am Beispiel der Arbeitszeitpolitik 1980-1985. Frankfurt/M.: Campus.

Wiesenthal, Helmut 2006: Gesellschaftsteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wilhelm, Anthony 2000: Democracy in the Digital Age: Challenges to Political Life in Cyberspace. New York: Routledge.

Zohlnhöfer, Reimut 2010: Strategisches Regieren in der Bundesrepublik: Das Beispiel der SPD-Beschäftigungspolitik 1998-2008. In: Strategie in der Politikwissenschaft, Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 323-347.

6.2 Internetquellen

Bandelow, Nils 2005: Stichworte zum Textausschnitt von Fritz W. Scharpf. In:
<http://www.nilsbandelow.de/pdf-sch.pdf> (abgerufen am 20.04.2011)

Betts, Richard K. 2000: Is Strategy an Illusion. In:
<http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/betts%2025.2.pdf> (abgerufen am 14.05.2011)

Crosby, Ned 1976: In search of the competent citizen. A research proposal. In:
<http://www.jefferson-center.org/vertical/Sites/%7BC73573A1-16DF-4030-99A5-8FCCA2F0BFED%7D/uploads/%7B7E47A111-8AB4-4E75-B298-FF289C442F8B%7D.PDF> (abgerufen am 21.05.2011)

Entschließungsantrag 2010: 1337/ A (E), 17.10.2010. In:
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01337/imfname_199398.pdf
 (abgerufen am 21.05.2011)

Entschließungsantrag 2011: 1492/A (E), 30.03.2011. In:
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01492/fname_211176.pdf
 (abgerufen am 21.05.2011)

Fishkin, James S. 2011: Deliberative Polling. In:
<http://cdd.stanford.edu/polls/docs/summary/> (abgerufen am 02.05.2011)

Forschungsdiallog 2008: Österreichischer Forschungsdiallog –
 Ergebnisdokumentation. In:
http://bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/forschung/forschungsdiallog/OESTERR_FORSCHUNGSDIALOG_Ergebnisdokumentation_0808bmwf.pdf (abgerufen am 14.05.2011)

Forschungsrat 2008: Forschungsrat wird österreichische Forschungsstrategie
 2020 erarbeiten.
 In:http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080617_OTS0207/forschungsrat-wird-oesterreichische-forschungsstrategie-2020-erarbeiten (abgerufen am 21.05.2011)

FTI-Strategie 2011: Der Weg zum Innovation Leader. Potenziale ausschöpfen, Dynamik steigern, Zukunft schaffen. In:
http://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/innovation/forschungspolitik/downloads/fti_strategie.pdf (abgerufen am 21.05.2011)

Gadner, Johannes/Leo, Hannes 2010: Community-based innovation als Ausweg aus konventionellen Sackgassen. In:
<http://www.zukunftwissen.apa.at/cms/zukunft-wissen/zukunft-wissen-superspecial.pdf;jsessionid=63CEE480308E1CDFAD377056D192741F.cms1?level=0&meldung=CMS1287483403058&id=CMS1256303335465>
(abgerufen am 21.05.2011)

Gartlehner, Kurt 2011: Biografie. In:
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00357/index.shtml#tab-Ueberblick
(abgerufen am 22.05.2011)

Gohl, Christopher 2010: Organisierte Dialoge als Strategie. In:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4A28E043-71021228/bst/xcms_bst_dms_32258_32259_2.pdf (abgerufen am 21.05.2011)

Habermas, Jürgen 2011: Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus. 07.04.2011. In: <http://www.sueddeutsche.de/politik/europapolitik-merkels-von-demoskopie-geleiteter-opportunismus-1.1082536>
(abgerufen am 21.05.2011)

Lichtenecker, Ruperta 2011: Biografie. In:
http://www.parlinkom.gv.at/WWER/PAD_18447/index.shtml
(abgerufen am 21.05.2011)

Nanz, Patrizia et al. 2011: Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung. In: Politik leben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, 6-49. In: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-711AAB54-71635336/bst/xcms_bst_dms_31298_31299_2.pdf (abgerufen am 21.05.2011)

Planungszelle 2011: In: <http://www.partizipation.at/planungszelle.html> (abgerufen am 21.05.2011)

Rat für Forschung und Technologieentwicklung 2011: In: <http://www.rat-fte.at/ueber-uns.html> (abgerufen am 21.05.2011)

Römmele, Andrea/Schober, Henrik 2010: Das Konzept der „politikbezogenen Gesellschaftsberatung“. In:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0B5E57FF-7E1E3F69/bst/xcms_bst_dms_32853_32854_2.pdf (abgerufen am 21.05.2011)

Anhang

Interviewleitfaden

Themenkomplex Begriffsverständnis und Prozess

1. Der Begriff „Strategie“, als auch der Begriff „Demokratie“ folgt keinem einheitlichen Verständnis. Was verstehen Sie unter den Termini „politische Strategie“ bzw. „Demokratie“?

2. Der Begriff „Strategie“ und „strategisches Denken“ hat sich insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich etabliert. Sind Sie der Meinung, dass Politik ein „Mehr“ an „strategischen Überlegungen“ benötigt?

3. Bitte skizzieren Sie den Verlauf des Strategieprojekts „FTI- Strategie“, beginnend vom Projektstart bis zur Veröffentlichung des Strategiepapiers?

Welche Rolle hatten Sie, der FIT Ausschuss bzw. das Parlament?

Themenkomplex Ansprüche, Erwartungen, Bedingungen und Formen

4. Bei meiner Arbeit gehe ich der Frage nach, ob Strategien mit demokratischen Anforderungen vereinbar sind, welche demokratischen Ansprüche bzw. Erwartungen gab es bei der FTI- Strategie?

5. Was sind Ihrer Meinung nach wesentliche Voraussetzungen für eine „demokratische“ Strategiebildung?
Wie könnte eine Demokratisierung aussehen?

6. In welchen Bereichen (inhaltlich) und Phasen (prozessbezogen) der Strategiebildung war/ist bei der FTI- Strategie Ihrer Meinung nach eine Demokratisierung möglich und sinnvoll?

7. Wo sehen Sie wesentliche Vorteile und/oder Nachteile (Risiken/Gefahren) einer Demokratisierung von politischer Strategie im Allgemeinen und der FTI- Strategie der Bundesregierung im Besonderen?

Transkription der Interviews

Interview mit Dr. Johannes Gadner vom 09.05.2011

„F“ steht für Forscher

„JG“ steht für Johannes Gadner

1 F: Ich sehe mir das Phänomen Strategie an in Bezug auf die Demokratieverträglichkeit und ob der
2 Begriff Strategie, insbesondere in der Politik mit demokratischen Ansprüchen verträglich ist. In der
3 ersten Frage möchte ich wissen, was Sie bzw. der Rat unter dem Begriff Strategie und Politik,
4 beziehungsweise Demokratie verstehen?

5

6 JG: Der Begriff Politik so wie er meines Erachtens vom Rat verwendet wird ist ein relativ pragmatischer.
7 Wir sind ein Beratungsorgan der österreichischen Bundesregierung und insofern würde ich meinen
8 versteht der Rat halt unter Politik primär einmal die Bundesregierung beziehungsweise wie mit, weil wir
9 ja auch mit Forschung und Innovationspolitik fokussieren, also die mit Forschungs- und
10 Innovationspolitik betrauten Ministerien, das sind sozusagen unsere primären Ansprechpartner, das ist
11 auch gesetzlich fixiert, das wir sozusagen für diesen Bereich, Politikberatungsleistungen abgeben sollen
12 und ebenfalls im Gesetzestext steht drinnen, dass wir natürlich auch auf Wunsch anderer Ministerien
13 aber auch andere politische Ebenen adressieren können und beraten können. Das sind allen voran die
14 Landesregierungen, wo es auch seit einem Jahr stärkere Kooperationen gibt und auch gemeinsame
15 Projekte. Das ist sozusagen der Politikbegriff der jetzt wahrscheinlich relativ eng gefasst ist, aber das ist
16 sozusagen ein pragmatischer Ansatz, der sich einfach aufgrund der Gesetzeslage und unseres Auftrages
17 ergibt, ja. Die Definition von Strategie, die wir ohne das sie irgendwo festgelegt oder definiert zu haben
18 verwenden ist glaub ich eine sehr weit gefasste – das man einfach sagt, Strategie ist eben, das ist die
19 Möglichkeit einen bestimmten Weg zu beschreiten um ein vorgegebenes Ziel zu erreichen. Die Frage die
20 sich stellt ist, wie kommt man zu diesen Zielen, welche Wegkreuzung soll man gehen, welche
21 Maßnahme soll man eben setzen, und das ist, würde ich meinen, ein sehr, sehr weit gefasster und
22 ebenfalls pragmatischer Strategiebegriff. Und was man vielleicht auch dazusagen muss, wir können ja,
23 das ist gesetzlich so vorgegeben, nichts anderes als Empfehlungen abgeben. Ja, also als Rat empfehlen
24 wir der Regierung oder auch mit der Strategie 2020, die wir 2009 in Alpbach vorgestellt haben, da
25 empfehlen wir bestimmte Maßnahmenpakete und und schlagen sozusagen vor das man diese
26 Maßnahmen umsetzen sollte um eben ein bestimmtes Ziel, in unserem Fall halt in der Forschungs- und
27 Innovationslandschaft weltweit an die Spitze zu kommen, dass man dieses Ziel erreichen kann.

28

29 F: Ist eigentlich auch sehr pragmatisch.

30

31 JG: Genau, ja, genau. Und ich mein es ist gesetzlich ebenfalls definiert das der Rat sich mit mittel- bis
32 langfristigen Strategien beschäftigen soll. Und soweit ich weiß, steht im Gesetz auch nichts konkreteres
33 über den Terminus Strategie drinnen. Der ist auch nicht in irgendeiner Form definiert dort. Aber der Rat
34 sieht es als seine Aufgabe, und das hat er schon von Anfang an gemacht, eben Strategien zu skizzieren
35 und zu entwickeln. Ich bilde mir ein die erste war bereits kurz, ein oder zwei Jahre nach der Gründung,
36 2000 wurde der Rat ja ins Leben gerufen, durch die damalige Bundesregierung unter Schüssel und da
37 gab es eben diese Vision von 2005+, das war das erste Strategiepapier, noch relativ kurz und knapp
38 gefasst damals, dann ist der nationale Forschungs- und Innovationsplan präsentiert worden, das war
39 aufbauend auf dieser Strategie, also auf dieser Vision 2005+, die wirklich nur sehr rudimentär war. Und
40 auf diesem nationalen Forschungs- und Innovationsplan aufbauend ist dann eigentlich die Strategie

Anhang

- 41 2010 erarbeitet worden. Das war also sozusagen das erste große Strategiedokument, das der Rat
42 publiziert hat, das war 2005. Und nachdem der Zeithorizont damals bis 2010 eben angesetzt war, hat
43 man sich Ende 2008, Anfang 2009 damit beschäftigt wie geht's denn nach dem Erreichen dieses
44 Strategiehorizonts 2010 weiter.
- 45
- 46 F: Und der Begriff Demokratie, ist der bei euch im Gespräch?
- 47
- 48 JG: Naja
- 49
- 50 F: Wie würden Sie das sehen?
- 51
- 52 JG: Im Normalgebrauch ist er eher weniger präsent. Wir haben mit der Strategie 2020 durchaus eine
53 Öffnung unserer normalen Vorgangsweise gewählt. Normalerweise ist ein Strategiepapier ausgearbeitet
54 worden, bestenfalls unter Einbeziehung von Experten, da hat man Arbeitsgruppen gebildet und
55 Themenbereiche diskutiert. Möglicherweise auf Studien basierend, irgendwelche internationale
56 Vergleiche zugezogen, aber letzten Endes war das eine auf Expertenbasis stattfindende Geschichte, und
57 diese Ausgrenzung sozusagen, diese Eingrenzung, je nachdem wie man das sieht, die hat der Rat dann
58 2009 verlassen, dadurch dass er eben gesagt hat man möchte den Diskussionsprozess der Strategie 2020
59 wirklich aufmachen, breit machen, die Community miteinbeziehen, und wir haben einfach das Papier,
60 das wir bis dahin erarbeitet haben wirklich ins Netz gestellt und den ganzen Prozess aufgemacht.
- 61 F: Ja, das ist dann noch einer der Hauptfragen die dann noch kommen.
- 62
- 63 JG: Ok.
- 64
- 65 F: Vielleicht können wir vorher noch die Frage diskutieren, weil ihr euch ja auch als strategisches Forum
66 seht – ursprünglich kommt der Begriff Strategie aus dem militärischen und ökonomischen Bereich.
- 67
- 68 JG: Ursprünglich kommt er aus dem alten Griechenland. Der Strategie war der Heerführer.
- 69
- 70 F: Ja. In der Antike hat es zum Teil mehr Anknüpfungspunkte gegeben, als dann im 18., 19., 20-
71 Jahrhundert. Schön langsam, kommt der Begriff auch immer öfters in der Politik vor. Glauben Sie das
72 strategische Denken schon immer sehr ausgeprägt war, in der Politik, oder ist es im historischen
73 Verlauf immer mehr oder auch weniger geworden?
- 74
- 75 JG: Also, wichtig ist, ich hab mich da jetzt nicht auf wissenschaftlicher Basis damit auseinandergesetzt.
76 Und ich würde das jetzt auch unter diesem Vorzeichen auch werten was ich jetzt sage. Also, ich glaube
77 dass jede Politik immer eine bestimmte Strategie verfolgt um ein Ziel zu erreichen. Ja, also ich glaub
78 nicht, dass das früher anders war als heute. Es gab vielleicht unterschiedliche Ziele, unterschiedliche
79 Herangehensweisen, aber ich denke mir, letzten Endes würde ich das als Strategie definieren was dazu
80 auserkoren wurde, warum auch immer ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Und insofern, glaub ich jetzt
81 nicht, dass sich das grundlegend verändert hat, dass wir heute mehr strategisch vorgehen als früher.

82

83 F: Wieso gibt es dann den Rat erst seit 2000?

84

85 JG: Naja, also, das ist natürlich ein Phänomen das man beobachten kann, dass es solche Gremien, das
86 die zunehmend öfters etabliert werden und gegründet werden, wobei, das müsste man sich
87 wahrscheinlich auch mal ansehen – ich glaube im amerikanischen Raum gab es diese councils schon
88 länger als bei uns. Bei uns ist das wahrscheinlich erst in den letzten Jahren sehr stark zum Tragen
89 gekommen – mit dem Bioethikrat, es gibt den Wissenschaftsrat, wahrscheinlich gibt es irgendwelche
90 anderen Räte auch noch die die Politik beraten. Ich denke mir, dass sich einfach die Lebenswelt, in der
91 wir uns heute bewegen grundsätzlich verändert hat, insofern als das sie komplexer geworden ist,
92 unübersichtlicher, es gibt viel mehr unterschiedliche Bereiche und Themen in denen man sich als
93 Politiker nicht so tief einlassen kann, weshalb man auf das Wissen sogenannter Experten setzt, und die
94 sind eben dazu da, um der Politik zu empfehlen was man machen sollt oder könnte.

95

96

97 F: Strategie wird ja auch des öfteren als die Kunst des Möglichen bezeichnet.

98

99 JG: Ja, Ja.

100

101 F: Weil sie meistens Möglichkeiten aufzeigt, die man verfolgen kann.

102

103 JG: Genau.

104

105 JG: Das ist genau der Punkt, das man letzten endes, ja auch als Strategieberater nichts anderes tun kann
106 als Möglichkeiten aufzuzeigen und die Politik ist dann natürlich gefordert entsprechende
107 Entscheidungen zu treffen. Die können sagen, ok, wir folgen eurem Vorschlag und machen das genau so,
108 oder sie könnens aber auch ganz anders machen, also die Entscheidung liegt dann letzten endes noch
109 immer dort. Aber, ich glaube eben dass wirklich die Veränderung unserer heutigen Lebenswelt
110 ausschlaggebend ist, dass wir mehr strategische Beratungsorgane haben. Das ist wahrscheinlich, was
111 Habermas schon vor 20, 30 Jahren mit der neuen Unübersichtlichkeit versucht hat zu fassen. Das die
112 Entscheidungsträger auch immer vor stärkeren Herausforderungen stellt.

113

114 F: Wenn man jetzt von den Begriffen und Überlegungen etwas weggehen, das Stragieprojekt FTI 2020
115 wurde ja glaub ich im Jahr 2007 initiiert. Ist das richtig?

116

117 JG: Also, wenn sie die Strategie 2020 des Rates meinen, dann ja. Die FTI Strategie der Bundesregierung,
118 die ist erst später...

119

120 F: Die muss man unterscheiden. Da hab ich noch nicht wirklich durchgeblickt.

121

JG: Also, die Strategie 2020 des Rates, ist eben eine Empfehlung des Rates an die österreichische Bundesregierung. Die haben wir im Rat begonnen zu skizzieren im Laufe des Jahres 2007, da haben wir uns das erste Mal auf einer Klausur Gedanken gemacht, was tut man denn, wenn 2010 da ist und die Strategie 2010, die wir ja 2005 verabschiedet haben, wenn die mit ihrem Zeithorizont zum Ende gelangt. Das heißt wir haben uns 2007 angefangen zu überlegen was wir tun können. Dann haben wir zu Beginn 2008 einmal geschaut mit den Ressorts gemeinsam, welche Empfehlungen der Strategie 2010 wurden umgesetzt, ich glaub da gab's 56 Empfehlungen, und wir haben mit den entsprechenden Ministerien, die für die Umsetzung zuständig waren, beziehungsweise, die Ansprechpartner waren, mit denen haben wir uns bilateral angeschaut wie viele Empfehlungen wurden tatsächlich umgesetzt und sind dann letzten endes zu dem Entschluss gekommen, ich schätz einmal 2/3 in Umsetzung befindlich waren oder umgesetzt wurden. Der Rechnungshof hat das zwei Jahre später auch noch mal auf einer etwas systematischeren Ebene geprüft und ist zu einem relativ Ähnlichem Ergebnis gekommen – also der hat glaub ich überhaupt 40% der Empfehlungen als tatsächlich umgesetzt definiert und der Rest war so irgendwie am Laufen. Und wenn mich nicht alles täuscht hatten wir, 4 oder 5 Empfehlungen die nicht einmal angegriffen wurden, das lag aber daran, dass das Themenbereiche waren, die außerhalb der Ministerien liegen, die normalerweise mit dem Rat zusammenarbeiten, beziehungsweise müsste man eigentlich sagen die nicht stimmberechtigt Ratsmitglieder sind. Weil der Rat, das muss ich vielleicht als kurzen Exkurs hier einschieben, der Rat besteht ja aus zwei Organen, einmal der Ratsversammlung und der Geschäftsführung, die Ratsversammlung wird aus 8 Personen zusammengesetzt, wo jeweils vier vom BMVIT und vier vom BMWF nominiert werden und dann gibt es, das ist auch gesetzlich vorgeschrieben zusätzlich vier nicht stimmberechtigte Ratsmitglieder, das sind eigentlich die Minister, also Finanzminister bzw. Ministerin, dann gibt es vom BMVIT, in diesem Fall die Doris Bures, die Wissenschaftsministerin, jetzt ist es ein Wissenschaftsminister und Wirtschaftsminister, also diese vier sind laut Gesetz nicht stimmberechtigte Ratsmitglieder. Die sitzen meistens nicht selbst drinnen, sondern es werden meistens Sektionschefs bzw. Kabinettsmitarbeiter in die Ratssitzungen geschickt. Ich weiß gar nicht wie ich da jetzt darauf gekommen, aber ich habe den Eindruck das muss ich Ihnen noch auf den Weg mitgeben. Ja, wo waren wir eigentlich?

F: Beim Unterschied der Strategie, die vom Rat ausgeht und der Strategie von der Bundesregierung.

JG: Genau. Also der Punkt war eben der, dass wir dann diese Strategie 2020 erarbeitet haben, es war mehr oder weniger parallel mit dem Forschungsdialog, der 2007 in Alpbach von Minister Hahn initiiert wurde und der Systemevaluierung, die eben auch 2007 in Alpbach, damals noch vom Minister Faymann gestartet wurde. Diese Prozesse sind eigentlich parallel gelaufen. Sie waren informell abgestimmt, aber es waren autarke Prozesse. Und, der Forschungsdialog war als erstes beendet. Es gab einen Dokumentationsband als Resultat, worin Materialien gesammelt waren. Die Systemevaluierung ist dann knapp vor Fertigstellung der Strategie 2020 auch zu einem Endpunkt gekommen. Sie hat viele Empfehlungen an die Politik enthalten, die wir dann noch, weil wir ein bißchen später dran waren, durchaus noch für die Strategie 2020 verwenden haben können und wir sind bis Alpbach 2009 fertig geworden mit unserem Strategieprojekt und haben das damals an die Bundesregierung übergeben. Stellvertretend waren Doris Bures und Gio Hahn die beiden Minister die das in Empfang genommen haben. Beide Minister haben in Alpbach angekündigt es wird nun eine Strategie der Bundesregierung geben für Forschung, Technologie und Innovation, die auf den drei bisher großen Dokumenten aufbauen soll. Auf den Forschungsdialog, auf der Systemevaluierung und auf der Strategie des Rates. Und dann gab es Anfang September 2009 einen Ministerrat, dort wurde beschlossen, dass auf dieser Basis, diese drei Eckpunkten, eben ein Strategieprozess initiiert wird, der bis nächstes Jahr Alpbach eine wirklich offizielle und verbindliche Forschungs-, Innovations- und Technologiestrategie der Bundesregierung zum Ergebnis haben soll. Und dieses Ding ist letzten endes das Resultat dieser Bemühungen, ja, insofern, das ist die Strategie der Bundesregierung und das andere Ding, das haben sie offensichtlich noch nicht, das muss ich Ihnen dann noch mitgeben, ist eben die Strategie 2020 des Rates. Die Ratsstrategie ist ein Eckpfeiler der FTI Strategie der Bundesregierung.

- 174 F: Die Strategie wurde eben Anfang März öffentlich gemacht, am 28. 4. hat es im Parlament eine
175 Debatte gegeben.
- 176
- 177 JG: Es gab einen Ausschuss, für Forschung, Innovation und Technologie, FIT-Ausschuss, der hat getagt
178 und im Rahmen der aktuellen Aussprache wurden die beiden Ratsvorsitzenden eingeladen und es wurde
179 auch die FTI Strategie im Zuge eines Antrags, ich glaube von Grünwald und Van der Bellen, behandelt.
- 180
- 181 F: Dort wurde ein Entschließungsantrag gestellt.
- 182
- 183 JG: Ja.
- 184
- 185 F: Das heißt, dass der Nationalrat der Bundesregierung die Strategie empfohlen hat?
- 186
- 187 JG: Sie umzusetzen.
- 188
- 189 F: Wie verbindlich ist die Strategie?
- 190
- 191 JG: Die Verbindlichkeit der FTI Strategie ist meines Erachtens schon einen Schritt weiter, weil eben, das
192 ganze
- 193 im Ministerrat beschlossen wurde, also der Ministerrat hat festgelegt das die Strategie zu erarbeiten ist,
194 er hat einen Fahrplan skizziert, nachdem das Ganze erarbeitet werden sollte und er hat letzten endes am
195 8. März dieses Jahres dann auch das vorliegende Dokument, so wie es ist, beschlossen und sich natürlich
196 auch zum Ziel gesetzt die darin enthaltenen Maßnahmen umzusetzen. Das ist meines Erachtens das
197 Verbindlichste was es geben kann, das man im Ministerrat beschließt ein gemeinsames Projekt, in der
198 Form wie es skizziert wurde, oder gedruckt ist, umsetzen möchte. Ich meine, ob das im Einzelnen
199 wirklich so passiert, hängt dann von mehreren Rahmenbedingungen ab. Aber, ich denke in der ganzen
200 Geschichte, die ich so überblicken kann, der Republik nach 1945, gab es noch kein derartiges
201 verbindliches Strategiedokument in der gesamten Forschungs- und Innovationspolitik. Also es gab
202 diverse Anläufe in den 80er und in den 90er wurde ein Grün- oder Weißbuch, oder beides erarbeitet,
203 unter diversen Forschungs- und Wissenschaftsminister, aber das hat nie wirklich einen offiziellen
204 Charakter bekommen, also es ist offensichtlich nur bis zum Fertigwerden gekommen, aber es ist dann
205 nie aus der Schublade herausgenommen worden. Insofern ist das schon, aus meiner Sicht sehr
206 bedeutender Schritt und durchaus zu begrüßen.
- 207
- 208 F: Um auf die demokratische Perspektive zurückzukommen, gab es oder sehen Sie demokratische
209 Ansprüche die zu Beginn des Strategieprozesses gestellt wurden?
- 210
- 211 JG: Naja, der Fahrplan zur Erarbeitung der FTI-Strategie der Bundesregierung, der hat von Anfang an
212 vorgesehen das man einerseits auch einen Stakeholderprozess durchführt, das heißt, Stakeholder
213 sollten in die Arbeit des Strategiedokuments miteinbezogen werden, das waren jetzt natürlich primär
214 Forschungsinstitutionen, Förderinstitutionen, also Organisationen die sozusagen im FTI System eine

215 tragende Rolle spielen. Deren Repräsentanten wurden eingeladen um, die ersten Entwürfe des
216 Strategiepapiers zu kommentieren, das war der eine Punkt. Man hat auch kurzfristig überlegt ob man
217 nicht noch eine weitere Öffnung durchführen sollte, sowie eben zur Erstellung der Strategie 2020 der
218 Rat das gemacht hat. Aber davon ist man dann abgekommen, weil man einerseits gemeint wurde, es
219 wäre eh schon durch die Miteinbeziehung der Stakeholder sehr viel Öffnung passiert. Auf der anderen
220 Seite war ja vorgesehen, und das ist eben von Anfang an ganz explizit im Prozessplan beinhaltet
221 gewesen, dass man mit dem fertigen Dokument dann noch einmal ins Parlament geht - eine
222 parlamentarische Enquete sollte stattfinden, wo dann noch einmal der fertige Entwurf von den
223 Volksvertretern diskutiert und kommentiert werden hätte sollen. Das hat letzten endes dann leider nicht
224 stattgefunden, die genauen Hintergründe dazu kann ich aber auch nicht sagen, das weiß ich nicht. Die
225 Klubdirektoren haben sich mehrfach mit dieser Überlegung beschäftigt, haben das diskutiert, aber aus
226 welchen Gründen immer hat man dann davon abgesehen eine parlamentarische Enquete zu
227 organisieren. Aber ursprünglich war das eigentlich vorgesehen. Ja, ursprünglich hätte das sozusagen, als
228 demokratischer Abschluss stattfinden sollen, wo die Volksvertreter eben das Expertenpapier nochmals
229 kommentieren hätten können.

230

231 F: Als demokratischer Abschluss? Gab es nicht die Möglichkeit das Parlament so wie die anderen
232 Stakeholder von Beginn an mit einzubeziehen?

233

234 JG: Ja, selbstverständlich, das hätte man machen können. Warum der Plan so zu Stande gekommen ist
235 und nicht anders, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin in das Projekt eingestiegen, mit Anfang
236 Oktober 2009, da gab es den Plan und wer den erstellt und wie genau das zu Stande gekommen ist,
237 kann ich nicht sagen. Aber die Argumentation war auch die, das die drei Hauptdokumente, die die
238 Grundlage für die FTI Strategie der Bundesregierung bilden sollten – Forschungsdialog,
239 Systemevaluierung und Strategie 2020 des Rates, die waren ja alle auf partizipativen Prozessen
240 aufbauend, also Forschungsdialog hat irgendwelche Stakeholdergeschichten beinhaltet, die
241 Systemevaluierung hat primär mit Experten- und Stakeholderinterviews gearbeitet und Know-how von
242 allen möglichen Leuten miteinbezogen. Wir haben eben im Rat diesen ganz offenen Prozess gemacht,
243 der der Community die Möglichkeit gegeben hat alles reinzuschreiben was gewünscht war.

244

245 F: Wenn Sie sagen, das zum Beispiel beim Forschungsdialog Experten, Stakeholder und die interessierte
246 Öffentlichkeit miteinbezogen wurde, welche Voraussetzungen sehen sie bezüglich möglicher
247 partizipierender Bürger um mitzumachen?

248

249 JG: Dass das Thema nicht der wahnsinnige Renner ist, das brauche ich jetzt glaube ich nicht weiter
250 auszuführen. Dass die Möglichkeit, an so einem Diskurs teilzunehmen, per se schon spezifische
251 Charakteristika aufweist, das liegt leider auf der Hand. Auch wenn wir das aufgemacht haben – dass
252 Jede und Jeder teilnehmen hätte können, das ist natürlich nicht gemacht worden. Erstens haben wir
253 nicht die Reichweite gehabt. Es stand vielleicht im Standard und in der Presse und vielleicht noch in den
254 Salzburger Nachrichten gabs einen Artikel und auch online gab es dann Weblinks wo wir gesehen haben,
255 also von standard.at sind x Leute zu der Homepage des Prozesses, also www.forschungsstrategie.at
256 rübergekommen. Das haben wir nachvollziehen können, aber einen größeren Kreis haben wir damit
257 offensichtlich nicht erreichen können und jetzt sozusagen den kleinen Mann oder die kleine Frau von
258 der Straße, ja diese Vorstellung...

259

260 F: ist utopisch.

261

262 JG: Ja, meines Erachtens ist das utopisch, ja. Und auch wenn man sich anschaut woher die Kommentare
 263 gekommen sind, die meisten Leute haben sich mit ihrem wirklichen Namen registriert. Viele haben sich
 264 eben zum Beispiel als Johannes Gadner angemeldet, da kann man jetzt sehen wer dabei war, wer
 265 kommentiert hat und ich mein es waren wirkliche Leute aus der Community, und die Community hat da
 266 die Gelegenheit gesehen sich zu beteiligen, das heißt es waren Leute aus Unis, aus
 267 Forschungseinrichtungen, aus Förderorganisationen auch aus Ministerien, die hier partizipiert haben, es
 268 war ein offener partizipativer Prozess aber es war jetzt sicher nicht so, dass wir da irgendwie die
 269 gesamte österreichische wahlberechtigte Bevölkerung ansprechen und einbeziehen konnten.

270

271 F: Die ja repräsentativ im Parlament vorhanden ist.

272

273 JG: Ja, ja, richtig. Insofern war auch, das hab ich vorher ja gemeint, dass der demokratische Abschluss, so
 274 hab ich das glaube ich bezeichnet, des Entwicklungsprozesses hätte eben im Parlament stattfinden
 275 sollen, wo eben der Entwurf von den Volksvertretern noch einmal diskutiert werden hätte können und
 276 natürlich hätte man dann dort das eine oder andere Thema aufgegriffen, ja. Also, das war im
 277 Prozessplan vorgesehen. Nachdem das nicht stattgefunden hat, konnte man auch von dort nichts mehr
 278 einarbeiten. Aber, die Grenze für solch partizipative Prozesse die ist einfach da und ich weiß nicht, wo
 279 man die ziehen kann. Ich will jetzt auch nicht irgendwie unqualifiziert die Kronenzeitungsleser
 280 „abschasseln“ und sagen die Standardleser diskutieren mit und die Kroneleser diskutieren nicht mit weil
 281 sie uninteressiert sind, oder was auch immer. Aber es gibt offensichtlich irgendeine Grenze für solche
 282 Verfahren weil es Leute gibt die sich daran beteiligen und ein Interesse haben, sich auch die Zeit
 283 nehmen, es ist ja furchtbar mühsam sich da zu registrieren, sich etwas zu überlegen, einzulesen und ein
 284 Kommentar abzugeben, also da muss man sich schon ein bisschen damit beschäftigen. Aber da ist eine
 285 Grenze da und ich denke die wird man wahrscheinlich auch nicht sehr leicht auflösen können.

286

287 F: Was waren die Motive für die Öffnung?

288

289 JG: Also das war so, dass wir Ende 2008 in einer Ratssitzung ziemlich klar festgestellt haben das seitens
 290 der Ressorts die Bereitschaft gemeinsam an einer Strategie zu arbeiten Enden wollend war. Und letzten
 291 endes muss man sagen, war es wohl so, dass eigentlich, ja, man hat gesagt der Rat soll sich mit seiner
 292 Strategie selber beschäftigen und soll das alleine machen und wir hatten eigentlich Arbeitsgruppen vor
 293 mit den Ministerien und Experten um einzelne Themenbereiche auszuarbeiten. Den Prozess mit
 294 Arbeitsgruppen, den konnten wir uns, gelinde gesagt, abschnicken, weil das einfach nicht erwünscht
 295 war und dann haben wir gegen Ende des Jahres herumüberlegt, was können wir jetzt tun. Und es kam
 296 die Idee auf, na gut, wenn wir unsere ursprüngliche Prozessstruktur nicht durchhalten können, weil es
 297 zu viele Widerstände gibt, dann probieren wir doch mal etwas ganz Neues aus und dann haben wir uns
 298 mit neuern Ansätzen beschäftigt, geschaut was es da alles gibt und haben gemeinsam dann eben mit
 299 dem Hannes Leo, der einen Beraterauftrag gehabt hat, eine Strategieprozessbegleitungsauftrag, mit
 300 dem haben wir dann ein Projekt skizziert wie man webbasiert eine Diskussion starten kann die eben
 301 einen physischen Raum wie diesen hier transzendieren kann und auch die neuen Möglichkeiten des
 302 Web 2.0 zu Hilfe nehmen kann und dann haben wir einen Projektplan skizziert, haben überlegt wie man
 303 das Ganze ausgestalten kann, es gab ja auch keine Instrumente, zumindest nicht wo wir gewusst haben,
 304 dass das einsatzbereit ist und als tool verfügbar ist um eine Diskussion und einen
 305 Kommentierungsprozess zu strukturieren. Da haben wir uns etwas komplett Neues überlegt und
 306 gemeinsam erarbeitet. Der Rat hat die Erstellung des Onlinetools begleitet und es war durchaus eine
 307 aufregende Zeit, weil wir einen ziemlichen Zeitdruck gehabt haben, wir wussten nicht ob das System
 308 funktioniert, ob es nicht plötzlich abstürzt wenn etliche Leute gemeinsam darauf zugreifen und dann
 309 arbeiten, kommentieren voten etc.

310

311 F: Wieso wurde gerade eine Webforen Lösung genommen?

312

313 JG: Naja, man hat schon überlegt, dass man einen Entwurf streut via e-mail, dass man eine Art
314 Stellungnahmeverfahren macht wie das im klassischen Sinne schon seit Zeiten praktiziert wird. Also das
315 haben wir natürlich schon überlegt, wenn es nicht mit den Arbeitsgruppen geht, dann zum Beispiel auf
316 diesen Weg, man hat überlegt ob man das auch nur mit Expertenorganisationen wie dem Wifo oder IHS
317 gemeinsam macht. Das war einfach, wie soll ich sagen, die Idee etwas komplett Neues zu probieren, es
318 war dann offenbar auch der Ratsversammlung ein Anliegen hier einmal etwas innovatives
319 auszuprobieren und ich glaub für den Rat für Forschung und Technologieentwicklung steht es ja
320 durchaus auch an sich mit innovativen Ansatz einmal selbst zu spielen und insofern hat das alles ganz
321 gut zusammengepasst. Dann waren natürlich auch die bereits existierenden Web 2.0 –foren und
322 Netzwerke und was es da schon alles gegeben hat, es war damals glaub ich schon ein ganz großes Ding
323 und war auch publik und in den Medien nachlesbar, dann hatte man sich gedacht in diese Richtung
324 könnte man doch etwas auf die Beine stellen.

325

326 F: Was waren die wesentlichen Outputs und Resultate?

327

328 JG: Ich würde meinen, ganz wesentlich war das wir durch diesen Zugang und durch die Öffnung des
329 Prozesses eine wahnsinnige Dynamik erzeugt haben. Es war wirklich so das wir, ich hab jetzt die Zahlen
330 nicht hundertprozentig im Kopf, ich glaube wir hatten 50.000 Zugriffe, das zeigt schon einmal, eine
331 Verweildauer, von durchschnittlich 16 Minuten, also das ist durchaus beachtlich, das heißt die Leute
332 haben sich mehr als eine Viertelstunde auf dieser Seite aufgehalten und 50.000 Zugriffe innerhalb
333 weniger Wochen ist auch recht erstaunlich. Wir waren ja nur vier, fünf Wochen online. Die Dynamik die
334 wir erzeugen konnten, die war gewaltig. Mit diesem Momentum hat der Rat, glaube ich, plötzlich die
335 Diskussion maßgeblich beeinflussen können aber auch, sozusagen den Steuerhebel an sich reißen
336 können und es gab dann doch mehr Bereitschaft der Ressorts sich doch noch mal auszutauschen und wir
337 haben dann auch im Anschluss an den Diskussionsprozess und die Einarbeitung von den Inputs die
338 gekommen sind, tatsächlich noch einmal mit allen Nicht-stimmberechtigten Ratsmitgliedern, also den
339 Ressortvertretern eben bilaterale Gespräche gehabt wo wir eben das ganze Dokument noch mal
340 durchdiskutiert haben. Also das war plötzlich machbar. Und ich glaube das ist nur dadurch zu Stande
341 gekommen, weil wir eine Aufmerksamkeit bekommen haben und eine Dynamik in diese ganze
342 Geschichte reingekommen ist, wie es wir selbst nicht für möglich gehalten haben. Wir haben
343 ursprünglich damit gerechnet, dass wir wenn es ganz, ganz, ganz gut geht vielleicht Hundert User haben
344 die mitdiskutieren und sich aktive beteiligen und am Schluss waren es dann glaube ich über 400. Wir
345 haben Stellungnahmen gehabt von allen möglichen Organisationen, also die ganzen großen
346 Forschungsförderungsorganisationen haben mitgemacht, es haben sich die Unis beteiligt, die ganzen
347 Präsidenten haben irgendwelche VIPs Statements abgegeben. Es gab so einen kleinen VIP-Blog, auf der
348 Startseite hat das rotierend mit Foto und so... und da waren dann nicht nur die vier Minister oben,
349 sondern an die 30 VIPs, Präsidenten, Geschäftsführer usw... und damit haben wir über

350

351 F: Wo wurde für den Forschungsdialog Werbung gemacht?

352

353 JG: Bevor ich die Frage beantworte muss ich jetzt nochmals die Begrifflichkeit, also, weil der
354 Forschungsdialog ist das, was das Wissenschaftsministerium gemacht hat. Wir haben unseres nicht als
355 Forschungsdialog bezeichnet. Eigentlich haben wir gesagt es ist ein Diskussionsprozess. Im Wesentlichen
356 haben wir einen Forschungsdialog durchgeführt, aber der Terminus Forschungsdialog ist besetzt von
357 dem Prozess, den Minister Hahn 2007 in Alpbach gestartet hat und insofern würde ich ihn in diesem
358 Kontext nicht verwenden.

359

360 F: Gut das sie mir das sagen, damit ich das differenzieren kann.

361

362 JG: Aber Werbung gemacht haben wir primär über unseren Verteiler, das sind ein paar Tausend
 363 Adressen und wir haben uns erlaubt alle vorhandenen Kontakte anzuschreiben und zu informieren, dass
 364 es hier eine Diskussion gibt und eben ersucht sich daran zu beteiligen. Wir haben eine Pressekonferenz
 365 gemacht zur Präsentation des Entwurfs der Strategie und zeitgleich ist dann, ich glaube es war der 14.
 366 Mai 2009, ist dann auch die Diskussionsseite online gegangen, also www.forschungsstrategie.at. Wir
 367 haben in der Zeit, wo wir die Diskussion offen gehabt haben, das waren wie gesagt maximal drei, vier,
 368 fünf Wochen, da haben versucht, permanent die registrierten User gezielt anzuschreiben, bzw. die
 369 Kontakte die wir gehabt haben, noch einmal gezielt darauf hinzuweisen, dass es jetzt nur noch zwei
 370 Wochen offen ist, nur noch eine Woche offen ist. Wir haben ein bisschen Medienarbeit natürlich auch
 371 gemacht, es gab auch die eine oder andere Kurzmeldung, dass die Strategiediskussion jetzt noch offen
 372 ist, das gab es auch noch mal auf derstandard.at. Aber, wie es halt so ist mit dem Thema, Forschungs-
 373 und Innovationspolitik, es kommt da nicht flächendeckend ein response. Die großen Zeitungen
 374 berichten ein bisschen, aber flächendeckend kommt hierzu leider nichts.

375

376 F: Es gibt in der Beteiligungsforschung Ansätze wie beispielsweise, Planungszellen, Citizen Juries etc., die
 377 zu politischen Problem- und Fragestellungen Bürger über einen gewissen Zeitraum diskutieren lassen
 378 und Experten zur Verfügung gestellt werden. Sehen Sie solche Möglichkeiten auch im FTI Bereich?

379

380 JG: Ja, prinzipiell ist das durchaus möglich. Ich kenne das aus meinem vorigen Leben als Wissenschaftler
 381 und Forscher wo wir ziemlich ähnliches gemacht haben, im Rahmen von focus-groups. Leute an einen
 382 Tisch geholt haben zu bestimmten Themen und mit ihnen eine Diskussion geführt haben. Ich hab den
 383 Eindruck, dass das methodologisch relativ ähnlich gehandhabt wird. Also, grundsätzlich ja – ist das eine
 384 Möglichkeit. Und grundsätzlich würde ich meinen ist das das was wir ursprünglich geplant hatten.
 385 Nämlich das wir im Rahmen von Arbeitsgruppensitzungen mit den Ressortverantwortlichen, mit
 386 verschiedenen Stakeholdern, eine Diskussion zu einem bestimmten Thema führen. Woran nicht gedacht
 387 war, war den Mann oder die Frau von der Straße zu holen. Weil ich weiß nicht, erstens, wie groß da die
 388 Bereitschaft ist und zweitens, wie soll ich sagen, wie intensiv da wirklich eine bereicherte Diskussion
 389 entsteht, ich weiß es nicht. Man könnte es natürlich einfach einmal ausprobieren. Ich denke mir, ganz
 390 prinzipiell ist das sicher eine Möglichkeit was man sich in diesem Politikkontext überlegen könnte. Ich
 391 meine, mit den Fokusgruppen, die haben wir auch immer in irgendeiner Form gesponsert oder
 392 zumindest hatten wir Incentives für die Zeit, die sie uns zur Verfügung gestellt haben.

393

394 F: Vielleicht ist der FTI Bereich für normale Bürger nicht so interessant, wie zum Beispiel Umwelt- oder
 395 Asylpolitik?

396

397 JG: Ja, ich meine, es ist natürlich so, wenn wir uns internationale Vergleiche anschauen, dann haben wir
 398 ein ziemlich großes Defizit, was jetzt die Awareness und auch das Wissen um die Bedeutung von
 399 Forschung und Wissenschaft betrifft. Das ist ausgewiesener Maßen so, dass etliche Studien das belegen.
 400 Es gibt auch von der Kommission Rankings, wo man halt schaut, wie wissenschaftsaffin oder wie
 401 wissenschaftsfeindlich sind Bevölkerungen einzelner Mitgliedsstaaten und Österreich schneidet da sehr,
 402 sehr schlecht ab, ja – und das mag nicht nur damit zusammenzuhängen, dass die Österreicher
 403 ausgesprochne Technikmuffel sind und technikfeindlich sind, sondern, es hängt möglicherweise auch
 404 damit zusammen, dass die awareness nicht vorhanden ist. Dass das Thema keine so große Rolle spielt,
 405 wie Sie gemeint haben, in der Asylpolitik – ja, oder auch in anderen Politikbereichen. Also, das ist
 406 sicherlich ein Problem das wir in Österreich haben.

407

408 F: Sie haben sehr viel mit Wissensmanagement in Ihrer Laufbahn zu tun gehabt. Was sind die
409 wesentlichsten Vorteile, wenn man ein Projekt macht und hierbei Wissen von außen holt?

410

411 JG: Naja. Also, der wesentlichste Vorteil ist der, das Wissen das in einer Organisation vorhanden ist,
412 erweitern kann. Also in einer Organisation gibt es so viel Wissen wie es irgendwie Köpfe gibt, bzw. auch
413 Projektdatenbanken die möglicherweise dokumentierte Projekte beinhalten. Aber das ist natürlich
414 immer in einer gewissen Art und Weise begrenzt und durch eine Öffnung kann man diese Begrenztheit
415 überwinden und zusätzliche Quellen anzapfen. Das ist ein entscheidender Vorteil wenn man sich nach
416 außen öffnet. Und wir haben am Beispiel dieses Strategieprozesses gesehen, dass wir zwar recht viel
417 gewusst haben aber eben auch nicht alles und das da durchaus noch etliche wichtige Hinweise
418 gekommen sind auf Auslassungen, Lücken oder Dinge die vielleicht unverständlich formuliert waren.
419 Also, da gab es eine ganze Bandbreite von Rückmeldungen, aber Tatsache ist die, dass dieser Prozess,
420 die Öffnung, das Endprodukt verbessert hat und zusätzliche wichtige Hinweise gekommen sind, die wir
421 aufnehmen konnten, und letzten endes eigentlich dadurch ein qualitativ hochwertigeres Resultat
422 erarbeiten konnten als das ohne diesen Prozess gelaufen wäre. Also, insofern würde ich so etwas immer
423 nur empfehlen das man so etwas macht, denn es ist eine große Bereicherung. Ich weiß aber auch das es
424 in den letzten Jahren nicht nur in Unternehmen, ja schon seit vielen Jahren praktiziert wird, dass man
425 eben auf das Wissen von Kunden zurückgreift um Produkte zu verbessern, sondern auch in der Politik
426 zusehends solche Prozesse startet wie sich die Europäische Union das vor, glaube ich, zehn Jahren auf
427 die Fahne geheftet hat, für Politik Maßnahmen, die partizipativen Prozesse deutlich auszubauen. Durch
428 Konsultationsverfahren wurden sehr viele Prozesse geöffnet. Man hat glaube ich auch dort erkannt,
429 dass es nicht eine Gefahr ist, wenn man mit den Dingen hinausgeht, sondern das man da Feedback
430 bekommt und möglicherweise positive oder fruchtbare Kritik.

431

432 F: Gibt es auch Nachteile und Risiken?

433

434 JG: Naja, Nachteile sind vielleicht, wenn man ein sehr sensibles Produkt hat, will man wahrscheinlich
435 nicht das hier allzuviel an die Öffentlichkeit rausgeht, aber aus meiner Erfahrung, die ist aber auch mehr
436 aus dem wissenschaftlichen und dann aus dem politische Beratungsbereich, würde ich jetzt ad hoc keine
437 grundsätzlichen Nachteile sehen. Außer das es ein ungleich größerer Aufwand ist so einen Prozess
438 durchzuführen als ein paar Arbeitsgruppen und so closed shops zu organisieren.

439

440 F: Hat der Nutzen bei diesem Projekt gegenüber den Kosten überwogen?

441

442 JG: Also ich glaube der Nutzen hat auf jeden Fall überwogen. Das glaube ich auf jeden Fall – und eben
443 nicht nur weil sozusagen die Diskussion wesentliche Inputs noch gebracht hat und wir das Papier noch
444 einmal relativ stark adaptiert haben, sondern auch weil der Diskussionsprozess das schon erwähnte
445 Momentum erzeugt hat mit dem wir in der Diskussion und in der politischen Diskussion einen ganz
446 anderen Stellenwert wieder einnehmen konnten. Das war mindestens ebenso wertvoll für den Rat und
447 den speziellen Prozess wie die inhaltlichen Inputs.

448

449 F: Was passiert jetzt mit dem Papier, wie geht es weiter?

450

451 JG: Naja, also einmal ist mit dem Resultat des Diskussionsprozesses, also der Strategie 2020 ja schon
 452 etwas passiert. Es ist im Ministerrat als einer von drei Bestandteilen zur Erarbeitung der FTI Strategie
 453 des Bundes definiert worden. Insofern hat dieses Papier, die Strategie 2020 des Rates schon einmal den
 454 Zweck erfüllt, den es eigentlich haben sollte. Es ist an die Regierung gegangen, bzw. an die Ministerien
 455 und ist dort auch verwendet worden für eine Regierungsstrategie. Jetzt liegt die Regierungsstrategie,
 456 also die FTI Strategie der Bundesregierung vor und die soll bis 2020 umgesetzt werden. Ich habe die
 457 Maßnahmen hier drinnen nicht gezählt, das müsste ich jetzt irgendwann einmal machen, denn wir
 458 sollten auch die Umsetzung des Strategiedokuments, bzw. der Maßnahmen begleiten, als Rat. Das wird
 459 umgesetzt bis 2020.

460

461 F: Es ist noch ein langer Weg bis 2020.

462

463 JG: Jaja, ist klar. Das ist das Ziel. Grundsätzlich halte ich es für möglich, dass das umgesetzt wird. Es ist
 464 nur, erstens eine Frage des tatsächlichen Commitments, ob das wirklich so eingehalten wird, wie
 465 ursprünglich angedacht war. Es ist zweitens eine Frage der Zeit, ich meine die Legislaturperiode ist
 466 irgendwann zu Ende. Wer weiß wie die nächste Regierung aussieht. Wer weiß was die zu diesem
 467 Papier dann sagen. Das sind sozusagen die politischen Rahmenbedingungen, die aber für jede politische
 468 Strategie gültig sind. Wenn die Nachfolgeregierung sagt, das ist ein Blödsinn und warum wollen wir
 469 überhaupt Innovation Leader werden, angenommen Strache wird Erster und dann machen wir einen
 470 Ausstieg aus der EU, Abschottungsprozess, dann wird das wahrscheinlich nicht mehr allzu viel
 471 Bedeutung haben, aber das ist jetzt nur ein Gedankenexperiment. Bis dahin ist ja noch ein bisschen Zeit
 472 und möglicherweise wird man bis dahin schon die eine oder andere Maßnahme angegangen sein.
 473 Ansonsten wird es den Rat wahrscheinlich noch weiter geben und wir werden uns immerwieder auf
 474 dieses Papier berufen.(...) Der Rat übernimmt auch das Monitoring der Strategie. Insofern werden wir
 475 uns die nächsten Jahre damit beschäftigen, zu schauen welche Maßnahmen wurden angegangen und da
 476 eben auch einfach immer wieder nachzufragen. Der Vorsitzende des Rates, Dr. Androsch hat
 477 diesbezüglich gemeint, er möchte dass der Rat jetzt Zähne zeigt. Wir werden mit allen uns zur Verfügung
 478 stehenden Mitteln darauf hinarbeiten, dass die Strategie umgesetzt wird. Wenn da etwas nicht passiert
 479 wird man es den Verantwortlichen mitteilen, wenn weiter nichts passiert, dann will er an die Medien
 480 gehen und seine Kontakte spielen lassen. Ich meine, der Rat hat nicht allzu viele Möglichkeiten aber ich
 481 glaube das was wir machen können ist einfach darauf aufmerksam machen und dokumentieren was
 482 passiert ist. Den Umsetzungsgrad festhalten und immer wieder hinschauen.

483

484 F: Glauben Sie das die Umsetzung effektiver ist, weil es partizipative Elemente gegeben hat?

485 JG: Das weiß ich nicht. Das kann ich jetzt überhaupt nicht sagen. Kann ich auch nicht abschätzen. Das
 486 einzige ist, ich meine, letzten endes ist eine Regierung ja immer unter Beobachtung. Nur weil man einen
 487 Prozess öffnet und weiß so und so viele Leute haben sich das angeschaut, jetzt wollen auch so und so
 488 viele Leute wissen was daraus passiert, das ist glaube ich nicht wirklich ein Argument weil, letzten endes
 489 schauen ja Wähler immer was macht die Regierung. Da habe ich manchmal so meine Zweifel, ob man
 490 sich dessen wirklich bewusst ist, dass sie da unter Beobachtung auch steht und deswegen das richtige
 491 macht. Nein, aber das kann ich jetzt nicht wirklich abschätzen.

492

493 F: Vielen Dank für das Gespräch, danke für die interessanten und spannenden Antworten.

Anhang

Interview mit Abg. Ing. Kurt Gartlehner vom 19.05.2011

„F“ steht für Forscher

„KG“ steht für Kurt Gartlehner

1 F: Ihr Parteikollege von der SPD in Deutschland, Matthias Machnig hat einmal gesagt: In Fragen
2 politischer Strategie ist jeder Autodidakt. Was verstehen Sie unter dem Begriff Strategie?

3

4 KG: Man muss sicher trennen zwischen der Strategie einer politischen Partei, wie sie ihre
5 Kommunikationsarbeit anlegt und einer inhaltlichen Strategie, die gewisse Themen oder Ministerien
6 abdecken. Es ist schon richtig, dass die Parteien schwerpunktmäßig politische Strategie in der
7 Kommunikation als sehr wichtig erachten und da wahrscheinlich mehr investieren als in Strategien
8 inhaltlicher Natur. Darum gibt es auch immer wieder Abwahl von Regierungen und dergleichen weil sie
9 einfach inhaltlich nicht entsprechend agiert haben.

10

11 F: Wie würden sie den Begriff Strategie definieren?

12

13 KG: Ich gehe einmal davon aus, dass doch viele Politiker in der Lage sind strategisch zu denken und auch
14 strategisch zu handeln. Ich persönlich habe das seit Jahren immer wieder so gemacht, inhaltlich
15 strategisch vorzugehen und zu planen und zu agieren. Ich habe zum Beispiel vor fünf Jahren einen
16 Arbeitskreis von Experten eingesetzt der dann zwei Jahre lang ein Strategiepapier für die Informations-
17 Kommunikationstechnologie entwickelt hat. Wir waren auch die erste Fraktion die inhaltlich eine echte
18 Position hierzu erarbeitet hatte. Ich bin derzeit dabei im Bereich Forschung, Technologie und Innovation
19 seit 2009 ein Positionspapier zu vollenden. Das wird, hoffe ich, irgendwann im Spätherbst der Fall sein.
20 Wir werden dann auch zum Thema Forschung, Technologie und Innovation sozusagen unser, über die
21 Tagespolitik hinausgehende, das ist ja das wichtige, Konzept haben, wie wir uns diese Politikbereiche
22 vorstellen. So gibt es auch im Prozess 2020 von der SPÖ derzeit viele Gruppierungen, Fachexperten die
23 in den verschiedensten Bereichen strategische Papiere erarbeiten, inhaltlicher Natur.

24

25 F: Bei Strategien sind bestimmte Akteure beteiligt. Einer meiner Hauptfragen der Diplomarbeit ist, wie
26 sich Strategie mit der Demokratie verträgt. Wie sehen sie dieses Verhältnis?

27

28 KG: Es ist üblicherweise in Parteien so, dass man ein Konzept erarbeitet, das wird dann dem
29 Bundesparteivorstand vorgelegt. Der muss das dann auch goutieren und beschließen. Wir haben zum
30 Beispiel unser Papier über die Informations- und Kommunikationstechnologie abgehandelt und, es ist ja
31 nur eine Ideologie zu einem gesellschaftlichen Thema, das heißt, wenn sich der Bundesparteivorstand
32 dahinterstellt ist das ein offizielles Papier. Das heißt also, innerhalb der eigenen Partei muss man mit
33 diesem Papier natürlich auch reüssieren können.

34

35 F: Also, sehen Sie den Beteiligungs- und Partizipationsbereich vor allem innerhalb der Partei?

36

37 KG: Ja.

38

39 F: Wie sieht es mit öffentlicher Legitimation aus?

40

41 KG: Die öffentliche Legitimation erzielt man am Besten, so wie wir es bei der IKT Strategie gemacht
42 haben, wenn man eine Enquete im Parlament abhält und dann das Papier von den unterschiedlichsten
43 Playern bis hin zu den Fachjournalisten beurteilt bekommt. Das ist eigentlich das Prozedere, dass ich
44 immer abhalte und dann auch versuche letztendlich noch in gedruckter Form zu veröffentlichen.

45

46 F: Auf diese Punkte werden wir dann noch in den weiteren Fragen näher eingehen. Können Sie mir kurz
47 den Verlauf des FTI Strategieprojekt der Bundesregierung skizzieren.

48

49 KG: Gerne. Ich habe mit einigen Leuten aus der Forschungsszene gesprochen und die haben eigentlich
50 bemängelt, dass es kaum politische Konzepte gibt die gesellschaftliche diskutiert werden können - und
51 wir haben dann beschlossen eine Gruppe von Experten einzuladen und eine Arbeitsgruppe zu
52 installieren. Was besonders wichtig und bedeutsam ist, dass ich nicht nur versucht habe die
53 technologieorientierten oder die naturwissenschaftsorientierten Forscher mit einzubinden sondern auch
54 die Sozialwissenschaftler. Das war eine sehr mühsame Startphase. Aus diesem Grund weil die beiden
55 Welten obwohl sie beide forschen – ich glaube es fast vier Sitzungen gedauert hat, bis einmal klar war,
56 dass sich beide benötigen und brauchen und sich ergänzen können. Das war der größte
57 Innovationseffekt für mich persönlich an diesem Projekt, weil dadurch auch unser Konzept anders
58 aussieht als hätten nur Naturwissenschaftler daran gearbeitet – die einfach immer nur die hardfacts, was
59 muss man tun, in welchen Bereichen muss man forschen, die das sehr technologieorientiert sehen aber
60 nicht unbedingt gesellschaftspolitisch. Das war eine sehr gute Arbeit bisher und ich bin auch ein
61 bisschen stolz, dass es hier gelingt ein sehr breit aufgestelltes Strategiepapier für diesen Bereich zu
62 formulieren und die gesellschaftspolitischen Fragen der Sozialwissenschaften Eingang finden.

63

64 F: Für mich zum Verständnis, das heißt, sie als SPÖ initiieren ein Strategie im Bereich FTI und die FTI-
65 Strategie die im März von der Bundesregierung beschlossen wurde hat mit dem nicht direkt etwas zu
66 tun?

67

68 KG: Wir versuchen wirklich über einen Zeitraum von zehn Jahren zu denken, in der strategischen
69 Entwicklung. Bei Regierungspapieren ist es üblicherweise so, dass sie sich auf eine Regierungsperiode
70 beschränken und sagen wir müssen auf 4% Forschungsquote kommen, das schafft man zwar nicht in
71 vier Jahren, aber wir wollen hier eine weitgehend tagespolitisch unabhängige Strategie entwickeln, die
72 ein Leitfaden, ein gesellschaftlicher Leitfaden für Politik ist – wie gehen wir mit Forschungs-,
73 Innovations- und Technologiepolitik um, welche Instrumente benötigen wir um die richtigen
74 Forschungsfelder zu definieren. Eher zeitunabhängig und nicht in Regierungsperioden gedacht.

75

76 F: Die FTI-Strategie von der Bundesregierung hat ja auch einen Zeithorizont von 10 Jahren.

77

78 KG: Ja, in zehn Jahren wird sie ihre Auswirkungen haben, weil eine Strategie die man jetzt definiert,
79 dauert einmal zwei Jahre, bis man beginnt sie wirklich umzusetzen. Sehr viele gesetzliche Maßnahmen
80 sind erforderlich, die sind mit der Strategie noch nicht abgehandelt und erledigt. Aber, wir haben
81 natürlich zum Unterschied von der Regierungsstrategie eine ausschließlich sozialdemokratische
82 Positionierung zu diesen Themen, wir sehen es also aus unserer ideologischen Sicht und wir haben auch
83 nur Forscher und Wissenschaftler eingeladen, die der Sozialdemokratie zumindest Nahe stehen.

84

85 F: Verstehe. Das habe ich nicht gewusst, dass es hier parallelen einen Prozess gibt. Dennoch möchte ich
86 mich bei den nächsten Fragen auf die FTI-Strategie der Bundesregierung fokussieren. Hier würde mich
87 interessieren, welche Rolle und Aufgabe haben Sie bei der Erstellung der FTI-Strategie gehabt?
88

89 KG: An der Erstellung der FTI-Strategie haben nur die Regierungsmitglieder und deren Ministerien
90 gearbeitet. Also, da war das Parlament eigentlich sehr wenig eingebunden, bis gar nicht eingebunden. Es
91 sind zwar die Bereichssprecher involviert gewesen, aber eher im Kommunikationsprozess zwischen den
92 unterschiedlichen Ministerien, wenn es irgendwo geeckt hat - also, das Wissenschaftsministerium und
93 das BMVIT sind sich in einer Position nicht einig – wie siehst du das. Darum hat es auch ein bisschen
94 länger gedauert, weil sehr viel Know-how in den Ministerien auf der Beamtenebene getragen wird – und
95 die natürlich einen Zugang haben, der sozusagen, ihre eigenen Interessen des Ministeriums
96 hervorheben wollen. Daher finde ich es besonders innovativ, dass es erstmals gelungen ist ein
97 interministerielles, einheitliches Strategiepapier einer Bundesregierung zu definieren. Das hat es bisher,
98 in der Geschichte der zweiten Republik noch nicht gegeben. Also, ich finde das ist eine besondere
99 Leistung. Man kann immer sagen das eine ist unterbelichtet und das andere ist überbewertet, aber die
100 Tatsache alleine, dass es gelungen ist, ist meines Wissens nirgendwo, außer vielleicht in Finnland, in
101 dieser Kompaktheit, strategisch gegeben.

102

103 F: Das heißt, dass das Parlament nicht im strategischen Zentrum angesiedelt war.

104

105 KG: Genau.

106

107 F: Nachdem die Strategie im Ministerrat einstimmig verabschiedet wurde und wesentliche
108 Zukunftsleitlinien darstellt.

109

110 KG: Durchaus, weil das auch damit bedingt, dass die Regierung hinter diesem Papier steht und auch
111 dafür Sorge tragen wird müssen, dass die Finanzierung und Umsetzung entsprechend gewährleistet
112 wird.

113

114 F: Nachdem die Strategie eine wesentliche Bedeutung für die Zukunft hat – wie sieht es Ihrer Meinung
115 nach mit der breiten Legitimation aus, die ja durchaus im Parlament angesiedelt ist, weil im Parlament
116 die Volksvertreter zu Hause sind.

117

118 KG: Im Parlament ist dieses Papier diskutiert worden. Wir haben auch den Beschluss gefasst dieses
119 Papier zu unterstützen. Unsere Oppositionsparteien haben aus eher grundsätzlichen Erwägungen, weil
120 nicht die genauen Millionen und Milliarden drinnen gestanden sind, dem nicht zugestimmt. Jetzt ist es
121 natürlich so, dass der parlamentarische Prozess so abläuft, dass man einmal eine Strategie macht und
122 dann gibt es die einzelnen gesetzlichen Maßnahmen. Wenn diese gesetzlichen Maßnahmen definiert
123 sind, dann ist auch ein budgetärer Rahmen dafür zu definieren und erst dann kann es zum Beispiel in
124 unsere mittelfristige Budgetplanung einfließen. Alles was nicht beschlossen ist im Parlament, kann in
125 den Budgetrahmengesetzen, wo wir die mittelfristige Budgetplanung machen, nicht berücksichtigt
126 werden. Also, wir wissen Dinge die in den nächsten Monaten Einnahmen oder Ausgaben generieren
127 werden, zum Beispiel die Versteigerung der digitalen Dividende. Aber solange wir nicht wissen wieviel
128 Geld eingenommen wurde, kann man diese Budgetmittel nicht wirklich verplanen. In diesem
129 mittelfristigen Budgetplan sind nur Dinge drinnen, die gesetzlich fixiert wurden.

130

131 F: Außerhalb der speziellen Finanzperspektive – war ja ursprünglich eine parlamentarische Enquete am
132 Ende des Strategieprozesses geplant. Warum fand diese nicht statt.

133

134 KG: Wir haben bisher keine Enquete aus dem Grund gemacht, weil was die Finanzierung der Strategie
135 betrifft, wir noch nicht die Klarheit haben, im Augenblick. Das heißt also sobald klar wird, dass es in die
136 Umsetzung geht – wenn der Herr Töchterle sagt, er weiß wie die Finanzierung in Zukunft im Bereich der
137 Universitäten und er weiß wie viel Geld er dafür benötigen wird, in 3-4 Jahren, wird man auch eine
138 Enquete machen, das heißt also, es macht keinen Sinn darüber zu plaudern, bevor einzelne Punkte aus
139 dieser Strategie klar sind oder diskutiert wurden, irgendwelche Gelder zu definieren. Das würde dazu
140 führen, dass sich die Universitäten gegenüber dem zuständigen Minister unter Umständen nicht
141 reformfreudig genug geben würden oder ihren Innovationsbedarf zurückschrauben würden, und sagen
142 wir bekommen jetzt eh 300 oder 500 Millionen für die nächsten Jahre, wir streiten uns das dann schon
143 irgendwie aus, das reicht nicht.

144

145 F: Wäre eine parlamentarische Enquete, abseits der Finanzen, eine inhaltlich interessante
146 Diskussionsform?

147

148 KG: Ich glaube inhaltlich ist diese FTI-Strategie gar nicht kritisiert worden, auch nicht von den
149 Oppositionsfractionen. Kritisiert wurde, dass wir nicht reingeschrieben haben wir geben jetzt jährlich
150 eine Milliarde dafür aus. Diese Geldmittel müssen ja durch gesetzliche Maßnahmen erst herbeigeführt
151 werden und da gibt es einen Diskussionsprozess. Wider besseres Wissens unserer
152 Oppositionsfractionen, ist es eben eine Oppositonposition. Sie wissen eh genau, dass es so läuft. Aber
153 man kann ja nicht den Regierungsfractionen so einfach zustimmen.

154

155 F: Sehen Sie das eher als taktische Spielchen?

156

157 KG: Genau.

158

159 F: Sie meinen, es wurde inhaltlich von den Oppositionsparteien getragen?

160

161 KG: Es ist gelobt worden. Es ist gut und schön, aber die Finanzierung ist nicht beschritten worden. Das
162 war eigentlich der Grund, mit dem sie argumentiert haben.

163

164 F: Es hat Ansätze gegeben, eben mit den drei Säulen Systemevaluierung, Strategie 2020 und
165 Forschungsdialog partizipative Elemente einzufügen. Der Forschungsdialog hat beispielweise in allen
166 Bundesländer stattgefunden, Stakeholder wurden mit einbezogen. Sehen Sie das als sinnvoll? In welcher
167 Relation steht der Aufwand und Nutzen?

168

169 KG: Ich war bei einem dieser Forschungsdialoge dabei, in Eisenstadt. Ich habe dort leider feststellen
170 müssen, dass nur die Community, die ohnehin im F&E Netzwerk drinnen ist, vertreten ist. Solche

171 Aktivitäten sind, ich sage jetzt einmal, technisch gesehen nicht ungünstig, es gibt Berichte über
172 Forschung und Entwicklung, Aktivitäten. Aber unser Problem in Österreich ist, dass es forschungspassive
173 Bundesländer gibt, die über sehr wenig Forschungsinfrastruktur verfügen. Die auch über wenig
174 Unternehmen verfügen, in denen geforscht wird. Wenn man sieht, aus welchen Bundesländern
175 kommen Anträge für das 7. Rahmenprogramm, dann wird man feststellen, dass es drei bis vier
176 Bundesländer gibt, die noch nie beantragt haben, weil es hier keine kritische Masse gibt, für solche
177 Projekte. Daher ist es zwar nett für Kommunikationszwecke solche Veranstaltungen abzuhalten, aber
178 das ist manchmal ein braten im eigenen Saft, so war es in Eisenstadt.

179

180 F: Sie schreiben auf ihrer Homepage, dass sie versuchen neue Wege zu gehen um Innovationen
181 voranzutreiben, also ein sehr proaktiver und innovativer Zeitgeist sind. Wie könnte man es schaffen,
182 dass sich mehr Bürger für diesen Bereich interessieren und ein Strategieprojekt auszugestalten, dass es
183 eine breitere Beteiligung gibt?

184

185 KG: Das Problem warum viele eine Berührungsangst haben mit Forschung überhaupt in Kontakt zu
186 treten ist die, dass viele Menschen glauben, man muss akademisch gebildet sein, um einen
187 Forschergeist entwickeln zu können. Das ist eigentlich nicht wirklich notwendig, viele Innovationen
188 entstehen durch Menschen die nicht unbedingt akademisch gebildet sind. Da geht es darum, erstens die
189 Leute zu finden, die die Ideen haben und dann begleitet und unterstützt – hier diese Angst zu nehmen,
190 dass Forschung nur etwas für Universitäten oder Professoren ist und für sonst niemanden. Ich habe
191 immer versucht in meiner politischen Arbeit, den innovativen Part in den Vordergrund zu rücken. Ich
192 habe keine große politische Hausmacht, auch in meinem Bezirk nicht. Also hab ich gesagt, ich muss
193 etwas anders tun – ich bin auch kein großer Gewerkschaftsboss. Also wir schauen, dass unser Standort
194 als innovativer Standort zählt, in der Region. Wir haben wirklich sehr viel geschaffen und heute gibt es
195 ein breites Verständnis, regional, und eine hohe Akzeptanz diese Einrichtungen. Ich mache auch heute
196 noch meinen Arbeitsalltag, darum bin ich vielleicht auch mehr im Büro als andere Kollegen, und
197 weniger bei Einweihungen unterwegs, heute hatte ich zum Beispiel ein Gespräch über mobile payment,
198 es gibt einen Telekombetreiber in Österreich, der hat Interesse an solchen Ideen. Ich bin inzwischen eine
199 Anlaufstelle geworden für solche Innovatoren. Es kommen natürlich ab und zu auch ein bisschen
200 Wahnsinnige. Man bekommt dann irgendwann eh ein Gefühl, ist es sinnvoll, sich hier intensiver zu
201 engagieren. Aber es kommen zu mir Leute – die am Weitesten angereisten kommen aus Hawaii.
202 Unglaublich, die haben irgendwo im Internet von mir etwas gelesen und sind gekommen, sie haben eine
203 revolutionäre CO2 Entsorgungstechnologie. Ich bin hier in mehreren solchen Projekten drinnen, die gute
204 Chancen haben, wenn sie umgesetzt werden, wenn es einen Financier gibt, der die Unterstützung gibt,
205 diesen Innovationsprozess zu begleiten. Das macht sehr viel Spaß, mehr Spaß als die Tagespolitik und ich
206 hoffe, dass ich nächstes Jahr wieder eine Innovation unterstützen konnte, dass sie marktfähig ist.

207

208 F: Wie könnte die Politik Projekte gestalten, die eine breitere Masse berührt?

209

210 KG: Es gibt seit drei Jahren, den sogenannten Innovationscheck. Der Innovationscheck wird sehr gut
211 angenommen – und ist eine gute Hilfe für Menschen die einen fachlichen Input brauchen um ihre Idee
212 weiterzuentwickeln. Dieses Anreiz zu sagen, ich bezahle dir eine wissenschaftliche Unterstützung ist ein
213 ganz wichtiger Punkt und ermöglicht auch vielen kleinen Firmen, die nicht das Geld haben, selber zu
214 entwickeln, hier erste Schritte einer Evaluierung ihrer Idee zu machen. Das finde ich eine ganz eine
215 wichtige Geschichte, mir würde sehr gut gefallen, wenn noch die Möglichkeit geschaffen wird, dass auch
216 die Technologiezentren von dieser Innovationscheckfinanzierung mitpartizipieren könnten, weil man
217 das damit noch offensiver vermarkten könnte, in den Regionen. Das ist derzeit noch nicht der Fall aber
218 ich würde sagen, die 6000 die es gibt, davon sollten 500 für Technologiezentren sein, wenn sie einen
219 Ideengeber akquirieren.

220

- 221 F: Sie meinen, dass man hiermit ein breiteres Interesse wecken kann und infolge es auch mehr
222 Interessierte für die Strategie gibt?
- 223
- 224 KG: Ja, man muss wirklich jeden Einzelnen immer abholen.
- 225
- 226 F: Kommen wir noch mal auf den Strategiebildungsprozess zurück. Glauben Sie, wenn man sich öffnet
227 und beispielsweise eine Onlinediskussion oder andere Beteiligungen durchführt, glauben Sie, dass auch
228 Probleme auftreten könnten bzw. welche wesentlichen Vorteile haben solche Vorgehensweisen?
- 229
- 230 KG: Sie meinen im Bereich Forschung und Technologie?
- 231
- 232 F: Ja, zum Beispiel.
- 233
- 234 KG: Gefahren sehe ich keine. Man erkennt ja, wenn jemand böseartig postet und sich einbringt, dass ist ja
235 erkennbar, die Absicht.
- 236
- 237 F: Welche Vorteile sehen Sie?
- 238
- 239 KG: Dass sich jeder anonym am Diskussionsprozess oder der Evaluierung beteiligen kann.
- 240
- 241 F: Gesamtgesellschaftlich gesehen, gibt es einen Vorteil?
- 242
- 243 KG: Das bringt nicht wirklich viel. In Wahrheit ist das eine basisdemokratische Maßnahme in einem
244 Politikfeld, mit der man sich einbringen kann, auch wenn ich nicht in einer politischen Partei tätig bin.
- 245
- 246 F: Vielen Dank für das Interview.

Anhang

Interview mit Abg. Dr. Ruperta Lichtenecker vom 17.05.2011

„F“ steht für Forscher

„RL“ steht für Ruperta Lichtenecker

1 F: Als erste Frage hätte ich eine definitorische Frage, was verstehen Sie unter dem Begriff politische
2 Strategie und unter dem Begriff Demokratie?

3

4 RL: Strategie ist für mich Ziele definieren und entsprechende Überlegungen anstellen um diese auch mit
5 allen Komplexitäten zu erreichen. Das heißt, strategisch, planmäßiges Vorgehen zur Zielerreichung. Das
6 ist das eine, das andere ist die Frage gewesen... Strategie und das Zweite?

7

8 F: Demokratieverständnis.

9

10 RL: Bei Demokratie geht es natürlich um das Beteiligen möglichst breiter Schichten bei vielen Themen –
11 das Ziel ist, glaube ich auch ein wichtiger Fortschritt. Es kommt natürlich immer darauf an, um welche
12 Materien es sich handelt, wie breit man die Prozesse ansetzt, ob es genügt ein Vorhaben im Parlament
13 zu diskutieren, ob es genügt die Stakeholder mit einzubeziehen oder ist es der letzte und breiteste
14 Schritt, alle Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen.

15

16 F: Ja, das wird auch in den Folgefragen noch eines unserer Hauptthemen werden. Zuvor noch kurz zur
17 Strategie in der Politik. Der Begriff Strategie wird vordergründig im Wirtschaftsbereich, also als
18 Unternehmensstrategie oder auch im militärischen Bereich verwendet. Glauben Sie, dass es Strategien
19 in der Politik schon immer gegeben hat und welche Relevanz sehen Sie in strategischer Politik?

20

21 RL: Ich glaube, dass es Strategie im politischen Prozess schon immer gegeben hat und wesentlich
22 diffiziler in früheren Zeiten als in heutigen Zeiten, wo es teilweise, mit Sicherheit an Strategie mangelt
23 um Ziele auch tatsächlich effizient zu erreichen. Also Strategie, glaube ich, dass es in verschiedensten
24 Staatsformen bzw. auch von unterschiedlichen Staatsmännern gegeben hat - in dieser männlichen Form,
25 nachdem es ja nicht unbedingt viele Frauen gegeben hat die staatspolitisch tätig waren oder offiziell
26 tätig waren. Strategien haben zu diesen Zeiten eine sehr große Rolle gespielt – und das zeigt ja auch die
27 Literatur, der Philosophen, der großen Politiker des alten Griechenland – bis zur Jetztzeit herauf.

28

29 F: Wenn man 20-30 Jahre zurückblickt, der Begriff Strategie als solcher wird in der Politik ja nicht so oft
30 verwendet. Aber in den letzten Jahren, sagt zumindest die Literatur, dass Strategie immer mehr Eingang
31 findet – zugleich aber auch sehr vieldeutig verwendet wird.

32

- 33 RL: Ja, das glaube ich schon auch, dass es hier Verwechslungen gibt mit dem Begriff der
 34 Öffentlichkeitsarbeit. Strategie ist mehr als das nach außen kommunizierte, es ist ein Puzzlestein von
 35 einem großen Ganzen. Da mag es schon sein, dass es unterschiedliche Zugänge und Definitionen gibt.
 36 Wie definieren Sie das in Ihrem Werk?
- 37
- 38 F: Die Definition nach Raschke/Tils ist: Strategien sind erfolgsorientierte Konstrukte,
 39 situationsübergreifender Ziel-Mittel-Umwelt Kalkulationen.
- 40
- 41 RL: Ja, spannend.
- 42
- 43 F: Wenn Sie wollen können Sie dann die Arbeit haben, dort ist es noch mal genau definiert.
- 44
- 45 RL: Also, ich finde das Thema auch sehr ansprechend und durchaus, so finde ich, ein sehr aktuelles
 46 Thema. Das sehen Sie ja auch an der Literatur. Es gibt Unmengen an Ratgebern, die inzwischen die
 47 Strategie als das Um und Auf beschwören und alle runter- und raufzitiert werden, die in diesem Bereich
 48 geschrieben haben.
- 49
- 50 F: Der Begriff ist sehr weitläufig.
- 51
- 52 RL: Richtig. Das hat eine sehr hohe Aktualität in diesem Fall.
- 53
- 54 F: Jetzt kommen wir zu einem Thema, dass bereits mehr auf die FTI-Strategie abzielt. Können Sie mir
 55 kurz skizzieren, den Prozess von der Initiierung der Strategie bis zum heutigen Datum? Wenn Sie mir die
 56 Eckpunkte, wie Sie es mitbekommen haben erläutern.
- 57
- 58 RL: Ich beziehe mich jetzt auf die offiziellen Aussagen. Die Diskussion ist nun doch schon eine geraume
 59 Zeit von staten gegangen, dass die Regierung eine FTI- Strategie plant. Im August 2009 beim Forum
 60 Alpbach hat es die Ankündigung von Ministerin Bures und Minister Hahn, jetzt EU-Kommissär, dass in
 61 einem Jahr die Strategie präsentiert wird. Zu diesem Zeitpunkt sind ja die Vorarbeiten bereits schon am
 62 Laufen gewesen, beim Rat und auch der Versuch via Internetforum die Diskussion voranzutreiben. Es
 63 hat sich dann der Forschungsausschuss damit beschäftigt. Wir hatten, ich glaube das war im Januar 2010
 64 oder Dezember 2009, das muss man noch einmal nachvollziehen, von den Daten her, eine
 65 Ausschusssitzung, wo wir das Ministerium geladen haben der die Strategie und wie weit sie gediehen ist,
 66 vorstellte. Es war ja zu diesem Zeitpunkt eine relativ heftige Diskussion und sozusagen, eine größere
 67 Auseinandersetzung unter den Ministerien – was wird reinkommen in die Strategie, oder auch nicht, die
 68 dann ja endgültig von der Regierung beschlossen hätte werden sollen. Dann hat es die
 69 unterschiedlichsten Kommentare gegeben, weil Teile der Strategie rausgegangen sind, rausgegangen,
 70 also informell von Hand zu Hand gereicht wurden. Und das natürlich immer eine schwierige Situation ist,

wenn sich unterschiedliche Interessenten auf ein konkretes Papier einigen sollen. Gut, dieses Papier ist dann von Experten in unterschiedlichen Medien, hauptsächlich, glaube ich im Standard, doch sehr heftig kritisiert worden. Ich finde es, eine sehr vertane Chance und eine unverständliche Vorgangsweise, dass man de facto eine Strategie hinter verschlossenen Türen erstellt, fertig stellt und dann in der Regierung beschließt, wo wie es im März der Fall war. Es ist natürlich nicht dazu gekommen, dass sie 2010 präsentiert wurde, es wurde dann vertröstet auf Dezember 2010, auch wieder nichts, dann Jänner, Februar, dann ist es März geworden, dass das Papier präsentiert wurde. Unser Ansatz und mein Ansatz ist, dass ich es für wichtig halte, dass man es möglichst breit diskutieren kann, mit den Stakeholdern, im Parlament. Das ist in dieser Form von den Regierungsparteien abgelehnt worden. Wir haben die entsprechenden Anträge eingebracht. Ich halte es für eine vergebene Chance, weil ich glaube, dass eine Forschungsstrategie, die auch der Entwicklung eine klare Ausrichtung geben soll, für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus, eine breite Diskussion braucht. Es ist auch nicht nachvollziehbar, vor was man sich da fürchtet dies beispielsweise in einer Enquete abzuführen und eine Strategie im Parlament via Entschließungsantrag zu beschließen. Das ist auch ein weitgehend gutes Zeichen, wenn das Parlament etwas breit diskutiert und auch breit getragen wird.

F: Die parlamentarische Enquete war ja ursprünglich geplant? Meines Wissens, ist das richtig?

RL: Es war immer eine Forderung von meiner Seite, von unserer Seite und es ist immer auch eine Absichtserklärung gewesen, das machen wird doch. Wie gesagt, jetzt sind wir einmal an diesem Punkt, dass es in der Regierung beschlossen wurde. Nach wie vor halte ich es für gescheit diesen Prozess in dieser Form voranzutreiben. Der grüne Parlamentsklub hatte schon im September eine Enquete zu diesem Thema: Wieviel Strategie braucht Forschung? Initiiert, diese Enquete war sehr gut besucht war und ich denke eine sehr gutes Programm geboten hat, mit interessanten Stakeholdern, Einschätzungen und Diskussionen. Ich glaube, dass das schon auch gezeigt hat, dass es großes Interesse quer durch gibt - wie wichtig die breite Diskussion darüber ist. Man darf eines nicht vergessen, es ist morgen der Bundesfinanzrahmenplan zur Debatte, das heißt die Finanzplanung 2012-2015 und damit natürlich auch die Finanzierung der Forschungsstrategie, die vorgelegte Strategie hat keinen verbindlichen Finanzierungsplan.

F: Ich glaube, Sie haben da einen Antrag gestellt.

RL: Diesen haben wir gestellt, weil ich es für wichtig halte. Eine Strategie, ein Maßnahmenplan, eine erfolgsorientierte Planung bedeutet natürlich auch eine entsprechende Finanzierung dazu und das ist etwas, dass ich für sehr schwierig halte, eine Strategie zu titulieren und zu sagen, liebe Leute da gibt es nichts. Weil Bereiche – zukunftsorientierte Felder, wie zum Beispiel die Forschung, wie der Klimaschutz, wie die demographische Entwicklung, benötigen auch Planungssicherheit. Planungssicherheit heißt natürlich auch Finanzierungszusagen. Ich sage Ihnen ein Beispiel, es gibt drei Untergruppen die im Budget, die im wesentlichen die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Universitäten abbilden, das ist die UG 31, die UG 33 und die UG 34. UG 31 Töchterle, UG 33 Bures, UG 34 Mitterlehner. Diese drei Bereiche nehmen von 2011, dort haben sie ungefähr 5,9 Prozent der Gesamtausgaben. Die nehmen bis 2015 auf 5,6 Prozent ab.

114

115 F: Das ist ein Widerspruch.

116

117 RL: Das ist schon sehr beachtlich, wenn man sagt, wir beschließen ein Ziel mit 3,76 Prozent des BIP. Es
 118 gibt auch Berechnungen von Seite des Wirtschaftsforschungsinstituts wie viele Millionen in Bezug auf
 119 die festgelegten Ziele alleine bis 2015 fehlen. Es wurde aber von einem konservativen Szenario
 120 ausgegangen, wie zum Beispiel 2 Prozent Wirtschaftswachstum. Das ist etwas, wo ich denke, wenn man
 121 eine breite Diskussion, einen breiten Konsens hat, dann ist es glaube ich viel leichter, dass man
 122 klarstellt, das braucht die Finanzierung, einigen wir uns auf einen Finanzierungsplan und beginnen wir
 123 mit der Umsetzung.

124

125 F: Wenn Sie sagen es braucht eine breite Diskussion. Wie breit soll diese sein. Wie würden Sie sich das
 126 vorstellen, wenn Sie alleine entscheiden könnten? Wie soll dieser Prozess ablaufen, wer soll
 127 miteinbezogen werden?

128

129 RL: Ich glaube tatsächlich, dass bei unterschiedlichen Bereichen, unterschiedliche Ebenen in Betracht zu
 130 ziehen sind. Bei der Forschungsstrategie ist meine Idee, dass man Stakeholder mit einbezieht, das heißt,
 131 von den Universitäten über natürlich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das forschende
 132 Personal, selbstverständlich auch die Studierenden, Studierende sind diejenigen, die Absolventen, die
 133 im nächsten Jahrzehnt in diesem System mitarbeiten werden. Genauso auch die außeruniversitären
 134 Forschungseinrichtungen, das heißt, die Förderagenturen, das heißt, selbstverständlich auch, die
 135 Vertreter aus den Wirtschaftsunternehmen, auch aus dem medizinischen Bereich, auch aus den
 136 Themenbereichen wo wir sagen, das sind die Zukunftsbereiche und die in dieser Form auch definiert
 137 sind. Die großen Challenges, wie es in der Forschungsstrategie heißt. Diese sind ja sehr klar definiert.
 138 Österreich ist da nicht anders wie die Europäische Union oder global gesehen. Sie können das auf die
 139 Punkte, nämlich Klimaschutz, Energieversorgungssicherheit, demographische Entwicklung,
 140 Ernährungssicherheit, medizinische Versorgung zusammenfassen. Ja, insbesondere wenn Sie
 141 Ernährungssicherheit, medizinische Versorgung im globalen Kontext sehen. Ich glaube es ist unsere
 142 Aufgabe und auch unsere Verantwortung, in diese zukunftsorientierten Bereiche zu blicken und diese
 143 Dimension mit zu berücksichtigen.

144

145 F: Soweit ich recherchieren konnte, gab es drei Eckpfeiler die zur Strategie geführt haben. Der
 146 Forschungsdialog, die Strategie 2020 des Rates und die Systemevaluierung. Da gab es ja schon Ansätze,
 147 dass Stakeholder miteinbezogen werden. Insofern sind, wenn man es indirekt betrachtet, bereits Inputs
 148 von denen drinnen?

149

150 RL: Ich glaube auch das Inputs drinnen sind, sozusagen der Ausgangspunkt der drei Säulen, die
 151 Ersterstellung der Strategie, das was dann wirklich erstellt worden ist und was jetzt am Tisch liegt, ist ein
 152 langer weiter Fluss und hier ist sehr viel auch verloren gegangen. Daher glaube ich, dass man zum
 153 Schluss sagen soll, gut, dass ist jetzt das, worauf sich die Regierung geeinigt hat, schauen wir uns das
 154 doch noch einmal an, wo wir glauben, dass es mehr Augenmerk geben soll, wo wir glauben, dass etwas
 155 zusätzlich hinzu kommen soll, wo ich überzeugt bin, dass wir eine verbindliche Finanzierung brauchen.

Anhang

156 Das ist der Punkt. Sie haben durchaus auch recht, und das ist auch gut so, dass es hier bereits
157 verschiedene Überlegungen gegeben hat, die eingeflossen sind und Herr Gadner hat nicht unbedingt die
158 dankbarste Aufgaben gehabt - alle die jetzt vor der Erstfertigung des Papiers gestanden sind. Ich glaube
159 dass das eine Ausgangsposition ist, mit der man weiterarbeiten kann, weiterarbeiten wird und als gute
160 Basis dienen kann.

161

162 F: Ich behandle in meiner Diplomarbeit eine mögliche Demokratisierung von Strategie, da kommt es
163 natürlich darauf an, was man unter Demokratisierung versteht. Wie weit man hier geht, ob man alle
164 Bürger mit einbezieht, oder ob man eine Volksabstimmung macht – das ist natürlich jetzt etwas
165 utopisch. Sie plädieren für eine parlamentarische Enquete, da die Parlamentarier die Volksvertreter
166 sind.

167

168 RL: Ja, so ist es, die Enquete ist das eine, das andere ist auch das breite Tragen durch alle
169 Volksvertreterinnen und Volksvertreter, also alle Abgeordneten und dann in der Folge auch der
170 Bundesrat. Das ist de facto dann der nächste Schritt. Die Enquete ist das eine, die Diskussion, die
171 Beschlussfassung, die Breite ist der nächste Schritt.

172

173 F: Was mich irritiert ist, dass es in den letzten 2-3 Jahren mit den Säulen doch eine Öffnung gegeben hat,
174 wo partizipative Elemente dabei waren, aber jetzt die parlamentarische Enquete nicht gemacht wird.
175 Vor was fürchtet man sich hier?

176

177 RL: Das ist eine gute Frage die Sie stellen. Ich werde nicht locker lassen diese Frage weiter zu stellen.
178 Beziehungsweise das auch weiter zur Diskussion zu stellen. Es ist ja nicht aller Tage Abend. Genau dieses
179 Thema weiter voranzutreiben beziehungsweise auch eine Enquete dazu zu machen. Je mehr Zeit
180 vergeht, umso schwieriger wird es. Das muss man einfach befürchten in dieser Form. Aber es ist, Sie
181 sagen das völlig zu Recht, vor was fürchtet man sich? Wo sieht man da die Schwierigkeiten. Es ist ja
182 keine Frage, eine Enquete, mit allen Stakeholdern, mit allen Vertretern, mit allen die damit zu tun haben
183 ist natürlich auch ein Austausch der Interessen. Das ist so. Natürlich sind das Interessenvertreter,
184 Lobbyisten in ihrer eigenen Sache, das ist auch gut so. Wenn die in einem Bereich, wie in der
185 Medizintechnik, etwas für sehr wichtig halten, das die Forschung in diesem Bereich vorantreibt und
186 Mittel braucht, dann ist es ja auch verständlich wenn sie das in dieser Form vertreten.

187 F: Der FIT Ausschuss, wo Sie Obfrau sind, ist ein Teil des Parlamentarismus, dort sitzen ja auch Vertreter
188 von den Regierungsparteien. Jetzt sind Sie natürlich keine Regierungsvertreterin, aber sind die
189 Nationalratsabgeordneten der Regierungsparteien nicht mit eingebunden worden?

190

191 RL: Ich kann Ihnen nur meinen Eindruck berichten. Mein Eindruck und die Information die ich habe, ist
192 die, dass die Strategie zwischen den Ministerien verhandelt wurde. Wie weit Abgeordnete tatsächlich
193 miteinbezogen wurden, seitens der ÖVP und SPÖ, kann ich das in dieser Form nicht beurteilen. Ich
194 persönlich, habe nicht den Eindruck gehabt, dass es hier ein großes Miteinbeziehen oder eine große
195 Beteiligung von SPÖ- oder ÖVP-Nationalratsabgeordneten gegeben hat.

196

197 F: Auch nicht vom Ausschuss?

198

199 RL: Der Ausschuss ist dann eine Kurzdebatte gewesen, in dieser Form. Der Ausschuss war auch
200 derjenige, der das forcieren hätte können, dass man eine breite Enquete macht. Letzendlich ist das das
201 weitere Ziel. Im Ausschuss haben wir auch immer die Debatten, Technologieberichte – beispielsweise
202 Technologiefolgeabschätzung usw. – und ich halte es für extrem wichtig, dass sich das Parlament mit den
203 zentralen Herausforderungen in diesem Bereich auseinandersetzt. Im Ausschuss haben wir natürlich
204 Debatten gehabt, wieweit die Strategie weiterdiskutiert wird oder grundsätzlich diskutiert wird und
205 natürlich auch das Thema Finanzierung.

206

207 F: Glauben Sie, wenn man die Strategie demokratisiert, ist es einfacher und sinnvoller wenn man am
208 Beginn des Strategieentwicklungsprozess demokratisiert, oder wenn man den ersten Entwurf
209 ausgearbeitet hat, oder erst ganz zum Schluss?

210

211 RL: Ich finde, dass das in dieser Erstphase durchaus Sinn macht, wie Sie das zuvor erwähnt haben, in den
212 drei Bereichen, das der Ausgangspunkt war für die Forschungsstrategie – und ich glaube, dass es gut ist,
213 wenn man sich dann einmal darauf konzentriert das Papier zu erstellen, das ist ja keine einfache Arbeit,
214 und dann das noch einmal zur Diskussion stellt. Das halte ich für wichtig, um hier ein entsprechend
215 breites Tragen zustande zu bringen. Wir reden immer von Innovation Leader, ist auch verankert drinnen,
216 inzwischen sind wir auf Platz 7. Die Deutschen gehören zu den führenden Nationen – selbstverständlich
217 haben die Deutschen die Strategie im Parlament auch diskutiert. Es ist auch eine Frage, wie weit ist der
218 Parlamentarismus entwickelt. Das finde ich ja auch als eine spannende Herausforderung, wie
219 Zukunftsthemen, in welcher Form diskutiert werden. Also, klare Aussage: Gut am Anfang, um sozusagen
220 zu wissen, was ist der Ausgangspunkt, dann erstellen und dann am Ende noch einmal zu sagen, gut, ist
221 es jetzt auch das, was am Anfang intentiert wurde oder ist in diesem „sukkus“ soviel verloren gegangen.
222 Ist der Wiedererkennungswert noch da.

223

224 F: Ja, verstehe. Wo sehen Sie, wenn Sie einige Punkte aufzählen müssten, die wesentlichsten Vorteile
225 beziehungsweise Nachteile eines offenen und demokratischen Strategieprozess? Gibt es Risiken und
226 Chancen?

227

228 RL: Ich fange mit den Chancen an. Die Chance, die sie natürlich haben ist, dass eine Strategie in der Folge
229 auch breit getragen wird. Eine ganz wichtige Chance ist, dass Bereiche sehr breit miteinbezogen werden.
230 Wo man dann auch auf etwas Neues, Anderes, kommt und stößt. So wie ich vorher erwähnt habe, diese
231 Identifikation halte ich für eine Riesenchance der Demokratisierung. Was sich schwierig gestalten kann,
232 das ist bei sehr offenen Prozessen, aber das ist natürlich auch immer eine Frage der Gestaltung – gibt es
233 beispielsweise einen Sektor der sehr viele Ressourcen hat und für einen kleinen, winzigen Bereich
234 massiv lobbiiert. Das kann immer auch ein Risiko darstellen. Aber dennoch, das Ganze mit Augenmaß
235 betrachtet, sehe ich, dass die Chancen und die Möglichkeit viel größer sind, als die Probleme. Ich glaube
236 auch, dass es sehr wichtig ist, dass man versucht an ein solches Prozedere sehr ernsthaft heranzugehen,
237 denn jetzt ist es teilweise so, wenn man etwas zum Thema macht, dass die Regierung befürchtet wieder
238 damit länger in den Schlagzeilen zu sein. Das sind halt auch Befürchtungen, die dann einfach

Anhang

239 Möglichkeiten und Chancen zunichte machen. Daher stehe ich ganz offen dazu, dass solche Prozesse mit
240 Verantwortung einhergehen, verantwortungsbewusst sind.

241

242 F: Ein Kriterium, wie ich den Demokratisierungsgrad messe, ist das Kriterium Effizienz. Sie als Ökonomin
243 wissen was Effizienz bedeutet. Inwiefern sehen Sie das relevant an, vom Bildungsprozess bis zur
244 Umsetzung?

245

246 RL: Sie meinen jetzt generell in politischen Strategien?

247

248 F: Ja, vor allem was den Bildungsprozess anbelangt, dass er effizient ist, im Sinne von, dass man nicht zig
249 Tausend Euro ausgibt und dem kein verhältnismäßiger Output gegenübersteht.

250

251 RL: Man muss schon sagen das Ganze ist natürlich mit Augenmaß zu betrachten – und Demokratie
252 kostet etwas. Demokratie darf kosten. Das ist in Ordnung. Wiewohl, das haben wir zu Beginn
253 angesprochen, man muss immer schauen auf welchen Ebenen macht es gesamthaft Sinn. Zum Beispiel
254 könnten Sie die berechnete Frage stellen, macht es Sinn, jedes Budget einer Volksabstimmung zu
255 unterziehen. Denn dann müssten Sie sich Fragen, für was wähle ich dann ein Parlament. Das ist doch
256 bitte deren Aufgabe. Das sind natürlich Fragen von Effizienzen und auch von politischer
257 Handlungsfähigkeit, aber wie gesagt Demokratie kostet. Ich glaube das ist nicht die zentrale Frage,
258 dennoch hat der Effizienzbegriff durchaus auch Sinn, in manchen Debatten.

259

260 F: Gut, das wären soweit meine Fragen. Vielen Dank für das Interview.

Abstract

Politische Strategie hat in den letzten Jahren innerhalb der Politikwissenschaft zunehmend Eingang gefunden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird das Phänomen „politische Strategie“ aus einer demokratietheoretischen Perspektive beleuchtet. Ziel der Arbeit ist es, Erkenntnisse zum Verhältnis von Strategie und Demokratie zu gewinnen. Hierzu werden mögliche Chancen und Grenzen einer Demokratisierung von Strategie erörtert. Die anschließende empirische Untersuchung analysiert das Spannungsverhältnis zwischen der FTI- Strategie der österreichischen Bundesregierung und demokratischen Ansprüchen. Das Ergebnis der empirischen Studie zeigt, dass einzelne Teile des Strategiebildungsprozesses demokratischen Ansprüchen genüge tragen können. Ob Strategien demokratieverträglich sind, hängt insbesondere von demokratischen Anforderungen und der institutionellen Ausgestaltung des Strategieprozesses ab.

In recent years political strategy has taken on greater significance within the field of political science. Of the literature examined the phenomenon of “political strategy” is regarded from the view of democracy theory. The purpose of the thesis is to gain insights into the nature of the relationship between strategy and democracy. Therefore the potential opportunities and limitations of democratization are discussed. The following empirical study analyses the stress ratio between the FTI- strategy of the Austrian government and democratic claims. The results of the study show that part of the strategy-building process is in accordance with democratic requirements. Whether these strategies are compatible in practice depends strongly on the democratic requirements and on the institutional arrangement of the strategy process.

Lebenslauf

PERSÖNLICHE ANGABEN

Name: Andreas Lechner

Staatsangehörigkeit: Österreich

Geburtsdatum: 30.05.1985, geb. Vorau/Steiermark

Wohnort: Wien

SCHULBILDUNG

1993 – 1996	Volksschule Rohrbach/Lafnitz
1996 – 1999	Hauptschule Rohrbach/Lafnitz
1999 – 2003	ORG für Leistungssportler Oberschützen
2003 – 2005	BORG Hartberg mit sportlichem Schwerpunkt
Juni 2005	Matura mit gutem Erfolg (vertiefende Schwerpunktprüfung Sportkunde)

UNIVERSITÄT

seit Oktober 2006	Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien
	Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien

SPRACHLICHE KENNTNISSE

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Universitätsniveau
Französisch	Schulkenntnisse